



Beilage zur Wochenzeitung

DasParlament

7. April 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Mathias Albert/Ruth Linsen/Klaus Hurrelmann *Essay*

Jugend und Politik

6 Peter Förster

Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht

18 Hans Oswald/Hans-Peter Kuhn

Erstwähler in den neuen Bundesländern

26 Detlef Oesterreich

**Gleichstellung von Frauen aus der Sicht
ost- und westdeutscher Jugendlicher**

32 Claus J. Tully

Aufwachsen in technischen Welten

41 Uwe Britten

Visionen einer Generation



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn.

Redaktion:

Dr. Klaus W. Wippermann
(verantwortlich)
Dr. Katharina Belwe
Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Koredaktion dieser Ausgabe:
Nicole Maschler

Internet:

www.das-parlament.de
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung **DasParlament**,
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **DasParlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Kinder und Jugendliche sind nach Ansicht von SozialwissenschaftlerInnen politische Seismographen: Ihr Verhalten erlaube Rückschlüsse auf den Zustand der Gesellschaft. Kinder- und Jugendstudien liefern folglich nicht nur ein differenziertes Abbild dieser sozialstrukturellen Gruppe, sie geben zugleich den Blick auf Probleme der Gesellschaft insgesamt frei. Ob es um Politikverdrossenheit, die mangelnde Identifikation junger Ostdeutscher mit dem neuen Gesellschaftssystem, das Verhalten Jugendlicher bei Bundestagswahlen, ihre Haltung zur Gleichstellung von Frauen, die Bedeutung von Alltagstechnik für Jugendliche oder ganz allgemein um Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen geht – die je spezifischen Ergebnisse verweisen auf konkrete Probleme, die es in unserer Gesellschaft zu lösen gilt.

■ Die Ergebnisse der 14. Shell Jugendstudie 2002 – der Rückgang des politischen-gesellschaftlichen Engagements und die weitere Zunahme von Politik(er)verdrossenheit unter jungen Menschen – sind folglich als Alarmzeichen zu werten. *Mathias Albert*, *Ruth Linssen* und *Klaus Hurrelmann* nehmen diese Befunde zum Anlass, in ihrem Essay über neue Möglichkeiten nachzudenken, wie das politische Interesse und die Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement bei Jugendlichen geweckt werden könnten.

■ Anlass zur Sorge gibt auch das Ergebnis einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel junger DDR-Bürger bzw. Ostdeutscher von *Peter Förster*: Nach mehr als einem Jahrzehnt ist es immer noch nicht gelungen, einen größeren Teil der in die Untersuchung einbezogenen jungen Ostdeutschen politisch für das neue Gesellschaftssystem einzunehmen. Die Enttäuschung erklärt sich u. a. aus den als gering eingeschätzten Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung. Die jungen Menschen

zeichnen sich nämlich – einschließlich der PDS-WählerInnen, aber ausschließlich der WählerInnen rechtsradikaler Splitterparteien – durch ausgeprägte demokratische Grundüberzeugungen aus. Das belegt eine Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland von *Hans Oswald* und *Hans-Peter Kuhn*.

■ Ein Ziel politischer Bildung in Deutschland und anderen Ländern besteht darin, Jugendliche zur Anerkennung der Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft zu erziehen. Soweit es sich dabei um die Zustimmung zur formalen Gleichheit handelt, scheint das Ziel nahezu erreicht zu sein. Tatsächlich gibt es jedoch – wie *Detlef Oesterreich* in einer länderübergreifenden Studie herausgefunden hat – erhebliche Differenzen zwischen Mädchen und Jungen bei der gesellschaftlichen Rollenzuschreibung. Letztere sehen den Mann immer noch am liebsten in der Ernährerrolle und weisen der Frau die Verantwortung für die Kindererziehung zu.

■ Moderne Alltagstechnik – Handy, Computer, Auto – verändert das Leben Jugendlicher. Nach *Claus J. Tully* prägt sie nicht nur deren lebensweltliche Erfahrungen, sondern wirkt gleichermaßen sozialisierend. Alltagstechnik sei heute Bestandteil des Habitus und damit der Sozialisation. Aus der Sicht des Autors sind Forschungen zur Veränderung des Jugendalltags und zu den gesellschaftlichen Auswirkungen überfällig. Auf ein anderes Defizit – den Mangel an Wissen über Zukunftsvorstellungen und -wünsche von Kindern und Jugendlichen – verweist *Uwe Britten*. Die Auswertung „offener“ Texte von SchülerInnen aller Altersstufen und Schultypen sowie von LeserInnen der Zeitschrift „Bravo“ zum Thema „Visionen“ lässt sowohl auf von der jungen Generation empfundene Mängel in unserer Gesellschaft als auch auf ihre Erwartungen an diese schließen.

Katharina Belwe ■

Jugend und Politik

Politisches Interesse und Engagement Jugendlicher im Lichte der 14. Shell Jugendstudie

Die 2002 erschienene 14. Shell Jugendstudie belegt ein weiterhin nachlassendes politisches Interesse bei Jugendlichen in Deutschland. Als politisch interessiert bezeichnen sich nur noch 34 Prozent der Jugendlichen im Alter von 12 bis 24 Jahren (im Vergleich 1999: 43 Prozent; 1991: 57 Prozent).¹ Politisches Engagement geht zurück, sein Stellenwert in der Lebensgestaltung Jugendlicher sinkt weiter. Die Studie bestätigt damit einen sich fortsetzenden und zum Teil beschleunigenden Trend der so genannten „Politikverdrossenheit“ unter Jugendlichen.

Zwar erweist sich diese bei näherem Hinsehen vor allem als eine *PolitikerInnen-* und *Parteienverdrossenheit*. Auch zeigt die 14. Shell Jugendstudie, dass sich diese nicht automatisch in einer Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates oder einer Unterstützung extremistischer Tendenzen ausdrückt. Aber wenn man die Jugend als „Seismographen“ zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen versteht, gilt es angesichts dieser Diagnose Alarm zu schlagen und verstärkt über Möglichkeiten nachzudenken, das politische Interesse und die Bereitschaft zum politischen Engagement bei Jugendlichen zu wecken. Zu denken gibt ein Ereignis, welches zeitgleich mit dem Erscheinen der Shell-Jugendstudie im August letzten Jahres für große Aufmerksamkeit sorgte: Nicht nur die Bilder der Fluten des Jahrhunderthochwassers haben sich in die Köpfe der Menschen eingepreßt, sondern auch die Aufnahmen der vielen freiwilligen, uneigennützig handelnden jugendlichen Helferinnen und Helfer. Diese bestätigen das in der Studie gewonnene Ergebnis, dass sich Jugendliche zwar durchaus engagieren, dies aber eher auf eine „kurzfristige“ Art und Weise tun. Sie scheuen die längerfristige Bindung an Organisationen, ziehen problem- und projektbezogene Formen des Engagements vor.

Das ist vor allem bei jungen Frauen der Fall. Während junge Männer sich in etablierten Strukturen am ehesten wohlfühlen, bevorzugen junge Frauen

unkonventionelle und weniger stark strukturierte Organisationen. Jungen sind vor allem in Vereinen aktiv, seien es Sport-, Musik- oder andere Vereine. Auch bei Rettungsdiensten, Feuerwehr und Jugendgruppen sind sie deutlich häufiger vertreten als Mädchen – und in Parteien kommen auf eine Frau zwei junge Männer. Mädchen dominieren dagegen beim Engagement in Schul- und Hochschuleinrichtungen, in Kirchengemeinden und anderen sozialen Verbänden wie Amnesty International, Greenpeace oder auch in Bürgerinitiativen. Eine starre und hierarchische Struktur von Organisationsformen wirkt auf sie abschreckend. Sie sind deutlich seltener als ihre männlichen Altersgenossen an Machtpositionen interessiert, möchten sich keine Rangkämpfe liefern müssen, sondern bei ihren Aktivitäten einfach Gemeinschaft erleben, soziale Kontakte pflegen, Leute treffen und Spaß haben.

Hinter den politischen Interessen stehen spezifische Wertorientierungen. Sozialengagement, Kontakt zu Menschen und die Beobachtung eigener Gefühle haben für junge Frauen nach eigenen Aussagen einen deutlich höheren Stellenwert als für Männer. Diese legen dagegen mehr Wert auf Macht und Einfluss als gleichaltrige Frauen. Offensichtlich weisen junge Frauen ein anderes Profil des Engagements auf als junge Männer. Besonders im klassischen parteipolitischen Bereich, der immer noch sehr patriarchalisch strukturiert ist, bekommen Mädchen schwer „ein Bein auf die Erde“. Da verwundert es kaum, dass das ohnehin rapide gesunkene politische Interesse bei ihnen noch weit aus geringer ausgeprägt ist als bei Jungen. Hier gilt es zu überlegen, welche Formen des Engagements auch Frauen den Zugang zur (Partei-)Politik in hinreichendem Maße ermöglichen könnten. Denn die Voraussetzung für politisches Interesse, eine gute bis sehr gute Bildung, bringt ein Großteil von ihnen inzwischen mit – auch das hat die Studie eindrucksvoll gezeigt.

Wie ausschlaggebend Bildung (Qualifikationen) und sozialer Hintergrund für Grad und Ausprägung des sozialen und politischen Engagements sind, lässt sich besonders gut an den vier Typen von Jugendlichen ablesen, die in der 14. Shell

¹ Vgl. Jugend 2002. 14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt/M. 2002 (Konzeption und Koordination Klaus Hurrelmann und Mathias Albert in Arbeitsgemeinschaft mit Infratest Sozialforschung).

Jugendstudie aus der Auswertung aller Aussagen und Statements abgeleitet wurden.

Zum einen ist der Typus der „*selbstbewussten Macherinnen und Macher*“ zu nennen. Diese Gruppe bringt meist eine gute bis sehr gute Bildung sowie einen soliden sozialen Hintergrund mit und zeichnet sich durch Ehrgeiz, Fleiß und Leistungsbereitschaft aus. Sie orientiert ihr Engagement überwiegend am eigenen, individuellen Nutzen – was durchaus mit sozialen Aktivitäten einhergehen kann. Die „*Macherinnen und Macher*“ stellen sich den Anforderungen, versuchen diese aktiv zu bewältigen und legen dabei einen starken Durchsetzungswillen an den Tag. Sie benutzen den Kopf statt der Ellenbogen und sind mit dieser Strategie gerade in klassischen Organisationsstrukturen oft erfolgreich.

Die zweite Gruppe von Jugendlichen wurde in der Shell-Studie mit „*pragmatische Idealistinnen und Idealisten*“ überschrieben. Diese Jugendlichen sind vorwiegend weiblich und entstammen meist dem klassischen Bildungsbürgertum. Ihre Stärken liegen vor allem in kreativen Bereichen, auch sind postmaterialistische Werte und soziales Engagement für sie wichtig. Mit diesen ideellen Werten verknüpfen sich zugleich Zielstrebigkeit und Karriereorientierung. Die pragmatischen Idealisten engagieren sich eher in gemeinnützigen Zusammenhängen; dort können sie sich an der Lösung konkreter Probleme beteiligen, wobei auch die soziale Komponente nicht zu kurz kommt.

Beide Typen, „*Macher*“ und „*Idealisten*“, kommen mit den Anforderungen der Leistungsgesellschaft insgesamt gut bis sehr gut zurecht, haben gute Zukunftsperspektiven und sind dementsprechend auch bereit und in der Lage, sich politisch und sozial zu engagieren. Über die Hälfte der Jugendlichen in Deutschland kann einem dieser beiden Typen zugeordnet werden.

Auf der anderen Seite gibt es eine große und nicht zu vernachlässigende Gruppe von Jugendlichen, die fast jeglicher Form von Engagement eine klare Absage erteilt und sich vor allem durch Desinteresse auszeichnet. Diese Jugendlichen gehören eher zu den Verlierern der Leistungsgesellschaft, fühlen sich überfordert. Es lassen sich zwei – zahlenmäßig etwa gleich stark vertretene – Typen unterscheiden: die „*zögerlichen Unauffälligen*“ und die „*robusten Materialisten*“.

Die „*zögerlichen Unauffälligen*“ fühlen sich nicht zuletzt aufgrund ihrer geringen Bildung (squalifikationen) und des eher schwachen sozialen Hintergrundes den hohen Leistungsanforderungen in Schule und Beruf nicht gewachsen und reagieren mit Apathie und Resignation. Die Gruppe der

„*Unauffälligen*“ zeigt kaum politisches oder soziales Engagement, ist sehr passiv und schicksalsergeben, glaubt, sowieso nichts ausrichten zu können.

Die vierte Gruppe wurde als „*robuste Materialistinnen und Materialisten*“ bezeichnet. Diese Jugendlichen stammen vorwiegend aus den unteren sozialen Schichten und sind überdurchschnittlich häufig männlichen Geschlechts. Sie kommen mit den Anforderungen von außen kaum oder gar nicht zurecht, verlassen beispielsweise die (Haupt-)Schule vielfach ohne Abschluss. Aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit scheint ihnen gesellschaftliches Engagement zumeist sinnlos. Stattdessen versuchen sie sich durch aggressives, gewalttätiges Verhalten Macht und Respekt zu verschaffen. Von der Politik sind gerade diese Jugendlichen enttäuscht, fühlen sich im Stich gelassen.

Diese vier Wertetypen zeigen, wie stark bei Jugendlichen politische Orientierungen mit den allgemeinen Lebensperspektiven und alltäglichen Entwicklungsaufgaben zusammenhängen. Dass alle diese Gruppen von Jugendlichen dennoch für Formen des Engagements erreichbar und zugänglich sind, darauf deutet weit mehr hin als die Bilder der Flutkatastrophen-Helfer im vergangenen Sommer: etwa die vielfache Beteiligung in informellen Strukturen. Die Frage ist jedoch, wie man diesen Jugendlichen mit ihren verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden kann.

Es geht also darum, den Jugendlichen neue Formen der Beteiligung bereitzustellen, die ihren veränderten Verhaltensmustern besser gerecht werden. Diese Beteiligungsformen müssen von der Politik und den Parteien als solche akzeptiert und als Chance begriffen werden, obwohl sie teilweise eine „Entgrenzung“ des Politikverständnisses weg von klassischen Formen (partei)politischen Engagements bedeuten. Gleichzeitig gilt es, den Jugendlichen zudem mehr „klassische“ Beteiligungsformen, etwa in Jugendparlamenten, zu eröffnen, dies aber in ungleich konsequenterer Art als bislang.

Die Bereitschaft Jugendlicher, sich für bestimmte Aufgaben zu engagieren, sollte genutzt werden, um die politische Beteiligung zu erhöhen. Diese Forderung erscheint insofern recht abstrakt, als sie impliziert, dass der entsprechende politische Diskurs und die Mitwirkung unter weit gehender Absehung parteipolitischer Konkurrenz gestaltet werden soll. Dabei liegt es vor allem an den Parteien, den Jugendlichen Möglichkeiten zur Mitarbeit an konkreten Problemstellungen zu eröffnen. Die thematische Bandbreite ist hier enorm: Vorstellbar wäre sowohl eine Einbindung in „Jugendfragen“ auf kommunaler Ebene in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendarbeit als auch ein

verstärktes Einbeziehen in die Globalisierungsdebatte in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden und mit „Globalisierungskritikern“ wie beispielsweise „Attac“.

Dabei steht nicht nur die individuelle Ausgestaltung einer solchen projekt- bzw. problembezogenen Beteiligung im Vordergrund. Vielmehr sollten die Parteien – und dies gerade auch im Lichte der jüngst vorgetragenen Kritik an Schärfe und Stil der parteipolitischen Auseinandersetzungen – den Jugendlichen das Gefühl vermitteln, ernst genommen zu werden, aktiv zu Problemlösungen beitragen zu können und nicht unmittelbar in das parteipolitische Machtspiel hineingezogen zu werden. Dies verlangt von den politischen Parteien zunächst und vor allem, sich selbst aus der grundlegenden Logik der Parteienkonkurrenz zu lösen. Damit eröffnen sich den Parteien jedoch auch Chancen (und zwar über die Gewinnung neuer Anhänger und Mitglieder hinaus). Vor allem bietet sich ihnen die Möglichkeit, selbst einen Modernisierungsprozess anzustoßen. Sie könnten neue Umgangsformen im Sinne einer zunehmend *entgrenzten* Politik erlernen, in der wesentlich mehr Formen gemeinwohlorientierten Handelns in der Gesellschaft und insbesondere bei Jugendlichen als „politisch“ angesehen werden, als ein enges, staatszentriertes Politikverständnis nahe legt (welches vorrangig mit der standardisierten Frage nach dem „Interesse an Politik“ abgefragt wird).

Zu entwickeln sind also auch und gerade von den politischen Parteien solche Formen politischen Handelns und Engagements, die gemeinwohlorientiert sind. Die Parteien müssen dazu von der Links-rechts-Polarisierung in den politischen Auseinandersetzungen Abschied nehmen. Diese ist nicht nur immer schwerer zu vermitteln, sondern führt zu gerade bei Jugendlichen beobachteten Verdrossenheits- und Rückzugsreaktionen. Das Bereitstellen solcher Beteiligungsformen für Jugendliche läutet nicht das Ende der Parteidemokratie ein. Vielmehr bietet es den Parteien die Möglichkeit, auf die veränderten Rahmenbedin-

gungen von Politik in einer entgrenzten Welt, die nachlassende Identifikationskraft von umfassenden Wertesystemen für Jugendliche sowie die immer geringer werdende Bedeutung des Links-rechts-Schemas in der Politik aktiv zu reagieren.

Wie die „neuen“ Formen der Beteiligung, so sollten auch die eher „klassischen“ Formen den Jugendlichen vor allem vermitteln, dass „die Politik“ sie ernst nimmt. Jugendparlamente stellen eine geeignete Beteiligungsform dar, die jedoch so lange wenig effektiv bleibt (oder gar kontraproduktiv wirkt), wie es sich dabei lediglich um eine (symbolisch) inszenierte Beteiligung handelt. Es verbietet sich aus vielerlei Überlegungen, einem Jugendparlament „echte“ legislative Befugnisse zuzugestehen. Aber eine systematische Berücksichtigung der Meinungen eines regelmäßig tagenden Jugendparlaments in *allen* Politikbereichen (und nicht nur in Fragen der Jugendpolitik) – etwa vermittelt über regelmäßige Berichte der Jugendbeauftragten des „richtigen“ Parlamentes – wäre eine Möglichkeit, um die Präsenz Jugendlicher im öffentlichen Meinungsraum und damit das Interesse Jugendlicher für politische Belange zu erhöhen.

Schließlich gilt es, ein „altes“ Thema immer wieder neu aufzugreifen: So sinnvoll eine Beteiligung Jugendlicher außerhalb oder am Rande des parteipolitischen Konkurrenzkampfes sein mag, die maximale Berücksichtigung der Jugendlichen durch die Parteien gewährleistet letztlich möglicherweise doch nur deren Gewicht im Wettbewerb um Wählerstimmen. Deshalb wird die Absenkung des Mindestalters für das Wahlrecht auf 16, 14 oder 12 Jahre auch in den nächsten Legislaturperioden auf der Tagesordnung bleiben müssen.

Internetverweise der AutorInnen:

<http://www.shell-jugendstudie.de/hauptergebnisse.htm>
<http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag4/projekte/index.html>
<http://www.uni-bielefeld.de/soz/iw/projekte.htm>

Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht

Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Mentalitätswandel
zwischen 1987 und 2002

I. Vorbemerkungen zur Studie

Die folgenden Ergebnisse stammen aus der *Sächsischen Längsschnittstudie*. Dabei handelt es sich um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, noch zu DDR-Zeiten, gestartet und begleitet über die Wende im Herbst 1989 hinweg den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen des Geburtsjahrganges 1972/73 zwischen ihrem 14. und (im Jahr 2002) 29. Lebensjahr.

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte die Studie den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder (siehe Kapitel II.1.), ihre wachsende Distanz und Enttäuschung gegenüber der Politik der SED.

In ihrer zweiten Phase (13 Befragungswellen seit Frühjahr 1990) begleitet sie den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik: vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Sie ist damit die einzige (ost)deutsche Längsschnittstudie, die dank ihrer Anlage in einer hinreichend großen, identischen Population den Auswirkungen des Systemwechsels auf das Denken und Fühlen junger Leute im Osten nachgehen kann.

Die zentrale Forschungsfrage lautet, ob mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht und welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen. Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR, mehr oder weniger nachhaltig, geprägt worden. Zugleich waren sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssys-

tems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

In die Untersuchungen vor der Wende waren 1 281 SchülerInnen aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war DDR-repräsentativ.

Im Frühjahr 1989 erklärten sich 587 TeilnehmerInnen schriftlich bereit, auch nach Schulabschluss weiter an ähnlichen Untersuchungen mitzuarbeiten. Durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) reduzierte sich dieser Kreis in der Wendezeit auf 485 Personen. Von ihnen beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 13 (postalischen) Befragungen nach der Wende.

Die 16. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mitte April bis Mitte Juli 2002 statt. 420 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück. Das sind 72 Prozent derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten bzw. 87 Prozent jener, deren aktuelle Adressen bekannt sind.

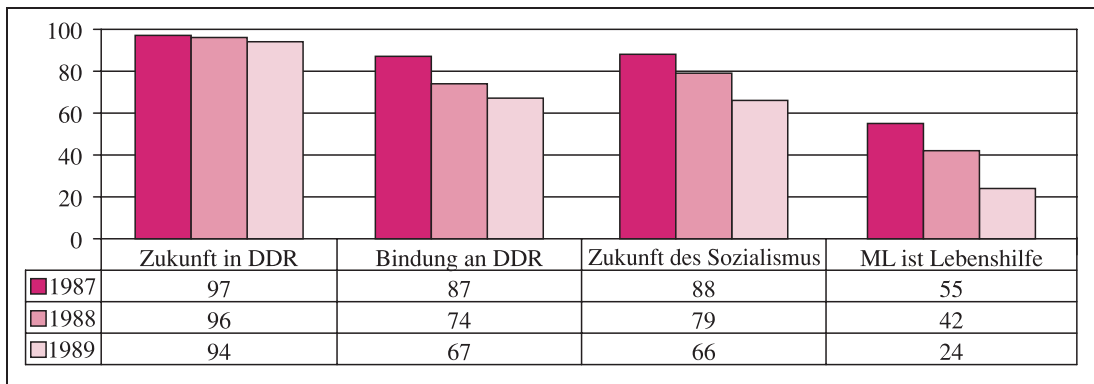
Das Durchschnittsalter betrug zum Befragungszeitpunkt 29,0 Jahre. Die Anteile der Geschlechtergruppen liegen bei 47 (männlich) bzw. 53 Prozent (weiblich). Von den TeilnehmerInnen leben 92 in den alten Bundesländern (22 Prozent) bzw. 6 im Ausland (1 Prozent).

Die dargestellten Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, ähnliche Relationen sind vermutlich in den benachbarten höheren Altersgruppen zu erwarten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird aber ausdrücklich nicht beansprucht. Die 16. Welle der Studie wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

Im Rahmen dieses Beitrages¹ können wir nur auf einige besonders aussagekräftige Trends eingehen.

¹ Bereits 1999 informierten wir in dieser Zeitschrift über ausgewählte Ergebnisse dieser Studie bis zur 13. Welle vom Sommer 1998 (vgl. Peter Förster, Die 25-Jährigen auf dem

Abbildung 1: Veränderung ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und Frühjahr 1989* (in Prozent)



* „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“
 „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischem Vaterland eng verbunden.“
 „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“
 „Der Marxismus-Leninismus hilft mir, auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort zu finden.“
 Davon bin ich überzeugt: 1 vollkommen; 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht. Anteile sehr starker und starker Zustimmungen.
 ML = Marxismus-Leninismus.
 Anzahl der bei der 16. Welle 2002 durch Rückrechnung in die Längsschnitte einbezogenen identischen Personen: 1987: 397; 1988: 384; 1989: 411; 1990: 180; 1991: 183; 1992: 149; 1993: 212; 1994: 229; 1995: 292; 1996: 328; 1998: 341; 2000: 370. N 2002 = 420. Diese Angaben gelten auch für die anderen Übersichten.

Quelle: Eigene Darstellung.

Auf die Darstellung der speziell für die Auswertung von Längsschnittstudien entwickelten Koeffizienten müssen wir hier aus Platzgründen verzichten.

II. Ausgewählte Trends

1. Ein Blick zurück: Enttäuschung über die Politik der SED, jedoch ein starker Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR

Die ersten drei Jahre der Studie fielen mit der Endphase der DDR zusammen. Die bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und (Frühjahr) 1989 erhobenen Daten spiegeln den in diesem Zeitraum bei der DDR-Jugend generell beobachteten massiven Rückgang des politischen Bewusst-

langen Weg in das vereinte Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43–44/99, S. 20–31). Inzwischen haben drei weitere Befragungswellen stattgefunden (14. Welle 2000, 15. Welle Ende 2001, 16. Welle 2002), mit denen neue Erkenntnisse über den anhaltenden Mentalitätswandel gewonnen werden konnten. Da nach jeder Welle die untersuchten Trends komplett neu berechnet werden müssen, können zu den bisher veröffentlichten Daten geringe Abweichungen auftreten, die jedoch praktisch nicht relevant sind. Ein Gesamtüberblick der wichtigsten Ergebnisse zwischen 1987 und 2000 (1. und 14. bzw. 15. Welle) wird gegeben in: Peter Förster, Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende, Opladen 2002.

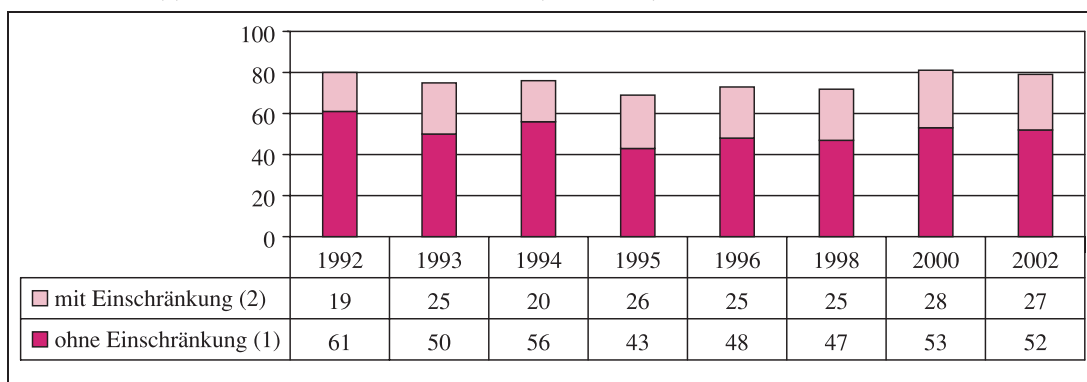
seins wider, der an anderer Stelle ausführlicher dargestellt wurde.² Exemplarisch belegen wir das für einige politische „Grundüberzeugungen“, deren Herausbildung erklärtes Ziel sozialistischer Erziehung war (s. *Abbildung 1*).

Die Trends sind eindeutig: Die Überzeugung von der Bedeutung des Marxismus-Leninismus als Lebenshilfe (schon 1987 nur noch schwach ausgeprägt), die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus zerfielen in dieser Zeit mehr und mehr – eine Widerspiegelung massiver Enttäuschungen über die Politik der SED. Ein „Nullpunkt“ war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, blieb faktisch bis kurz vor der Wende erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94 Prozent an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 61 Prozent ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft biete.

Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, war kein ideologisches Bekenntnis

² Vgl. Peter Förster, Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hrsg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999.

Abbildung 2: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter Zustimmung (2) zur Wende im Trend 1992–2002* (in Prozent)



* „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“ Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen; 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht.

Quelle: Eigene Darstellung.

zur DDR. Ein wesentlicher Grund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle von ihnen (97 Prozent) feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Für berufliche Zukunftsängste bestand damals kein Anlass.

Wie die Ergebnisse der Studie nach dem Systemwechsel belegen, wirken diese sozialen Erfahrungen der damals 16/17-Jährigen mit der DDR bis in die Gegenwart nach, bilden den Kern einer noch immer bestehenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Insofern sind diese und andere vor der Wende gewonnenen Daten sehr aufschlussreich für das Verstehen teilweise überraschender Reaktionen der Panelmitglieder auf das gegenwärtige Gesellschaftssystem. Die Möglichkeit solcher biografischer Zusammenhangsanalysen bieten nur Längsschnittstudien.

2. Ja zur Wende und zur deutschen Einheit

Zu den aussagekräftigsten Ergebnissen der Studie gehören die Trends der Einstellung zur politischen Wende bzw. zur deutschen Einheit, d.h. zu den Ereignissen, die das Leben der TeilnehmerInnen dieser Untersuchung von Grund auf veränderten. Wie die ausführlichen Stellungnahmen der befragten Jugendlichen im Rahmen der ersten Befragungswelle nach der Wende im Frühjahr 1990 – sie waren damals etwa 17 Jahre alt – zeigten, wurde diese politische Zäsur von fast allen grundsätzlich positiv bewertet.

In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen bei ihrer Bejahung der Wende geblieben, die meisten davon sogar ohne Einschränkung (s. *Abbildung 2*).

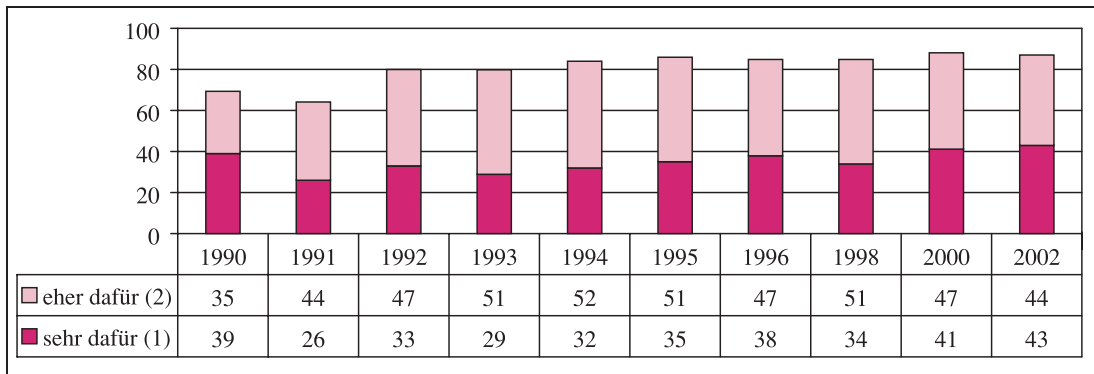
Erkennbar ist, dass nur eine Minderheit der Panelmitglieder die früheren politischen Verhältnisse zurückwünscht, im Jahr 2002 betrifft das lediglich 7 Prozent. Allerdings stimmen im Jahr 2002 nur 28 Prozent der Aussage zu, dass die damaligen Ziele der „friedlichen Revolution“ heute verwirklicht seien. 14 Prozent verneinen das; mit 58 Prozent meinen die meisten, dass diese Ziele teilweise verwirklicht seien. Auffällig viele Panelmitglieder betonen in ihren zusätzlichen Notizen, dass die Schließung vieler Betriebe und die Massenarbeitslosigkeit im Osten damals nicht zu den Zielen gehört habe.

Bemerkenswert ist auch, dass es bei den TeilnehmerInnen zwischen 1994 und 1998 vorübergehend zu einem signifikanten und durchaus relevanten Rückgang dieser politischen Grundeinstellung gekommen war, Ausdruck ihrer zunehmenden Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation im Osten in der Endzeit der Regierung unter Helmut Kohl (s. u.). Vom Frühjahr 1990 an, also noch vor ihrem Vollzug, wurde auch die Einstellung zur deutschen Einheit erfasst (s. *Abbildung 3*).

Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und Sommer 2000, d. h. mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Beitritt, deutlich erhöht hat, wenn auch meist mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“. Im Frühjahr 2002 ist dieses hohe Niveau der Zustimmung erhalten geblieben.

Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die – von einer Minderheit abgesehen – nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre

Abbildung 3: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990–2002. Anteile einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmung* (in Prozent)

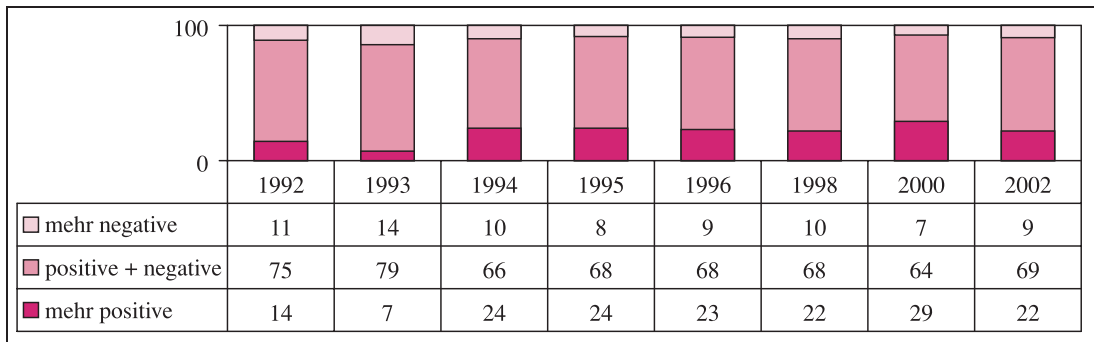


* „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“ 1 sehr dafür; 2 eher dafür als dagegen; 3 eher dagegen als dafür; 4 sehr dagegen;

Nach dem vollzogenen Beitritt der DDR zur BRD (hier ab 1991) wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie *heute* antworten?“

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 4: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992–2002* (in Prozent)



* „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“ Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland: (1) mehr positive Veränderungen; (2) sowohl positive als auch negative; (3) mehr negative Veränderungen.

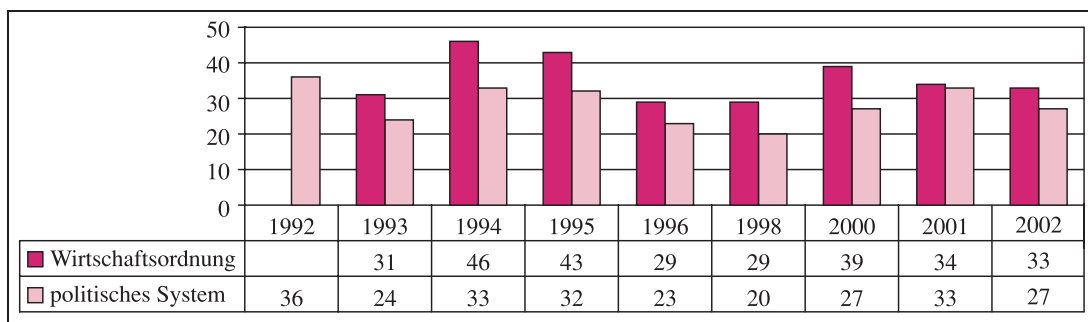
Quelle: Eigene Darstellung.

Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Diese steht bei den verbalen Angaben über die positiven Seiten der Vereinigung von Anfang an klar an erster Stelle, allerdings fast ausnahmslos durch die so oder ähnlich formulierte Einschränkung „Reisen ist nur möglich, wenn man auch das nötige ‚Kleingeld‘ hat, sprich eine Arbeit besitzt und Geld verdienen kann“ ergänzt.

Trotz der verbreiteten generellen Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen ambivalent beurteilt. Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen (s. *Abbildung 4*).

Der bis 2000 erkennbare Trend einer Zunahme der Auffassung, es gebe mehr positive Veränderungen, scheint im Jahr 2002 abgebrochen zu sein, vermutlich vor dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Misere in Ostdeutschland. Hinzu kommt, dass die Verwirklichung der Einheit immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen „wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen“ bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche „zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind“. *Tabelle 1* informiert über die Mittelwerte zum jeweiligen Zeitpunkt der Befragung sowie über die prognostizierten Jahre (vom jeweiligen Zeitpunkt aus betrachtet):

Abbildung 5: Zufriedenheit mit dem politischen System bzw. mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1992 bzw. 1993–2002. Zusammengefasste Anteile der sehr zufriedenen (1) bzw. zufriedenen (2) TeilnehmerInnen* (in Prozent)



* „Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik / mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“
1 sehr zufrieden; 2 zufrieden; 3 weniger zufrieden; 4 unzufrieden.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 1: Zeitliche Vorstellungen von der Verwirklichung der wirtschaftlichen bzw. der inneren Einheit*

Befragungsjahr	Mittelwert in Jahren	prognostiziertes Jahr (gerundet)
<i>a) wirtschaftliche Einheit</i>		
1990**	6,2	1996
1996	14,2	2010
1998	13,7	2012
2000	14,7	2015
2002	15,9	2018
<i>b) innere Einheit</i>		
1990**)	8,2	1998
1996	23,3	2020
1998	24,4	2022
2000	21,4	2022
2002	20,6	2023

* „Wie lange wird es dauern . . . a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen?; b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind?“

** Die Daten von 1990 stammen nicht aus dieser Studie, sondern aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) vom September 1990, berechnet für die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2002 davon aus, dass es noch 16 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2018). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren berechnet (das wäre 1996 gewesen!).

Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sein werden: im Durchschnitt 20,6 Jahre (d.h. im Jahre 2023).

1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (das wäre 1998 gewesen!).

Der Zeithorizont des Zusammenwachsens beider Landesteile hat sich demnach seit der Vereinigung enorm vergrößert. Diese Vorstellungen sind keine Zahlenspielerien, sondern widerspiegeln wie kaum ein anderes Ergebnis sehr anschaulich die ursprünglichen Hoffnungen dieser jungen Leute auf das vereinte Deutschland und ihre nachfolgenden massiven Enttäuschungen angesichts der Realitäten des Vereinigungsprozesses.

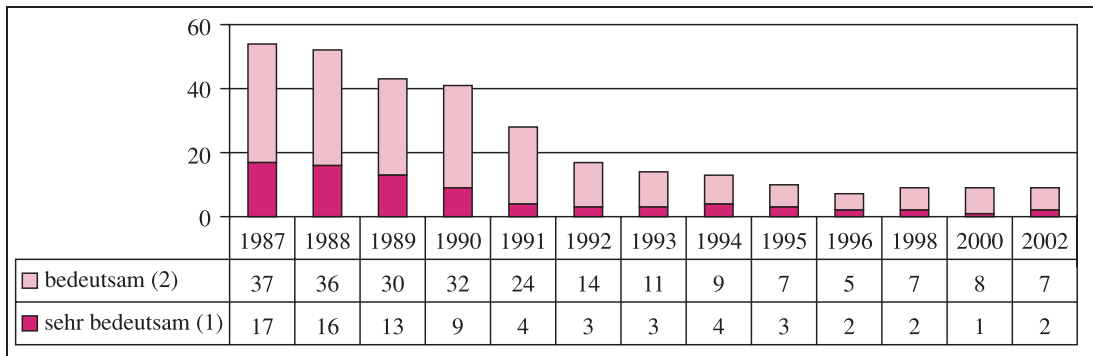
3. Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen Skepsis und Kritik

Zahlreiche Ergebnisse unserer Studie lassen den Schluss zu, dass die überwiegende Bejahung der Wende und der deutschen Einheit nicht gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch zwölf Jahre nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet.

Diese Sicht äußert sich sehr deutlich in der schwachen Zufriedenheit mit dem politischen System der Bundesrepublik und mit der jetzigen Wirtschaftsordnung – zwei sehr aussagekräftige Kriterien (s. *Abbildung 5*).

Der Anteil der jungen Frauen und Männer, die mit der jetzigen Wirtschaftsordnung mehr oder weniger zufrieden sind, liegt im gesamten Zeitraum meist weit unter der Hälfte; noch erheblich kleiner ist der Anteil derer, die mit dem politischen System zufrieden sind. Sehr auffällig ist außerdem der zeitlich parallel verlaufende Einbruch zwischen 1994 und 1998 (die Erhebung 1998 fand vor dem Regierungswechsel statt): In den letzten Jahren der Regierung unter Helmut Kohl kam es bei den Panelmitgliedern zu einem massiven Rück-

Abbildung 6: Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987–2002. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)* (in Prozent)



* „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie ‚aktiv am politischen Leben teilnehmen‘?“
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam; 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht bedeutsam.

Quelle: Eigene Darstellung.

gang der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung und – als Folge davon – zeitgleich zu einem gravierenden Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System sowie – hier nicht dargestellt – zu einem ebenso deutlichen Rückgang des Vertrauens zu den damals regierenden Koalitionsparteien CDU/CSU (die Quote derer, die zu ihnen Vertrauen äußerten, sank von 25 auf 16 Prozent). Nach dem Regierungswechsel (hier ab 2000) deutete sich bei beiden Aspekten zwar zunächst eine Trendwende an, die jedoch im Frühjahr 2002 bereits wieder abgebrochen ist, insbesondere im Hinblick auf die Zufriedenheit der Panelmitglieder mit der Wirtschaftsordnung. Entsprechend dem bekannten Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des Systems einerseits und Systemakzeptanz der Bürger andererseits³ sinkt damit erneut die Wahrscheinlichkeit für eine Zunahme der Systemzufriedenheit bei unseren Panelmitgliedern.

Im erwähnten Zeitraum zwischen 1994 und 1998 schwächte sich, wie erwähnt, sogar die Bejahung der Wende signifikant ab. Vor allem aber stürzte die Zukunftszuversicht der Panelmitglieder für die Entwicklung in Ostdeutschland krass ab: Äußerten sich 1994 noch 60 Prozent mehr oder weniger stark zuversichtlich, so ging dieser Anteil bis 1998 erdrutschartig auf 28 Prozent zurück! Andererseits nahmen in diesem Zeitraum existenzielle Bedrohungsängste wie die Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit und vor einer persönlichen Notlage erheblich zu. Diese frappierende Parallelität mas-

siver Veränderungen in den Reflexionen der Panelmitglieder über die gesellschaftliche Realität in diesen Jahren ist unseren Daten zufolge kein Zufall, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit Widerspiegelung der Politik in Bezug auf Ostdeutschland in den letzten Jahren der Regierung Helmut Kohl. Diese hat sich erkennbar dämpfend auf die ohnehin schwach entwickelte Identifikation der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem ausgewirkt.

Ein weiterer Beleg für die bestehende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem ist die äußerst geringe Bereitschaft zum politischen Engagement. Dazu liegen aufschlussreiche Daten aus der Zeit vor und nach der Wende vor (s. *Abbildung 6*).

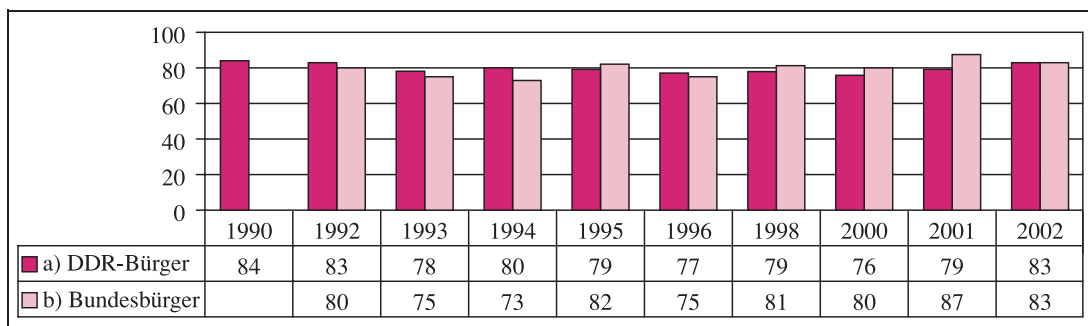
Die Orientierung der TeilnehmerInnen dieser Studie auf eine aktive Beteiligung am politischen Leben hatte bereits vor der Wende drastisch abgenommen – Folge ihrer sich verstärkenden Enttäuschung von der Politik der SED. Erkennbar ist aber auch, dass dieser Abwärtstrend nach der Wende weitergegangen ist, sich sogar enorm verstärkt hat. Dieser Trend hat nichts mit dem Alter der Panelmitglieder zu tun, sondern kann nur als Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und Verweigerung eines großen Teils dieser jungen Leute auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System betrachtet werden.

Die Skepsis der meisten TeilnehmerInnen gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit (s. *Tabelle 2*).

Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, ist sehr gering. Er stieg zwar Ende 2001 (d.h. nach den Ereignissen vom

³ Vgl. u.a. Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte, *Die Deutschen. Profil einer Nation*, Stuttgart 1991, S. 140. Wir vermuten, dass dieser Zusammenhang in unserer Studie für Ostdeutschland erstmals im Längsschnitt nachgewiesen wurde; in der in Fußnote 1 genannten Publikation werden diese Daten ausführlicher dargestellt (S. 95 f.).

Abbildung 7: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2002. Zusammengefasste Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Identifikation* (in Prozent)



* „Als was fühlen Sie sich?“ a) als Bürger der DDR; b) als Bürger der Bundesrepublik Deutschland. 1 vollkommen; 2 etwas schon; 3 eigentlich nicht; 4 überhaupt nicht.

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 2: Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem* (in Prozent)

	1	2	(1+2)	3	4	5
„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“						
2000	0	7	(7)	33	29	31
2001	1	15	(16)	37	27	20
2002	1	6	(7)	31	32	30
„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“						
2001	3	15	(18)	43	21	18
2002	1	11	(12)	38	25	25

* Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

11. September) leicht an (signifikant), ging 2002 jedoch wieder zurück; die Befürworter bleiben eine Minderheit. Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, haben im Frühjahr 2002 12 Prozent, 50 Prozent erhoffen das Gegenteil, 38 Prozent äußern sich ambivalent. Die meisten dieser jungen Leute betrachten das jetzige System offensichtlich nicht als das „Ende der Geschichte“.

Die Unzufriedenheit des größten Teils der Panelmitglieder mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld führte zu teilweise überraschenden Entwicklungen anderer politischer Grundeinstellungen. Wir führen hier nur zwei davon an.

4. Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

Die Skepsis der meisten jungen Frauen und Männer gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem äußert sich auf spezifische Weise im Identitätswan-

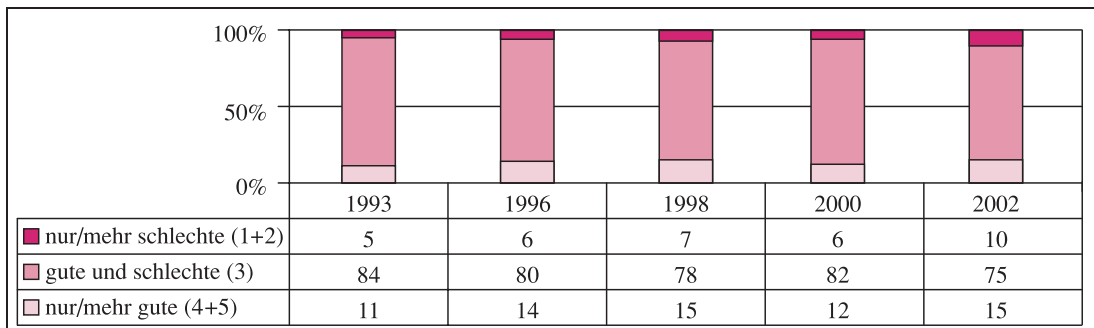
del vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich als ein unerwartet langwieriger Prozess erweist (s. *Abbildung 7*).

Die Identifikation mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2002 nicht verstärkt. Lediglich Ende 2001/Anfang 2002, d. h. kurz nach den Ereignissen vom 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs an, der jedoch im Frühsommer 2002 wieder verschwand. Die Identifikation mit der untergegangenen DDR war im Untersuchungszeitraum 1990 bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. Im Jahr 2002 stimmen zwar die Prozentverteilungen bei Zusammenfassung der Antwortpositionen 1 und 2 völlig überein, einschränkungslos identifizieren sich jedoch signifikant mehr TeilnehmerInnen der Studie mit der DDR als mit der BRD: 42 Prozent gegenüber 34 Prozent.

Eine Kopplung beider Angaben (die Antwortskala wurde dafür dichotomisiert) ergibt im Jahr 2002: Bei 70 Prozent der Panelmitglieder ist eine „Doppelidentität“ zu beobachten. Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben; 13 Prozent fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger; ebenfalls 13 Prozent haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch vorwiegend als DDR-Bürger. Die restlichen 4 Prozent fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als bisher angenommen wurde. Es wird auch von jungen Menschen nicht in

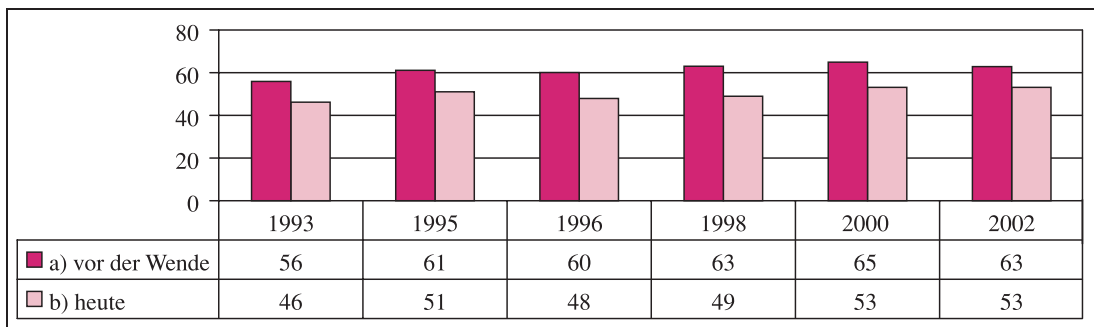
Abbildung 8: Verhältnis von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der Untersuchungsteilnehmer im Trend 1993–2002* (die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst)



* „Wenn Sie an die DDR-Zeit zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im Ganzen gesehen?“ Es gab in der DDR... 1 nur schlechte Seiten; 2 mehr schlechte als gute Seiten; 3 gute und schlechte Seiten; 4 mehr gute als schlechte Seiten; 5 nur gute Seiten.

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 9: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993–2002* (die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst) (in Prozent)



* „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen, und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war/ich bin: 1 sehr dafür; 2 eher dafür als dagegen; 3 eher dagegen als dafür; 4 sehr dagegen.

Quelle: Eigene Darstellung.

verhältnismäßig kurzen Zeiträumen als Ballast abgeworfen. Ausdrücklich betont sei, dass es sich dabei nicht um politische Bindungen an die untergegangene DDR handelt. Großes Gewicht haben dabei vielmehr tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit und Jugend, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen. Vor allem die Erinnerungen an die damals erfahrene Sozialpolitik, insbesondere die soziale Sicherheit, spielen bis in die Gegenwart eine große Rolle.

Faktisch unverändert hält die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen in ihren Erinnerungen an die DDR daran fest, dass diese „gute und schlechte Seiten“ gehabt habe (s. *Abbildung 8*).

In ihren zusätzlichen Notizen vertreten zahlreiche TeilnehmerInnen die Auffassung, dass es ein

grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik (gewesen) sei, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen. Erwähnt werden in diesem Zusammenhang vor allem die Kindereinrichtungen in der DDR, häufig auch die Jugendklubs, Ferienlager, Polikliniken und in jüngster Zeit in zunehmendem Maße das Schulsystem. Oft wird kritisiert, dass „viele im Osten bewusst plattgemacht wurde“ und „nur der Grüne Pfeil übrig geblieben“ sei. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien Identität mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird.

5. Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden

Ausdruck der verbreiteten Unzufriedenheit der Panelmitglieder mit dem jetzigen Gesellschaftssystem – gewissermaßen ihre Kehrseite – ist die

Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil von ihnen (noch oder wieder) an sozialistische Ideale glaubt (s. *Abbildung 9*).

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2002 mehr als die Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein leichter, aber signifikanter Zuwachs von 46 Prozent auf 53 Prozent zu beobachten. Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern „hautnah“ als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus“ keineswegs bei allen diskreditiert. Im Gegenteil: Diese Ideale erfahren zunehmend Zuspruch, was der Einzelne auch darunter verstehen mag. Das gilt in besonderem Maße für die jungen Frauen, von denen erheblich mehr an sozialistische Ideale glauben als bei den jungen Männern (2002: 59 Prozent gegenüber 47 Prozent).

Mit diesem Zuwachs geht ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder einher, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 56 Prozent 1993 auf 65 Prozent 2000 bzw. 63 Prozent 2002. Die zunehmende Bejahung sozialistischer Ideale in der Gegenwart hat dazu beigetragen, sich auch in der Erinnerung, sozusagen rückwirkend, wieder häufiger zu ihnen zu bekennen.

Mit rund 40 Prozent plädieren seit Jahren zwar weniger Panelmitglieder für eine reformsozialistische Alternative zur jetzigen politischen Ordnung. Dennoch lässt auch dieses Ergebnis erkennen, dass sozialistische Vorstellungen bei einem beträchtlichen Teil von ihnen noch oder wieder Einfluss auf ihr Denken und Fühlen nehmen.

III. Wesentliche Einflussfaktoren des politischen Mentalitätswandels

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über charakteristische Trends hinaus auch Einflussfaktoren nachzuweisen, die hinter diesen Trends stehen, insbesondere hinter denen einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Kritik der Panelmitglieder am jetzigen Gesellschaftssystem.

Wie schon zu DDR-Zeiten ist für die Panelmitglieder auch gegenwärtig nicht politische Rhetorik entscheidend für ihre Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch zwölf Jahre nach der Vereinigung. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen

Tabelle 3: Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995–2002* (in Prozent)

	1	2	(1+2)	3	4	5
1995	1	27	(28)	66	6	0
1998	0	26	(26)	67	7	0
2000	1	31	(32)	63	5	0
2002	0	27	(27)	67	6	0

* „Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie – alles in allem – mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht?“
1 nur positive Erfahrungen; 2 überwiegend positive Erfahrungen; 3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen; 4 überwiegend negative Erfahrungen; 5 nur negative Erfahrungen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Erfahrungen der Jugendlichen mit dem neuen Gesellschaftssystem (s. *Tabelle 3*).

Rund ein Viertel (27 Prozent) verweist 2002 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur 6 Prozent haben überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (67 Prozent) sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d. h., positive und negative Erfahrungen stehen nebeneinander. Das geht auch aus zahlreichen Notizen wie diesen zu den Folgen der Vereinigung hervor:

„*Positiv: Wir verreisen sehr gerne, und ohne die Einheit wäre unser letzter Urlaub sicher nicht nach Grönland gegangen.*

„*Negativ: Ich habe vor 5 Tagen mein erstes Kind bekommen und wurde vor zweieinhalb Monaten wegen Liquidation der Firma gekündigt. Ohne die Einheit wäre das nicht geschehen!*“

Auf einige wesentliche Erfahrungen unserer Panelmitglieder soll in gebotener Kürze eingegangen werden.

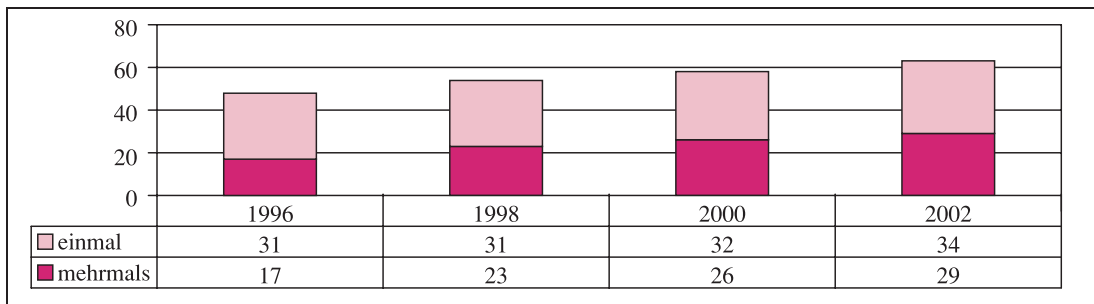
1. Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeits-/ Ausbildungsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit geht wie ein Riss durch die Gruppe der Befragten. Sie wirkt sich deutlich auf viele Aspekte der Wahrnehmung und Bewertung der Gesellschaft aus. Der Anteil der Panelmitglieder, die schon die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mussten, hat sich in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert (s. *Abbildung 10*).

Im Jahr 2002 sind es bereits fast zwei Drittel (63 Prozent), die diese stark prägende Erfahrung machen mussten; diese Zahl spricht für sich.

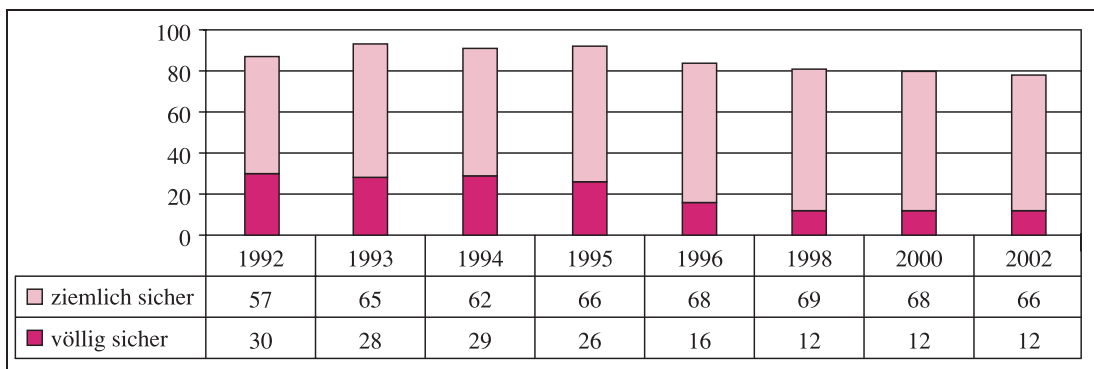
Aus unseren Daten geht außerdem hervor, dass auch ein beachtlicher Teil der Eltern unserer TeilnehmerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen ist: Seit 1992 gibt rund ein Drittel an, dass zumindest

Abbildung 10: Anteil der Panelmitglieder, die bisher mehrmals oder einmal arbeitslos waren, im Trend 1996–2002 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 11: Vermutete Sicherheit des eigenen Arbeits-/Ausbildungsplatzes im Trend 1992–2002. Anteile der Positionen „völlig sicher“ und „ziemlich sicher“ (in Prozent)



Wie sicher ist Ihr Arbeits- /Ausbildungsplatz?“ 1 völlig sicher; 2 ziemlich sicher; 3 ziemlich unsicher; 4 völlig unsicher.

Quelle: Eigene Darstellung.

ein Elternteil arbeitslos ist. Außerdem ist bei mindestens zehn Prozent der TeilnehmerInnen der Lebenspartner/die Lebenspartnerin ohne Arbeit. Daraus ergibt sich, dass bis 2002 rund drei Viertel dieser jungen Ostdeutschen im sozialen Nahbereich direkt und/oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden – mit nachweislich erheblichen Konsequenzen für ihre politischen Einstellungen und ihre Befindlichkeit. So überrascht es nicht, dass 2002 jeweils rund drei Viertel dieser jungen Leute Arbeitslosigkeit für ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems halten; meinen, dass Arbeitslosigkeit den Menschen das Selbstbewusstsein nimmt bzw. die Menschen krank macht; bejahen, dass Arbeitslosigkeit den Verlust an individuellen Freiheiten bedeutet. 83 Prozent von ihnen stimmen zu, dass Arbeitslosigkeit Angst vor der Zukunft macht.

Zur verbreiteten Erfahrung Arbeitslosigkeit kommt hinzu, dass seit 1993 das Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz

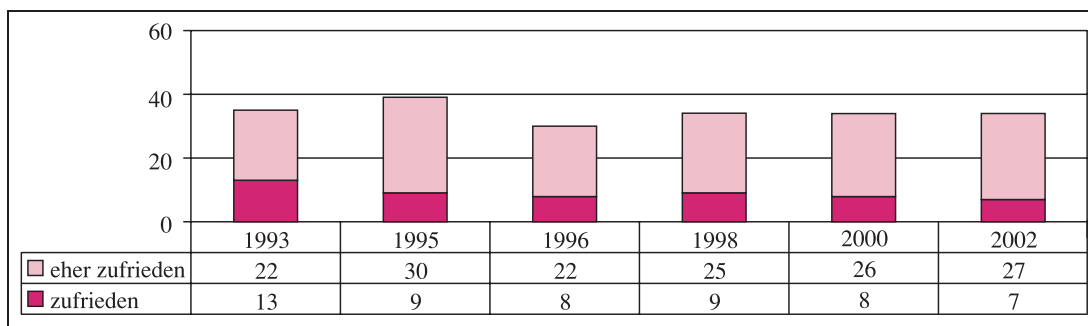
zu besitzen, zurückgegangen ist, insbesondere in seiner einschränkungslosen Ausprägung (s. *Abbildung 11*).

2. Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich seit Jahren mehrheitlich sehr kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit große Erwartungen hatten (s. *Abbildung 12*).

Diese Daten sprechen für eine massive Enttäuschung: Nur jeweils etwa ein Drittel äußert sich positiv, die wenigsten davon ohne Einschränkung. Eine Tendenz zu größerer Zufriedenheit ist nicht auszumachen, auch nicht nach dem Regierungswechsel 1998. Weitere Daten unterstreichen die bedenkenswerte Situation: Seit 1996 beträgt z. B. die Quote derer, welche die Erfahrung gemacht haben, dass sich die Politiker für ihre Meinung interessieren, faktisch unverändert drei bis vier Prozent!

Abbildung 12: Anteil der Panelmitglieder, die mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung zufrieden oder eher zufrieden sind, im Trend 1993–2002* (in Prozent)



* „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?“ 1 zufrieden; 2 eher zufrieden als unzufrieden; 3 eher unzufrieden als zufrieden; 4 unzufrieden.

Quelle: Eigene Darstellung.

3. Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System und mit der Wirtschaftsordnung hat ihre Wurzeln in bedeutendem Maße darin, dass sich ein erheblicher Teil der Panelmitglieder um seinen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand gebracht und ungerecht behandelt fühlt, eines der brisantesten Ergebnisse (s. *Tabelle 4*).

Tabelle 4: Erleben sozialer Gerechtigkeit im Trend 1996–2002 (in Prozent)

	1	2	0
1996	17	53	30
1998	20	48	32
2000	26	42	32
2002	24	46	30

* „Haben Sie in den vergangenen zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten?“

* 1 ja; 2 nein; 0 Das ist schwer zu sagen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Zwar war bis 2000 ein leichter Zuwachs an Zustimmung zu erkennen. Dieser stammt aber überwiegend von jenen Panelmitgliedern, die von Arbeitslosigkeit verschont geblieben waren. Außerdem scheint der positive Trend 2002 unterbrochen zu sein.

4. Erfahrung, als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden

Das Entstehen einer Bindung an das neue Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder noch immer stark durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden (s. *Tabelle 5*).

Tabelle 5: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995–2002* (in Prozent)

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1995	21	31	(52)	26	15	7	2,5
1996	24	28	(52)	27	14	7	2,5
1998	26	27	(53)	26	16	5	2,5
2000	24	24	(48)	28	17	7	2,6
2002	22	29	(51)	27	16	6	2,6

* „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“ Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen; 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

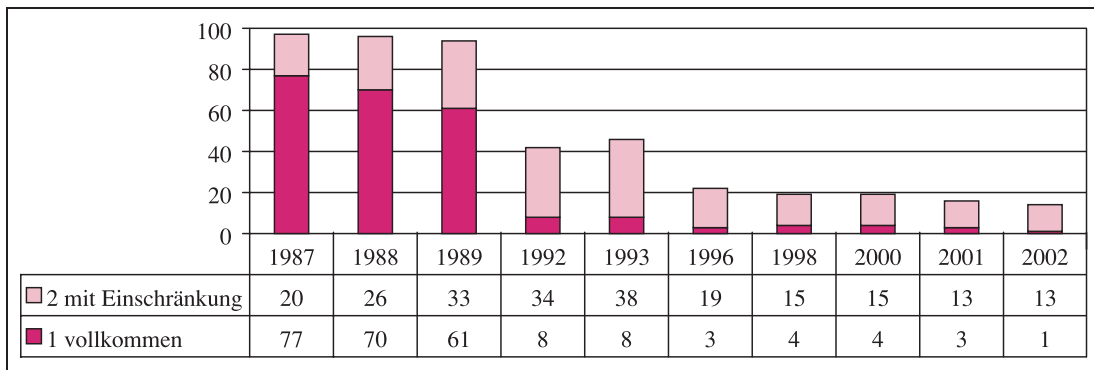
Rund die Hälfte äußert 2002, solche Erfahrungen gemacht zu haben, 27 Prozent äußern sich ambivalent, nur 22 Prozent widersprechen. Von einer rückläufigen Tendenz kann nicht gesprochen werden.

5. Keine Zukunft im Osten!

Ein bemerkenswert deutlicher Einflussfaktor des politischen Mentalitätswandels ist das Maß an Zukunftszuversicht. Individuelle Zukunftszuversicht ist nicht nur eine Resultante gesellschaftlicher Prozesse, sondern zugleich ein gewichtiger Bestandteil jenes Faktorenbündels, das die Haltung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft so oder so beeinflusst (s. *Abbildung 13*).

In den Jahren 1987 bis 1989 ging die Zuversicht, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, nur wenig zurück; wir sind eingangs darauf eingegangen. Nach der Wende stürzte diese Zukunftszuversicht, nun bezogen auf Ostdeutschland, geradezu ab und hat vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. Immer weniger junge Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland! Wie die Studie zeigt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, auch einen hohen politischen

Abbildung 13: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben (die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)* (in Prozent)



* 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“; ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“ Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen; 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht.

Quelle: Eigene Darstellung.

Preis. Längsschnittanalysen belegen z. B. eindeutig, dass der regressive Trend der Zukunftszuversicht zeitgleich zu einem Rückgang der Systemzufriedenheit geführt hat.

Dieser Absturz hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass ziemlich viele TeilnehmerInnen der Studie nach der Wende in den Westen abgewandert sind. Den Ergebnissen der jüngsten, 16. Welle im Frühjahr 2002 zufolge gilt das für 92 junge Frauen und Männer, die inzwischen in den alten Bundesländern leben, bzw. für sechs, deren Fragebögen sogar aus dem Ausland zurückkamen. Weitere fünf Prozent derer, die im Osten geblieben sind, sitzen offenbar bereits auf ihren Koffern.

Bei der jüngsten Befragung 2002 stellte sich auch heraus, dass mit einer Rückkehr der abgewanderten TeilnehmerInnen kaum zu rechnen ist: Nur acht Prozent bejahten eine entsprechende Frage! Aus zahlreichen weiteren Antworten geht hervor, dass sie sich mittlerweile in ihrer neuen Heimat eingerichtet haben und die Trennung von den Eltern und Freunden, von der „alten“ Heimat insgesamt nur sehr wenigen von ihnen Probleme bereitet. Rund drei Viertel von ihnen können sich vorstellen, dass auch ihre (künftigen) Kinder im Westen bzw. im Ausland leben werden – die sich damit potenzierenden demographischen Konsequenzen für Ostdeutschland sind evident.

IV. Schlussbemerkungen

Der Zeitraum von mehr als einem Jahrzehnt hat nicht ausgereicht, um einen größeren Teil der in die Untersuchung einbezogenen jungen Ostdeutschen politisch für das jetzige Gesellschaftssystem

einzunehmen. Die meisten von ihnen sind innerhalb kurzer Zeit erneut von der Gesellschaft, in der sie leben, enttäuscht; sie halten dieses Gesellschaftssystem nicht für das „Ende der Geschichte“. Die Kehrseite davon ist u. a. die Tatsache, dass der größte Teil der Panelmitglieder erstaunlich konstant an einer Doppelidentität festhält, d. h. sich schon als Bundesbürger, aber zugleich noch als DDR-Bürger fühlt. Über die Hälfte der TeilnehmerInnen identifiziert sich trotz des Zusammenbruchs des Sozialismus mit sozialistischen Idealen – Tendenz zunehmend.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, dass die Distanz vieler TeilnehmerInnen zum jetzigen Gesellschaftssystem sich nicht von allein erledigt, etwa als automatische Folge ihrer Enttäuschung vom politischen System vor der Wende. Ihre Haltung gegenüber der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung wird vielmehr entscheidend davon abhängen, ob sie im Rahmen der notwendigen Veränderungen in Ostdeutschland jene individuellen Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entfaltung fördern, frei von alltäglicher Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners.

Von erheblichem Einfluss wird auch sein, ob sie sich sozial gerecht behandelt fühlen, und ob sie – wie in der Wendezeit erwartet – Demokratie spürbar als Politikform realer Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürger erleben. Das sind allerdings keine spezifischen Jugendprobleme, sondern Herausforderungen an die Gesellschaft insgesamt.

Internetverweis:

Deutsche Shell (Hrsg.), Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie, Hamburg 2002 unter: www.shell-jugendstudie.de

Erstwähler in den neuen Bundesländern

I. Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit Erstwählern bei der Bundestagswahl 1998 in Brandenburg.¹ In einer umfangreichen sozialwissenschaftlichen Längsschnittstudie wurde das Zustandekommen ihrer Wahlentscheidungen untersucht. Im Folgenden soll der Prozess der Entscheidungsfindung und die Zusammensetzung der Erstwählerschaft der Parteien in Brandenburg analysiert werden.² Zuvor geben wir einleitend einige allgemeine Informationen über Erst- und Jungwähler und die Ergebnisse der Bundestagswahl 2002.

Erstwähler zum Bundestag sind zwischen 18 und knapp 22 Jahren alt. Sie üben am Wahlsonntag zum ersten Mal in ihrem Leben eines der wichtigsten Erwachsenenrechte aus: die Entscheidung über die Zusammensetzung des Gremiums, das die Regierung wählt und deren Machtausübung kontrolliert. Daran beteiligen sich auch die Jugendlichen, die sich dazu entschließen, nicht wählen zu gehen.

Die Wahlbeteiligung von Erstwählern bei Bundestagswahlen liegt im Vergleich zum Durchschnitt der wahlberechtigten Bevölkerung erheblich niedriger. Nach der Repräsentativen Wahlstatistik, welche bei der Bundestagswahl 2002 erstmals seit 1990 wieder durchgeführt wurde, lag die Differenz bei 9,4 Prozentpunkten (Wahlbeteiligung der 18- bis unter 21-Jährigen: 70,2 Prozent; insgesamt: 79,6 Prozent).³ Allerdings wurde der seit 1980 beobach-

tete Trend einer verstärkten Wahlenthaltung junger Erwachsener gestoppt, die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2002 ist in der Altersgruppe der unter 21-Jährigen im Vergleich zur Bundestagswahl 1990 um 5,5 Prozentpunkte angestiegen. Gemessen daran hat die Politikverdrossenheit von Jugendlichen abgenommen.

Eine Besonderheit der Jungwählerschaft liegt im so genannten „Erstwählersprung“: Die Wahlbeteiligung der 18- bis unter 21-Jährigen bei Bundestagswahlen ist etwas höher als bei den 21- bis unter 24-Jährigen, um dann mit zunehmendem Lebensalter kontinuierlich wieder anzusteigen. Diese höhere Beteiligung von Erstwählern wird durch Neugier oder den Einfluss der Eltern – viele Jugendliche leben in diesem Alter noch im Haushalt ihrer Eltern – erklärt.⁴

Es gibt zudem in allen Altersgruppen große Unterschiede bei der Wahlbeteiligung ost- und westdeutscher Wahlberechtigter. Bei der Bundestagswahl 1998, bei der es um die Abwahl Helmut Kohls ging und die Wahlbeteiligung mit über 82 Prozent ihren höchsten Stand seit der „Wende“ erreichte, betrug der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschen etwa drei Prozentpunkte. Zur Bundestagswahl 2002 hat sich dieser Abstand wieder vergrößert; die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland lag 8,0, bei den unter 21-Jährigen sogar 8,7 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland.

Das Wahlverhalten von Jungwählern ist durch eine stärkere Abneigung gegenüber dem etablierten Parteiensystem und eine damit verbundene Vorliebe für kleinere Parteien gekennzeichnet. Jedoch sind diese Unterschiede im Wahlverhalten nicht so groß, dass von einer Ablehnung der Großparteien gesprochen werden könnte. Bei der Bundestagswahl 2002 haben die 18- bis (unter) 24-Jährigen im Vergleich zum Durchschnitt der Wahlberechtigten in ganz Deutschland etwas häufiger die Grünen, die FDP und sonstige Parteien gewählt, dafür seltener die CDU und die SPD. Die stärkste Abweichung nach unten gab es mit 6,0 Prozentpunkten bei der CDU/CSU.

Bei der Bundestagswahl 2002 lag das Votum der ostdeutschen Jungwähler für die CDU/CSU mit

1 Spezielle Erstwähleruntersuchungen gibt es bislang nicht. Einige wenige Studien gibt es über Jungwähler (18- bis 24-Jährige), in denen aber für die meisten Analysen Erst- und Zweitwähler zusammengefasst werden. Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, Jungwählerverhalten, in: Wilhelm Heitmeyer/Juliane Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung, Weinheim – München 1991, S. 119–144; Gert Pickel, Wählen die jungen Wähler anders?, in: ders./Dieter Walz/Wolfram Brunner (Hrsg.), Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen 2000, S. 187–204.

2 Es handelt sich um zwei von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierte und hier zusammengefasste Paralleluntersuchungen, die unter der Leitung von Hans Oswald an der Universität Potsdam mit Gymnasiasten und unter Leitung von Karin Weiss an der Fachhochschule Potsdam mit Gesamt- und Realschülern durchgeführt wurden.

3 Alle Angaben zur Bundestagswahl 2002 sind der Repräsentativen Wahlstatistik entnommen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. Sep-

tember 2002, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter, Wiesbaden 2003.

4 Vgl. J. Hofmann-Göttig (Anm. 1), S. 121.

23,2 Prozent leicht unter dem der westdeutschen Vergleichsgruppe mit 23,5 Prozent. Mit 39,8 Prozent stimmten mehr ostdeutsche Jungwähler als westdeutsche (38,1 Prozent) für die SPD. Die PDS als ostdeutsche Regionalpartei ist und bleibt in den neuen Bundesländern in allen Altersgruppen fest verankert und die drittstärkste Partei. Die Jungwähler haben der PDS in Ostdeutschland 11,8 Prozent der Stimmen gegeben, in Westdeutschland waren es nur 1,6 Prozent. In Ostdeutschland wählten 7,1 Prozent die Grünen, in Westdeutschland waren es 12,2 Prozent. Für die FDP entschieden sich in Ostdeutschland mit 11,2 Prozent etwas mehr Jungwähler als in Westdeutschland (10,0 Prozent).

Über die Motive der Jungwähler von 2002 sagt die Repräsentative Wahlstatistik nichts. Für die Bundestagswahl 1998 ist eine Ursachenforschung aber mit Hilfe unserer eigenen Untersuchung möglich. Deren Anliegen ist es, die Handlungsweisen von jugendlichen Erstwählern zu erklären. Warum gehen Jugendliche zur Wahl oder enthalten sich ihrer Stimme? Wie kurz- oder langfristig kommt ihre Entscheidung zu Stande? Warum stimmen sie für bestimmte Parteien und lehnen andere ab?

II. Untersuchungsmethode

Im Frühjahr 1996 haben wir im Rahmen unserer Untersuchung Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen in Brandenburg befragt. Dieselben jungen Menschen haben wir in den Frühjahren 1997 und 1998 sowie ein viertes Mal nach der Bundestagswahl im Herbst 1998 interviewt, sodass wir den Prozess der Entwicklung von Parteipräferenzen und Wahlentscheidungen nachzeichnen können.

Die Untersuchung basiert auf repräsentativen Stichproben von Gymnasien, Real- und Gesamtschulen in Brandenburg.⁵ Einbezogen wurden alle Schüler der 10. Jahrgangsstufe an über 40 ausgewählten Schulen; sie sollten während einer Unterrichtsstunde einen Fragebogen ausfüllen. An der ersten Erhebung(swelle) nahmen insgesamt 2 633 Schülerinnen (59 Prozent) und Schüler (41 Prozent) teil. Bei den Gymnasiasten wurde die klassenweise Erhebungsmethode beibehalten, während die Real- und Gesamtschüler nach der 10. Klasse abgingen und deshalb in der Folge postalisch interviewt wurden. Auch die Eltern wurden zu allen vier Messzeitpunkten auf diese Weise interviewt, an der ersten Erhebung beteiligten sich 1 077 Mütter und 884 Väter.

⁵ In Brandenburg gibt es keine Hauptschulen.

An der schriftlichen Befragung nach der Bundestagswahl 1998 nahmen 1 309 Jugendliche und je 352 Väter und Mütter teil. Gymnasiasten und Mädchen sind dabei überrepräsentiert. 795 der Jugendlichen nahmen an allen vier Befragungen teil, sodass mit ihnen eine Entwicklungsanalyse durchgeführt werden konnte. Der Einfluss von Freunden konnte wegen der klassenweisen Befragung, welche die Identifizierung befreundeter Jugendlicher ermöglicht, nur für Gymnasiasten analysiert werden. Für die Befragung nach der Bundestagswahl konnten 775 Freundespaare identifiziert werden, wobei drei Gruppen nach der Intensität ihrer Beziehung zueinander unterschieden wurden. Zusätzlich zu den statistisch auswertbaren schriftlichen Befragungen wurden zu jedem der vier Messzeitpunkte qualitative Tonbandinterviews durchgeführt.

Wahlbereitschaft und Parteipräferenz wurden in den ersten drei Befragungswellen mit der bekannten Sonntagsfrage und dem Zusatz „und wenn Du bereits wahlberechtigt wärst“ erhoben, bei der vierten Erhebung nach der Bundestagswahl fragten wir direkt nach dem Wahlverhalten. Die von uns erhobenen Merkmale, die wir für die Profile der Erstwähler der Parteien verwenden, sind *Tabelle 1* zu entnehmen. Nähere Einzelheiten zur Untersuchungsanlage und zu den Befragungsinstrumenten können dem Erstwählerbuch entnommen werden.⁶

III. Ergebnisse

1. Wahlenthaltung

In teilweiser Übereinstimmung mit der vielfach beklagten Politikverdrossenheit der Jugendlichen antwortete auf die Sonntagsfrage in der zweiten Hälfte der 10. Klasse noch ein gutes Drittel der Schüler, dass sie sich nicht an der Bundestagswahl beteiligen würden.⁷ Dabei wären die Mädchen mit 38 Prozent noch weniger bereit gewesen, sich zu beteiligen, als die Jungen, bei denen 27 Prozent nicht teilgenommen hätten. Die Bereitschaft zu wählen stieg in den folgenden zwei Jahren bei Mädchen und Jungen kontinuierlich an, wobei der Abstand zwischen ihnen zunächst erhalten blieb.

⁶ Vgl. Hans-Peter Kuhn/Karin Weiss/Hans Oswald (Hrsg.), *Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern. Eine Längsschnittstudie zum Verhalten von Erstwählern bei der Bundestagswahl 1998*, Opladen 2001.

⁷ Vgl. Hans-Peter Kuhn, *Wahlbereitschaft und Parteipräferenzen von Erstwählern – Entwicklungsverläufe und Determinanten des Wahlverhaltens*, in: H.-P. Kuhn u.a. (Anm. 6), S. 87–126. Aus diesem Beitrag stammen auch die meisten Informationen zu den Parteiprofilen.

Tabelle 1: Merkmale für das Profil der Erstwähler der Parteien

<p><i>Politische Grundorientierungen</i></p> <p>Idee der Demokratie Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD Idee des Sozialismus Zustimmung zum Sozialismus der DDR Links-rechts-Orientierung Freiheitliche Demokratie Law-and-Order-Orientierung</p> <p><i>Wertorientierungen</i></p> <p>Pflicht und Anpassung Leistung Materialismus Selbstverwirklichung Kritikfähigkeit Prosozialität</p> <p><i>Kognitive politische Mobilisierung und Politikverdrossenheit</i></p> <p>Politisches Interesse (allgemein) Interesse für Umweltpolitik, Friedenspolitik und Dritte-Welt-Politik Kommunikation über Politik mit Eltern Kommunikation über Politik mit Freunden Mediennutzung zur politischen Information Gefühl, politisch etwas bewirken zu können Politikverdrossenheit</p>	<p><i>Partizipation und Protestbereitschaft</i></p> <p>Politisches Engagement Soziales Engagement Mitarbeit in unterschiedlichen Organisationen Bereitschaft zu konventioneller Beteiligung Bereitschaft zu Demonstrationen, Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam Bereitschaft zu Gewaltanwendung</p> <p><i>Autoritarismus</i></p> <p>Ängstlichkeit und konventionelle Anpassung Machtorientierung und Feindseligkeit</p> <p><i>Einstellung zur Wende</i></p> <p>Beurteilung der Wende, Benachteiligung als Ostdeutsche</p> <p><i>Sozialdaten</i></p> <p>Geschlecht Bildungsweg Bildung der Eltern Religionszugehörigkeit</p>
---	---

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Der Wahlkampf führte dann aber im letzten halben Jahr vor der Wahl zu einer Mobilisierung der Jugendlichen, und der Abstand zwischen Jungen und Mädchen verschwand. Die Mädchen unserer Stichprobe gingen 1998 ebenso häufig zur Wahl wie die Jungen. Auch bei der Bundestagswahl 2002 beteiligten sich laut der Repräsentativen Wahlstatistik die 18- bis (unter) 21-jährigen Mädchen und Jungen beinahe zu gleichen Anteilen.

Die Wahlenthaltung hängt auch mit der schulischen Laufbahn zusammen.⁸ Während in der 10. Klasse zwischen den Schülern unterschiedlicher Schultypen noch kein signifikanter Unterschied bestand, äußerten die Schulabgänger nach der 10. Klasse eine geringere Bereitschaft, wählen zu gehen, als diejenigen Jugendlichen, die weiter zur Schule gingen. Im Gegensatz zu der Angleichung von Mädchen und Jungen bei der Bundestagswahl blieb der Abstand zwischen Schülern

und Nichtschülern erhalten. Die Schulabgänger, die bereits in eine Berufsausbildung oder in den Arbeitsprozess eingegliedert waren, gingen zu einem deutlich geringeren Anteil zur Wahl als diejenigen, die weiter die Schule besuchten. Einige Ergebnisse zeigen, dass die allgemein bildenden Schulen das Interesse an Politik während des Wahlkampfes wecken und damit die Bereitschaft erhöhen, wählen zu gehen. Besonders wichtig ist dabei, dass Lehrer im Unterricht über die Wahlprogramme der Parteien informieren und so Entscheidungshilfen geben. Die Berufsschulen scheinen in dieser Hinsicht weniger aktiv und erfolgreich zu sein.

Als wir die Nichtwähler direkt fragten, warum sie nicht zur Wahl gegangen seien, sagten die meisten, sie seien verhindert gewesen. Zusammenhangsanalysen zeigen indessen deutlich, dass neben den Bildungswegen der Jugendlichen und ihrer Eltern vor allem das Desinteresse an Politik, ein geringes Vertrauen in Politiker und politische Institutionen und eine geringe Bereitschaft, sich an Protestformen wie Demonstrationen zu beteiligen, zur Wahlenthaltung führten. Außerdem befürworteten die

8 Vgl. Katrin Isermann/Karin Weiss, Der Einfluss unterschiedlicher (Aus-)Bildungswege auf das Wahlverhalten von Erstwählern, in: H.-P. Kuhn u. a. (Anm. 6), S. 185–213. Aus diesem Beitrag sind auch die Informationen zu den Ausbildungswegen in den Parteiprofilen entnommen.

Nichtwähler seltener die Idee der Demokratie. Einige qualitative Interviews erwecken den Eindruck, dass die geäußerte Politikverdrossenheit eher als Ausrede für die Wahlenthaltung diene, während das fehlende Interesse und der niedrige Informationsstand der Jugendlichen und ihrer Eltern wesentlich wichtiger zu sein scheinen.⁹

2. Zeitpunkt der Entscheidung für eine Partei

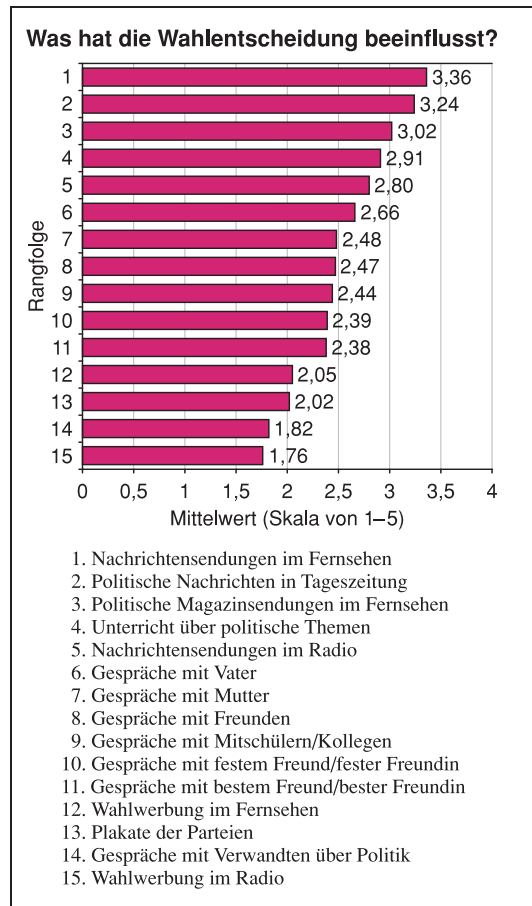
Wann haben sich die Wähler entschlossen, einer Partei ihre Stimme zu geben? Knapp die Hälfte der Jugendlichen war sich seit der 10. Klasse sicher, dass sie wählen gehen würde, und verwirklichte diese Absicht auch tatsächlich. Diese Gruppe hält den Wahlakt für wichtig und notwendig und bejaht daher bereits in der 10. Klasse die demokratische Wahlnorm. Das heißt aber nicht, dass alle diese Jugendlichen bereits eine feste Parteipräferenz haben. Nur 16 Prozent nannten auf die Sonntagsfrage bzw. auf die Frage nach dem tatsächlichen Wahlverhalten bei allen vier Befragungen dieselbe Partei und hatten insofern schon früh eine feste Parteipräferenz. Alle anderen schwankten, nannten bei den vier Befragungen mal die eine, mal die andere Partei oder wechselten zwischen dem Votum für eine Partei und der Wahlenthaltung. Erst im Laufe des letzten halben Jahres vor der Wahl, also in der heißen Phase des Wahlkampfes, entschloss sich die Hälfte der Jugendlichen für eine Partei, weitere 13 Prozent nannten seit dem Frühjahr 1998 dieselbe Partei. Eine Mehrheit der Erstwähler entscheidet sich also erst während des Wahlkampfes, nur eine Minderheit ist bereits eher entschieden und entwickelt sich in diesem Sinne früh zum Anhänger einer bestimmten Partei.

Durch welche Informationsquellen wurden die Schüler nach ihren eigenen Angaben beeinflusst? Wir gaben den Erstwählern eine Liste von 15 Einflussfaktoren vor, und sie sollten auf einer Skala von 1 bis 5 angeben, wie stark ihre Wahlentscheidung von diesen beeinflusst wurde (vgl. die *Abbildung*).

An erster Stelle standen Nachrichtensendungen im Fernsehen, unmittelbar gefolgt von den politischen Nachrichten in Tageszeitungen und politischen Magazin-, Diskussions- und Informationssendungen im Fernsehen. Bereits an vierter Stelle stand für die Schüler der Unterricht in der Schule. Rang 5 wurde von Nachrichtensendungen im Radio belegt, erst auf dem sechsten Platz folgten Gespräche mit dem Vater über politische Themen. Kommunikation in Familie, Schule und Freundeskreis belegte

⁹ Vgl. Janette Brauer, Die Qual der Wahl, in: H.-P. Kuhn u. a. (Anm. 6), S. 215–243.

Abbildung: Rangfolge der Faktoren, welche nach Angaben der befragten Jugendlichen ihre Wahlentscheidung beeinflusst haben



Quelle: Eigene Darstellung.

die Rangplätze 6 bis 11. Eher enttäuschend für die Parteien dürfte sein, dass sich die Jugendlichen von Wahlwerbung in Fernsehen und Radio oder durch Wahlplakate wenig beeinflussen ließen.

Die herausragende Rolle der Massenmedien im Prozess politischer Meinungsbildung ist empirisch gut belegt. In vielen Untersuchungen, in denen Jugendliche direkt gefragt wurden, durch wen oder von was sie in ihren politischen Meinungen am meisten beeinflusst wurden, stehen Massenmedien an vorderster Stelle, persönliche Kontakte rangieren dagegen eher weiter hinten.¹⁰ Wie muss man sich den Einfluss, den die Jugendlichen selbst

¹⁰ Werner J. Patzelt, Wie man Politik erfährt. Jugendliche und ihre Nutzung politischer Informationsquellen, in: Publizistik, 33 (1988), Themenheft Sozialisation durch Massenmedien, S. 520–534; Steven H. Chaffee, Die Massenmedien als Agenturen der politischen Sozialisation, in: Günther

den Massenmedien einräumen, vorstellen? Die Hypothese einer kausalen Beeinflussung im Sinne von Manipulation oder Indoktrination ist empirisch nicht haltbar.¹¹ Der Einfluss der Massenmedien auf die Jugendlichen ist vielmehr dadurch begrenzt, dass sie sich vor der Wahl mit vielen Informationsquellen aktiv auseinander setzen.

Der Einfluss der Schule bzw. des Unterrichts (über politische Themen) auf die Wahlentscheidung rangiert nach Aussagen der Jugendlichen auf Platz 4 – und damit zwischen Fernsehen bzw. Tageszeitungen einerseits und Radio andererseits. Schülerinnen und Schüler schätzen die Informationsleistungen der politischen Bildung für ihre Meinungsbildung und Wahlentscheidung als recht hoch ein. Dies gilt für junge Wählerinnen noch stärker als für junge Wähler.

Als zusätzliche Informationsquellen zum Einfluss der Eltern und Freunde dienen die Angaben der Erstwähler über Kommunikation, Gespräche und Streit über politische Themen sowie die Angaben der Eltern und Freunde zu ihrem Wahlverhalten.¹² Ungefähr die Hälfte aller Erstwähler stimmte für dieselbe Partei wie ihre Eltern. Die Übereinstimmung stieg, wenn beide Elternteile dieselbe Partei wählten, mit ihnen viel über Politik kommuniziert wurde, die Erstwähler die Parteipräferenz ihrer Eltern kannten und die Eltern überdurchschnittlich politisch interessiert waren. Dies spricht dafür, dass die Eltern zumindest teilweise Einfluss auf die Wahlentscheidung der Jugendlichen hatten. Für den Prozess der politischen Meinungsbildung scheinen Mütter und Väter die gleiche Bedeutung zu haben.

Diskussionen sind interaktive Prozesse. Entsprechend haben wir auch Hinweise dafür gefunden, dass die jungen Erstwähler ihre Eltern beeinflussen. Solche Nachweise sind statistisch zwar äußerst schwer zu führen, aber für CDU, PDS und Bündnis 90/Die Grünen gelang es uns, neben Hinweisen auf einen Einfluss der Eltern auch Hinweise darauf zu finden, dass sich diese bei ihrer Wahlentscheidung auch von ihren Kindern beeinflussen lassen. Zumindest bei einem Teil der Familien scheint es Wechselwirkungen zwischen dem politischen Verhalten der Eltern und dem ihrer erstmals zur Wahl gehenden Kinder zu geben.

Behrmann (Hrsg.), Politische Sozialisation in entwickelten Industriegesellschaften, Bonn 1979, S. 183–198.

11 Vgl. Hans-Peter Kuhn, Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter, Opladen 2000.

12 Vgl. zum Folgenden: Christine Schmid, Der Einfluss von Eltern und Gleichaltrigen auf das Wahlverhalten von Erstwählern, in: H.-P. Kuhn u. a. (Anm. 6), S. 151–183.

Insgesamt ist die Übereinstimmung mit Freundinnen und Freunden geringer als mit Eltern. Aber auch unter Freunden – besonders bei einer sehr engen Beziehung – scheinen wechselseitige Beeinflussungsprozesse abzulaufen. Je mehr über Politik kommuniziert wird, desto größer ist die Übereinstimmung. Diese ist bei Wählern rechtsradikaler Parteien höher als bei Wählern anderer Parteien, so dass die rechtsradikale Orientierung zumindest teilweise ein Gruppenphänomen unter Gleichaltrigen zu sein scheint.

3. Parteienprofile

Im Folgenden erstellen wir für jede Partei ein Profil ihrer Erstwähler in Brandenburg. Dafür prüfen wir die in *Tabelle 1* aufgelisteten Merkmale, geben aber mit wenigen Ausnahmen nur die Punkte an, in denen sich die Erstwähler einer Partei statistisch signifikant vom Durchschnitt aller Erstwähler unterscheiden.

SPD

Die SPD war bei den von uns untersuchten Erstwählern mit 38 Prozent Wahlgewinnerin. Die Leistungen der CDU in der vergangenen Legislaturperiode wurden von vielen Erstwählern negativ beurteilt, sie schwenkten deshalb zur SPD, um einen Wechsel der Regierung zu erreichen.¹³ Das Profil der SPD-Erstwähler war bei den geprüften Merkmalen weniger ausgeprägt als das der Erstwähler anderer Parteien.¹⁴ Es handelte sich um eine heterogene Gruppe, deren politische Orientierung eher indifferent war und die sich auf der Links-rechts-Skala fast genau in der Mitte einordnete. Ihre Einstellungen zu Demokratie und Sozialismus waren nicht auffällig positiv oder negativ.

Vom Durchschnitt der Erstwähler wichen die SPD-Wähler in folgenden Punkten ab: Sie befürworteten etwas seltener bürgerliche Freiheitsrechte und forderten etwas häufiger einen Staat, der unter bestimmten Bedingungen auch repressiv gegen seine Bürger vorgeht (Law and Order). In ihren Werthaltungen unterschieden sie sich durch eine stärkere Orientierung an materialistischen Werten wie hohes Einkommen und Sicherheit. Die Erstwähler der SPD zeigten darüber hinaus eine geringere kognitive politische Mobilisierung: Sie

13 Vgl. Hilke Rebenstorf/Karin Weiss, Der rationale Erstwähler oder welche Rolle spielen Sachfragen bei der Wahlentscheidung?, in: H.-P. Kuhn u. a. (Anm. 6), S. 127–150.

14 Auch erwachsene SPD-Wähler in Ostdeutschland erwiesen sich in Bezug auf unterschiedliche politische Orientierungen als wenig auffällig. Vgl. Dieter Pollack/Gert Pickel, Die Bundestagswahl in Ostdeutschland. Zwei getrennte Elektorate oder nur partielle Abweichung?, in: G. Pickel u. a. (Anm. 1), S. 79–98.

waren politisch (eher) weniger interessiert als der Durchschnitt, redeten seltener mit Freunden über Politik, nutzten nicht so oft die Massenmedien zur politischen Information und hatten weniger häufig das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können. Auch ihr politisches und soziales Engagement sowie ihre Bereitschaft zu politischer Beteiligung war geringer ausgeprägt als beim Durchschnitt. Dementsprechend zeigten sie auf der Skala „Ängstlichkeit und konventionelle Anpassung“ etwas höhere Werte. Tendenziell kamen diese Jugendlichen aus Elternhäusern mit niedrigerem Bildungsstand.

CDU

Die CDU lag in der Wählergunst unserer Erstwähler mit etwas über 18 Prozent an zweiter Stelle knapp vor der PDS. Diese jungen Wähler zeigten ein wesentlich ausgeprägteres Profil als die SPD-Wähler. CDU-Erstwähler ordneten sich leicht rechts von der Mitte ein. Sie befürworteten sowohl die Idee der Demokratie als auch die bestehende Demokratie in der Bundesrepublik stärker als der Durchschnitt. Außerdem lehnten sie die Idee des Sozialismus und den Sozialismus in der DDR ab. Sie beurteilten die „Wende“ positiv und fühlten sich als Ostdeutsche nicht benachteiligt. Sie bildeten die einzige Wählergruppe, die sich durch eine signifikant geringere Politikverdrossenheit, das heißt durch ein stärkeres Vertrauen in Politiker und politische Institutionen, auszeichnete.

In mancher Hinsicht entsprachen die CDU-Erstwähler darüber hinaus dem Bild des traditionell-konservativ eingestellten Staatsbürgers. So vertrauten sie wie die SPD-Wähler überdurchschnittlich häufig Law-and-Order-Positionen. Darüber hinaus setzten sie stärker auf Werte wie Pflichtbewusstsein und Anpassung sowie auf Sicherheit und materiellen Wohlstand. Sie wiesen eher autoritäre Dispositionen – leicht erhöhte Werte auf der Skala „Machtausübung und Feindseligkeit“ – auf und hatten traditionellere Vorstellungen von der Rolle der Frau in Familie und Beruf. Zudem fielen die CDU-Wähler durch ein Desinteresse an „Neuer Politik“ (Frieden, Ökologie, Dritte Welt) und durch die Ablehnung von legalen und illegalen politischen Protestformen auf. Damit unterschieden sie sich besonders deutlich von den Erstwählern, die für PDS und Bündnis 90/Die Grünen stimmten.

Die meisten Jugendlichen in den neuen Bundesländern – und auch in unserer Stichprobe – gehörten keiner Religionsgemeinschaft an. Die CDU-Wähler waren indessen wie die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen überproportional häufig Angehörige von christlichen Religionsgemeinschaften und in

kirchlichen Gruppen engagiert. Unter den Erstwählern der CDU in Brandenburg befanden sich mehr junge Männer als junge Frauen und mehr Gymnasiasten als Nichtgymnasiasten.

PDS

Wie bei allen Wählern der Bundestagswahlen 1998 und 2002 in Ostdeutschland war auch bei unseren Erstwählern in Brandenburg die PDS die drittstärkste Partei. Sie erreichte etwas über 18 Prozent der Stimmen. Die PDS-Erstwähler ordneten sich zu allen vier Messzeitpunkten weiter links ein als die Wähler aller anderen Parteien. Sie befürworteten die Idee des Sozialismus und beurteilten auch den Sozialismus der DDR eher positiv. Die „Wende“ und die Demokratie, wie sie heute in der Bundesrepublik praktiziert wird, sahen sie eher negativ.

Dies gilt jedoch nicht für die grundlegende Idee der Demokratie. Die typischen PDS-Erstwähler befürworteten stärker als der durchschnittliche Erstwähler bürgerliche Freiheitsrechte wie Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht und lehnten staatliche Repressionsmaßnahmen (Law and Order) eher ab. Sie sprachen sich außerdem gegen Werte wie Pflicht und Anpassung aus und befürworteten stattdessen Kritikfähigkeit und – als einzige Wählergruppe neben den Wählern von Bündnis 90/Die Grünen – Prosozialität im Sinne von Hilfe und Verantwortung für andere. Sie waren weniger autoritär strukturiert, weniger ausländerfeindlich und stärker für die Gleichstellung von Mann und Frau in Familie und Beruf. Die PDS-Wähler bildeten außerdem die Gruppe mit der höchsten kognitiven politischen Mobilisierung sowie der größten Partizipations- und Protestbereitschaft: Keine andere Wählergruppe profilierte sich insgesamt so stark wie die PDS-Wähler im Hinblick auf das allgemeine Interesse für Politik und das Interesse an „Neuer Politik“. Diese Jugendlichen kommunizierten mehr als die Wähler anderer Parteien mit ihren Eltern und ihren Freunden über Politik und nutzten häufiger Medien zur politischen Information. Sie hatten das Selbstbewusstsein, politisch etwas bewirken zu können, engagierten sich im politischen und sozialen Bereich und äußerten eine stärkere Bereitschaft zu politischem Protest. Gewalt lehnten sie indessen mehrheitlich ab.

Die Erstwähler der PDS besuchten – wie die der CDU – häufiger das Gymnasium und stammten überproportional oft aus Elternhäusern mit einem höheren Bildungsstand. Sie gehörten aber seltener als der Durchschnitt einer Religionsgemeinschaft an. Auch wenn die Erstwähler der PDS den Sozialismus der DDR positiv und die „Wende“ und die

heute praktizierte Demokratie negativ beurteilen, lässt ihr Profil doch insgesamt den Schluss zu, dass diese jungen Menschen sich mit den grundlegenden Werten der Demokratie identifizieren und auf der Grundlage eines ausgeprägten politischen Interesses bereit sind, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen.

Bündnis 90/Die Grünen

Für diese Partei entschieden sich in unserer Stichprobe etwas über 12 Prozent der Erstwähler. Ihr Profil hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem der PDS-Wähler, unterscheidet sich aber charakteristisch in einigen Punkten. Auch die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen ordneten sich eher links ein – wenngleich nicht ganz so weit links wie die PDS-Wähler – und befürworteten die Idee des Sozialismus, aber den Sozialismus der DDR lehnten sie ab. In Übereinstimmung damit – und im Unterschied zu den PDS-Wählern – beurteilten sie die „Wende“ eher positiv. Deutlicher noch als die PDS-Wähler lehnten sie Law and Order und Pflicht- und Anpassungswerte zu Gunsten von bürgerlichen Freiheitsrechten und Werten wie Selbstverwirklichung und Kritikfähigkeit ab. Auch sie sprachen sich überdurchschnittlich häufig für Prosozialität aus. Sie erwiesen sich wie die PDS-Wähler als wenig autoritär, wenig ausländischerfeindlich und befürworteten die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Familie und Beruf. Auch sie hatten das Selbstbewusstsein, politisch etwas bewirken zu können. Sie waren überdurchschnittlich politisch interessiert, engagiert und protestbereit, wenn auch nicht ganz so stark wie die PDS-Wähler.

Auch die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen besuchten überdurchschnittlich häufig ein Gymnasium, und ihre Eltern haben häufiger Abitur als der Durchschnitt. Aber anders als die PDS-Wähler – und ebenso wie die CDU-Wähler – gehörten sie eher einer Religionsgemeinschaft an und engagierten sich in kirchlichen Gruppen.

Rechtsradikale Parteien

Für die drei rechtsradikalen Parteien DVU, NPD und Republikaner entschieden sich knapp sechs Prozent der Erstwähler unserer Stichprobe. Sie ordneten sich weit rechts auf der Links-rechts-Skala ein und befürworteten einen repressiven Staat (Law and Order). Die typischen Wähler rechtsradikaler Parteien waren noch unzufriedener mit der Demokratie in Deutschland als die PDS-Wähler. Sie identifizierten sich weder besonders stark mit den Normen und Werten der Demokratie noch mit denen des Sozialismus. Sie beurteilten

die „Wende“ negativ und fühlten sich als Ostdeutsche gegenüber den Westdeutschen benachteiligt.

In Bezug auf die Werthaltungen waren die rechtsradikalen Wähler auffallend materialistisch orientiert. Sie wiesen darüber hinaus starke autoritäre Dispositionen im Sinne von „Machtorientierung und Feindseligkeit“ auf, waren ausländischerfeindlich und gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Familie und Beruf. Sie zeigten eine unterdurchschnittliche kognitive politische Mobilisierung, sie wiesen die „Neue Politik“ von sich und sprachen seltener mit ihren Eltern, dagegen häufiger mit ihren Freunden über Politik. Sie hatten stärker das Gefühl, keinen Einfluss auf die Politik nehmen zu können, und zeigten wenig Vertrauen in die politischen Institutionen. Zudem wiesen diese Jugendlichen eine geringere Bereitschaft auf, sich an konventionellen Formen des politischen Protestes zu beteiligen. Sie zeigten jedoch eine erhöhte Bereitschaft zur Beteiligung an illegalen Formen des zivilen Ungehorsams und – als einzige Erstwählergruppe – an politischer Gewalt.

Die typischen Wähler rechtsradikaler Parteien waren männlich, strebten überdurchschnittlich häufig kein Abitur an und entstammten Elternhäusern mit einem geringen Bildungsgrad. Dass es sich bei dieser Gruppe von Erstwählern allerdings nicht in jeder Hinsicht um gesellschaftliche Außenseiter handelte, zeigt ihr stärkeres Engagement in Jugendzentren und -clubs sowie in gemeinnützigen Vereinen wie der Freiwilligen Feuerwehr.

FDP

Die Wähler der FDP, die auch im Bundesland Brandenburg 1998 die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen konnte, bildeten unter unseren Erstwählern nur eine kleine Gruppe von vier Prozent. Sie waren wie die CDU-Wähler zufriedener mit der Demokratie und lehnten den Sozialismus der DDR eher ab. Die „Wende“ wurde von den FDP-Wählern ebenfalls positiv beurteilt. Außerdem befürworteten sie wie die Wähler von Bündnis 90/Die Grünen Kritikfähigkeit als individuelle Wertorientierung. Im Gegensatz zu den CDU-Wählern wiesen sie auf der Autoritarismusskala „Ängstlichkeit und Konventionalität“ niedrige Werte auf. Außerdem glaubten sie häufiger, politisch etwas bewirken zu können. Wie die CDU und die rechtsradikalen Parteien wurde die FDP stärker von jungen Männern als von jungen Frauen gewählt. Die FDP-Wählerinnen und -wähler waren wie jene von CDU, PDS und Bündnis 90/Die Grünen überproportional häufig Gymnasiasten.

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Sozialwissenschaftler nennen Handlungen, mit denen wichtige Erwachsenenrechte und -pflichten zum ersten Mal ausgeübt werden, Statuspassagen. Diese werden meist ausgiebig gefeiert und rituell betont. Dies ist beim ersten Wahlgang – einer kollektiven Statuspassage von nationaler Bedeutung – erstaunlicherweise nicht der Fall. Unsere demokratische Gesellschaft macht um diesen Akt des Erwachsenwerdens kein großes Aufheben. Dem entspricht, dass die Motive der Erstwählerinnen und -wähler und das Zustandekommen ihrer Entscheidung bislang wissenschaftlich kaum erforscht sind. Wir wissen so gut wie nichts darüber, durch wen und von was die Erstwähler sich beeinflussen lassen, und daher wissen die Wahlkämpfer der Parteien zu wenig darüber, wie sie diese jungen Menschen erreichen können.

Um hier Abhilfe zu schaffen, führten wir eine mehrjährige Längsschnittstudie durch, die 1996 mit Schülern des 10. Schuljahres begann und nach der Bundestagswahl 1998 mit der Befragung derselben Personen endete. Dabei zeigte sich, dass etwa die Hälfte der Jugendlichen schon früh entschlossen war, wählen zu gehen, sich eine Parteipräferenz aber erst spät entwickelte. Die meisten Erstwähler ringen lange darum, welche Partei sie wählen sollen. Ihre bevorzugten Informationsmittel sind nach eigenen Angaben das Fernsehen und andere Massenmedien. Nach den Ergebnissen unserer Analyse beeinflussen aber auch die Eltern überraschend stark die Entscheidungsfindung. Bei den Diskussionen in der Familie orientieren sich nicht nur die Jugendlichen an ihren Eltern, sondern auch die Eltern lassen sich von ihren Kindern beeinflussen. Bei den Erstwählern, die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl noch allgemein bildende Schulen besuchten, spielte auch der politische Unterricht eine Rolle, sofern er über die Parteiprogramme informierte. Auch gute Freunde beeinflussen sich wechselseitig im Entscheidungs-

prozess. Gleichaltrige Freundschaften sind besonders für Wähler rechtsradikaler Parteien wichtig.

Die Erstwähler decken das gesamte Parteienspektrum ab. Sie bevorzugten aber im Vergleich zur übrigen Wählerschaft etwas weniger die großen Parteien SPD, CDU und – in Brandenburg – die PDS und etwas stärker die kleineren Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen, die FDP und die rechtsradikalen Parteien. Junge Männer bevorzugten etwas stärker als junge Frauen CDU, FDP und rechtsradikale Parteien, junge Frauen bevorzugten dagegen etwas häufiger SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen. Abiturienten wählten etwas häufiger CDU, PDS, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP, die Nichtabiturienten wählten etwas häufiger CDU, PDS, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP, die Nichtabiturienten dagegen die SPD und die rechtsradikalen Parteien. Das größte Problem unter den Erst- und Jungwählern bilden junge Männer, die nicht das Abitur anstreben und von denen in Brandenburg fast jeder Fünfte eine rechtsradikale Splitterpartei wählte.

Bei den Erstwählerprofilen der Parteien fällt auf, wie gut Parteien und Erstwähler zueinander passen. Auch wenn die Parteien nicht mehr auf ihre traditionellen Wählerschaften rechnen können und sich die Profile der großen Volksparteien nicht sehr unterscheiden, so gibt es doch charakteristische Unterschiede in den politischen Orientierungen. Diese sollen hier nicht wiederholt werden. Wir möchten aber abschließend betonen, dass bei den jungen Wählerinnen und Wählern aller Parteien – einschließlich der PDS, aber ausschließlich der rechtsradikalen Splitterparteien – eine ausgeprägte Zustimmung zu demokratischen Grundüberzeugungen auffällt. Auch die Erstwähler wählen bereits entsprechend ihrer jeweiligen Interessen. Was sie eint, ist – mit den erwähnten Ausnahmen – das Bekenntnis zu demokratischen Werten und Verfahrensweisen. Die größte Bedeutung bei der Vorhersage des Wahlverhaltens haben die politischen Grundorientierungen wie die Links-rechts-Einordnung, das Demokratieverständnis und die Einstellungen zu Demokratie und Sozialismus.

Gleichstellung von Frauen aus der Sicht ost- und westdeutscher Jugendlicher

Ergebnisse aus dem Civic-Education-Projekt der IEA

I. Übersicht über das Civic-Education-Projekt

Empirisch vergleichende Untersuchungen nach der „Wende“ haben Ost- und Westdeutschen ungeachtet ihrer Sozialisation in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen vielfach ähnliche Werthaltungen bescheinigt.¹ Grundlegende Unterschiede gab es – abgesehen von aktuellen politischen Problemen wie den Begleitumständen des Vereinigungsprozesses – vor allem beim Familienbild und bei der Stellung von Frauen in der Gesellschaft. Vor allem ostdeutsche Frauen gingen stärker als westdeutsche von einer Gleichberechtigung von Männern und Frauen aus.²

Wie jüngere Untersuchungen zeigen, hat sich an dieser Differenz wenig geändert. Nach wie vor treten Frauen in den ostdeutschen Bundesländern vehementer für die Gleichstellung von Frauen ein.³ Wir wollen im Folgenden untersuchen, ob und in welchem Maß dies auch für die nach 1990 eingeschulten Jugendlichen im Osten Deutschlands gilt. Zur Analyse werden wir Daten des *Civic-Education-Projekts der International Society for the Evaluation of Educational Achievement* (IEA) verwenden.

Das Civic-Education-Projekt der IEA vergleicht die politische Bildung von Jugendlichen in 28 Län-

dern.⁴ Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden Jugendliche der Altersgruppe 14 bis 15 Jahre befragt (in Deutschland 3 700 Schülerinnen und Schüler der achten Klasse, insgesamt 94 000). Die Untersuchung fand 1999 statt.⁵

Der Untersuchung war eine erste Projektphase (von 1994 bis 1998) vorangegangen. Diese diente der Darstellung der Situation der politischen Bildung in allen teilnehmenden Ländern und der Entwicklung eines gemeinsamen Fragebogens. Die Ergebnisse der ersten Phase wurden in Fallstudien zusammengefasst. Sie geben eine Übersicht über die Rahmenbedingungen und die zentralen Ziele politischer Bildung in den beteiligten Ländern.⁶

Für den Fragebogen wurden drei Schwerpunktthemen ausgewählt: Demokratie, Nation und Einstellung zu Minderheiten. Erfasst wurden das politische Wissen, die politischen Einstellungen und die politische Handlungsbereitschaft. In einer nur in Deutschland durchgeführten Zusatzuntersuchung sind zudem politische Apathie, Rechtsextremismus und demokratische Kompetenzen erfragt worden.

Im Folgenden wollen wir uns auf die deutsche Erhebung konzentrieren und die politischen Ein-

1 Vgl. Wilhelm Heitmeyer u.a., Die Bielefelder Rechts-extremismusstudie, Weinheim 1992; Deutsches Jugendinstitut, Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit, Opladen 1992; Jugendwerk der Deutschen Shell, Jugend '92. Die neuen Länder: Rückblick und Perspektiven, Opladen 1992; Detlef Oesterreich, Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West, Weinheim 1993.

2 Vgl. Sibylle Meyer/Eva Schulze, Familie im Umbruch. Zur Lage der Familien in der ehem. DDR, in: Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familien und Senioren. Bd. 7, Stuttgart 1992; Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945–1992, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1993.

3 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2002, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002.

4 Teilgenommen haben Australien, Belgien (französischsprachiger Teil), Bulgarien, Chile, Kolumbien, Zypern, Tschechien, Dänemark, Deutschland, England, Estland, Finnland, Griechenland, Hongkong, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Schweden, Schweiz, USA.

5 Vgl. Judith Torney-Purta/Rainer Lehmann/Hans Oswald/Wolfram Schulz, Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen, Amsterdam 2001; Detlef Oesterreich, Die politische Handlungsbereitschaft von deutschen Jugendlichen im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/2001, S. 13–22; ders., Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education, Opladen 2002.

6 Vgl. Judith Torney-Purta/John Schulle/Jo-Ann Amadeo (Hrsg.), Civic Education across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project, Delft 1999; Christa Händle/Detlef Oesterreich/Luitgard Trommer, Aufgaben politischer Bildung in der Sekundarstufe I, Opladen 1999; dies., Concepts of Civic Education in Germany based on a Survey of Expert Opinion, in: J. Torney-Purta/J. Schulle/J.-A. Amadeo, ebd.

stellungen von ost- und westdeutschen Jugendlichen zum Thema „Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft“ verglichen.⁷

Die Auswertung zur Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft beruht auf den Antworten zu den vorgegebenen Fragen. Die Zustimmung zu einzelnen Fragen wird in Prozentangaben präsentiert. Für komplexere Analysen sei wiederum auf die im Jahre 2002 erschienene Gesamtdarstellung des deutschen Projektbeitrags verwiesen.

II. Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen

In allen 28 an der Untersuchung beteiligten Ländern ist die Anerkennung der Gleichstellung von Mädchen und Frauen Ziel politischer Bildung.⁸ In der ersten Phase des Civic-Education-Projekts haben wir dies für Deutschland sowohl durch eine Analyse der Lehrpläne⁹ als auch eine Befragung von Expertinnen und Experten zur politischen Bildung zeigen können.¹⁰ Wir haben in der zweiten Phase des Civic-Education-Projekts zwei Themenkomplexe abgefragt, die sich mit der Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft befassen: Im internationalen Teil der Untersuchung ging es um die Rechte von Frauen und in der deutschen Zusatzuntersuchung um das Familienbild.

Der Abschnitt zu den Rechten von Frauen umfasst insgesamt sechs Fragen bzw. Items. Diese wurden mit den Rechten von unterprivilegierten Gruppen zusammen mit den Rechten von Ausländern und antidemokratischen Gruppen zu einem Themenkomplex zusammengefasst. Die Fragen zum Familienbild umfassen acht Items und konzentrieren sich auf die Stellung der Frau in der Familie sowie auf ihre Rolle bei der Kindererziehung.

Die Zustimmung zur formalen Gleichstellung von Frauen – auch zu ihren politischen Rechten – ist in allen beteiligten Ländern und insbesondere in

Deutschland sehr hoch. Für den weltweiten Vergleich sei auf den internationalen, aber auch den nationalen Forschungsbericht verwiesen.¹¹ Letzterer beinhaltet zusätzliche Differenzierungen.¹²

Sämtliche Untersuchungen zum Thema „Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft“ lassen jedoch große Geschlechterdifferenzen erkennen. Dies gilt für die erste IEA-Studie von 1971¹³ ebenso wie für neuere international vergleichende Studien.¹⁴ Mädchen oder Frauen unterstützen die Rechte von Frauen in der Gesellschaft stärker als Jungen oder Männer.

Im Rahmen der Civic-Education-Studie fällt auf, dass vor allem Mädchen in den reichen Industrienationen die politische Gleichstellung von Frauen unterstützen. Ähnlich hoch wie in Deutschland ist die Zustimmung der Mädchen in Australien, Dänemark, England, Finnland, Norwegen, der Schweiz und den USA. Der Grad der Zustimmung der Mädchen und der Jungen differiert in diesen Ländern jedoch erheblich.¹⁵ Dies widerspricht der Annahme, dass sich die Interessen und Positionen von Mädchen und Jungen in den reichen Industrieländern annähern und dass die Geschlechterdifferenzen abnehmen.

Kommen wir nun zu den deutschen Daten: Der Vergleich der Einstellungen von deutschen Jungen und Mädchen (*Tabelle 1*) zeigt, dass – bei insgesamt großer Zustimmung der 14-Jährigen zu den Rechten von Frauen – Geschlechterdifferenzen bei der Beantwortung der Items hoch bedeutsam sind: Mädchen fordern in allen Punkten in stärkerem Maße als Jungen gleiche Rechte für Frauen. Besonders groß sind die Unterschiede, wenn es um die Beteiligung von Frauen an der Politik geht. Hier meinen immerhin 24 Prozent mehr Jungen als Mädchen: „*Männer sind besser zu politischer Führung geeignet als Frauen*“ (32 gegenüber 8 Prozent). Am geringsten ist die Differenz bei der Frage nach gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit (97 Prozent der Mädchen und 92 Prozent der Jungen stimmen zu).

Dass knapp ein Drittel der befragten Jungen politische Führung eher Männern als Frauen zutraut, ist ein deutlicher Hinweis auf Vorurteile. Geht es um allgemeine Rechte wie gleiche Bezahlung für

7 Für differenziertere Vergleiche, insbesondere die Stellung der deutschen Jugendlichen im internationalen Vergleich, verweisen wir auf die Gesamtdarstellung der deutschen Studie „Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland“. Vgl. D. Oesterreich (Anm. 5); Christa Händle, Kritisch distanziert und sozial engagiert, in: Hannelore Reich-Gerick (Hrsg.), Frauen und Schule, gestern, heute, morgen, Bielefeld 2003.

8 Vgl. J. Torney-Purta/J. Schulle/J.-A. Amadeo (Anm. 6).

9 Vgl. Luitgard Trommer, Eine Analyse der Lehrpläne zur Sozialkunde in der Sekundarstufe I, in: Chr. Händle/D. Oesterreich/L. Trommer, Aufgaben (Anm. 6), Opladen 1999.

10 Vgl. Detlef Oesterreich/Christa Händle/Luitgard Trommer, Eine Befragung von Experten und Expertinnen zur politischen Bildung in der Sekundarstufe I, in: Chr. Händle/D. Oesterreich/L. Trommer (Anm. 6).

11 Vgl. J. Torney-Purta u. a. (Anm. 5).

12 Vgl. D. Oesterreich (Anm. 5).

13 Vgl. Judith Torney-Purta/Abraham N. Oppenheim/Russell F. Farnen, Civic Education in Ten Countries, Stockholm 1975.

14 Vgl. Carole Hahn, Becoming Political. Comparative Perspectives on Civic Education, Albany 1998; Magne Angvik/Bodo von Borries, Youth and History, Hamburg 1997.

15 Vgl. J. Torney-Purta u. a. (Anm. 5), S. 110.

Tabelle 1: Einstellungen zur Gleichstellung von Frauen und zum Familienbild bei 14-jährigen Mädchen und Jungen, aufgeschlüsselt nach Ost-West und Geschlecht

(Aussagen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengenommen in Prozent)

	Alle	Ost-West		Diff.	Geschlecht		Diff.
		Ost	West		Mädchen	Jungen	
<i>Gleichstellung von Frauen</i>							
Frauen sollten in jeder Hinsicht die gleichen Recht haben wie Männer	93	94	92	+2	98	88	+10
Männer und Frauen sollten die gleiche Bezahlung bekommen, wenn sie die gleiche Arbeit leisten	95	96	94	+2	97	92	+5
Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, haben Männer mehr Recht auf einen Arbeitsplatz als Frauen	18	20	18	+2	14	23	-9
Frauen sollten genau so wie Männer für öffentliche Ämter kandidieren und an der Regierung beteiligt sein	91	93	89	+4	97	85	+12
Männer sind besser zur politischen Führung geeignet als Frauen	20	17	21	-4	8	32	-24
Frauen haben in der Politik nichts zu suchen	9	7	10	-3	3	15	-12
<i>Familienbild</i>							
Eine berufstätige Mutter kann ein genau so herzliches Verhältnis zu ihren Kindern finden, wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist	84	89	81	+8	89	79	+10
Allein stehende Mütter oder Väter können ihre Kinder genauso gut erziehen wie beide Eltern zusammen	61	69	58	+11	70	52	+18
Eltern sollten wegen ihrer Kinder auch dann zusammenbleiben, wenn sie schlecht miteinander auskommen	43	45	42	+3	29	57	-28
Kinder brauchen verlässliche Bezugspersonen. Das müssen aber keine Familienmitglieder sein	74	77	72	+5	74	74	0
Ein Kind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist	39	36	41	-5	32	47	-15
Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen	27	27	27	0	20	35	-15
Einen Beruf zu haben ist wichtig für eine Frau, um unabhängig zu sein	89	92	88	+4	93	86	+7
Es ist in Ordnung, dass ein Paar unverheiratet zusammenlebt, ohne verheiratet zu sein	91	94	90	+4	94	89	+5

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

gleiche Arbeit, lehnen zwar nur wenige Jungen die Gleichbehandlung von Frauen und Männern ab. Aber für Leitungspositionen halten viele von ihnen Frauen für weniger geeignet.

Auch beim Familienbild sind die Differenzen zwischen Jungen und Mädchen beträchtlich. Jungen haben offensichtlich ein viel konservativeres Familienbild als Mädchen. Sie finden es wichtiger als Mädchen, dass Frauen die Karriere ihrer Männer unterstützen, indem sie selbst zurücktreten. Sie meinen, Kinder würden unter berufstätigen Müttern leiden. Insbesondere bei der Forderung,

„Eltern sollten im Interesse ihrer Kinder auch dann zusammenbleiben, wenn sie schlecht miteinander auskommen“, sind die Geschlechterdifferenzen sehr groß; doppelt so viele Jungen wie Mädchen (57 Prozent gegenüber 29 Prozent) stimmen dieser Forderung zu. 18 Prozent mehr Mädchen als Jungen sind der Meinung, dass Kinder auch gut von allein stehenden Vätern oder Müttern erzogen werden können. In den Einschätzungen der Jungen wird das traditionelle Familienbild deutlich, das den Mann in der Ernährerrolle sieht und der Frau die Verantwortung für die Kinder zuweist.

III. Unterschiede zwischen Ost und West

Die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen hat in den beiden deutschen Staaten einen unterschiedlichen Hintergrund. In der DDR waren die Rechte von Frauen zumindest offiziell kein Thema, da Widersprüche im Geschlechterverhältnis als so genannte Nebenwidersprüche des „Hauptwiderspruchs von Kapital und Arbeit“ verstanden wurden. Da dieser mit der Abschaffung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln offiziell als gelöst galt, konnte es auch keinen Nebenwiderspruch mehr geben. So wenig dies auch der Realität entsprochen haben mag, die postulierte Gleichberechtigung von Mann und Frau war in der DDR dennoch nicht nur ein ideologisches Konstrukt. Frauen in der DDR fühlten sich ihren Männern gegenüber tatsächlich gleichberechtigt. Grundlage dafür war die ökonomische Unabhängigkeit aufgrund eigener Erwerbstätigkeit sowie die deutlich geringere Belastung durch Erziehungsarbeit, die ihnen teilweise von staatlichen Institutionen abgenommen wurde.¹⁶

In der Bundesrepublik Deutschland hatte sich nach der Kriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der Frauen auf sich allein gestellt und damit zur Selbstständigkeit gezwungen waren, das traditionelle Familienbild von der untergeordneten Stellung der Frau erneut durchgesetzt. Dieses wurde jedoch durch die gesellschaftlichen Veränderungen seit den späten sechziger Jahren zunehmend aufgebrochen. Dessen ungeachtet waren Frauen in der alten Bundesrepublik zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung Männern gegenüber sowohl ökonomisch als auch hinsichtlich der internen Machtverteilung immer noch deutlich schlechter gestellt als Frauen in der DDR.¹⁷

Der „Gleichstellungsvorsprung“¹⁸ von Frauen in der DDR hat sich jedoch nach der „Wende“ allmählich verringert. Insbesondere Frauen waren und sind von der Massenarbeitslosigkeit betroffen. Das wird auch dadurch befördert, dass zu DDR-Zeiten existierende Institutionen und Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Kindern und Erwerbstätigkeit weggefallen sind. Vor allem

16 Vgl. Luitgard Trommer, Frauen in Deutschland: Lebensverhältnisse in der BRD und in der DDR vor dem 3. Oktober 1990, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1991; S. Meyer/E. Schulze (Anm. 2); Jutta Gysi/Dagmar Meyer, Leitbild: berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe, in: G. Helwig/H. M. Nickel (Anm. 2).

17 Vgl. S. Meyer/E. Schulze (Anm. 2).

18 Vgl. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992.

Frauen mit Kindern sind nach der „Wende“ in eine bisher unbekannte ökonomische Abhängigkeit zu Männern geraten.

Die Frauen in den ostdeutschen Bundesländern sehen diese Benachteiligung deutlich.¹⁹ 75 Prozent der im „Sozialreport“ befragten ostdeutschen Frauen sind der Auffassung, dass sie in der DDR gegenüber Männern gleichgestellt waren. Nur 10 Prozent meinen, dass sie benachteiligt waren. Demgegenüber glauben 72 Prozent, dass Frauen im vereinigten Deutschland gegenüber Männern benachteiligt sind; nur 18 Prozent sind überzeugt, gleichgestellt zu sein.

Auch Allbus-Umfragen aus den Jahren 1996 und 2000 zeigen, dass die ältere Generation in den ostdeutschen Bundesländern eine Gleichstellung von Frauen stärker unterstützt. Im Jahr 2000 sagen in der Gruppe der 46- bis 65-Jährigen sieben Prozent mehr Befragte im Westen als im Osten (1996 waren dies 12 Prozentpunkte), dass es für eine Frau wichtiger sei, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. Sehr viel größer sind die Differenzen zwischen Ost und West bei der Aussage „*Es ist für alle Beteiligten besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert*“ (im Jahre 2000 20 Prozentpunkte und 1996 31 Prozentpunkte) und „*Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist*“ (im Jahre 2000 36 Prozentpunkte und 1996 27 Prozentpunkte).²⁰

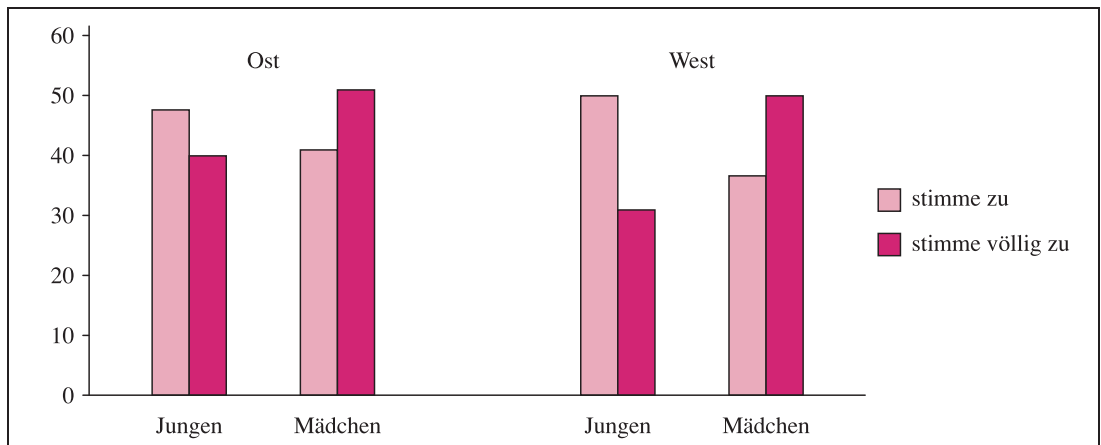
Vor diesem Hintergrund sind die Einschätzungen der 14-jährigen Mädchen und Jungen bemerkenswert: Bezüglich der Rechte von Frauen in der Gesellschaft sind nur sehr geringe Unterschiede zwischen den Jugendlichen in Ost und West auszumachen (vgl. *Tabelle 1*). Bei den Fragen zur Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft liegt die größte Differenz bei vier Prozent. Während erwachsene Frauen in den ostdeutschen Bundesländern an einer Gleichberechtigung von Männern und Frauen festhalten, gilt dies für die 14-bis 15-jährigen Jugendlichen in deutlich geringerem Maße.

Größere Unterschiede als bei den Fragen zur Gleichstellung von Frauen gibt es allerdings bei den Fragen zum Familienbild. Rund zehn Prozent mehr ost- als westdeutsche Jugendliche sind der Meinung, dass allein stehende Mütter oder Väter ihre Kinder genauso gut erziehen können wie beide Elternteile zusammen und eine berufstätige

19 Siehe hierzu Gunnar Winkler, Untersuchung des Sozialreports 2001. Zur Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 2001.

20 Vgl. Datenreport 2002 (Anm. 3), S. 533 ff.

Abbildung: Grad der Zustimmung zur Aussage „Einen Beruf zu haben ist wichtig für eine Frau, um unabhängig zu sein“, aufgeteilt nach Geschlecht und Ost-West (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung

Frau ein genau so herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern entwickeln kann wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist (vgl. *Tabelle 1*).

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang, ob 14-jährige Jungen und Mädchen in den ostdeutschen Bundesländern gleichermaßen von den Grundüberzeugungen der älteren in der DDR sozialisierten Generation abweichen. In der Allbus-Untersuchung aus dem Jahre 2000 ergeben sich eher geringfügige Unterschiede zwischen Männern und Frauen – dies gilt für Ost und West gleichermaßen. Bei den drei schon genannten Fragen zum Stellenwert der Berufstätigkeit von Frauen und den Konsequenzen mütterlicher Berufstätigkeit für Kleinkinder liegen im Jahre 2000 die Differenzen zwischen Männern und Frauen im Westen zwischen einem und elf, im Osten zwischen drei und sieben Prozentpunkte.²¹

Im Folgenden wollen wir differenziert nach Ost und West sowie nach Geschlecht Fragen zur Gleichstellung von Frauen im ökonomischen Bereich und zu ihrer Rolle bei der Kindererziehung diskutieren.

Die bei Mädchen und Jungen sowie Ost und West große Zustimmung zu einem Familienbild, das eine Gleichstellung von Frauen in Beruf und Familie fordert, variiert allerdings beträchtlich. Die Hälfte der Mädchen stimmt den Forderungen nach Gleichstellung „völlig zu“, während die Hälfte der Jungen die Antwortkategorie „stimme zu“ wählt. So ausgeprägte Differenzen zwischen „Zustimmung“ und „völliger Zustimmung“ gibt es

bei anderen Fragen in unserer Untersuchung nicht. Die unterschiedliche Einstellung wird besonders bei den Jugendlichen aus dem Westen deutlich. Der zentrale Unterschied im Frauen- und Familienbild von Jungen und Mädchen zeigt sich demnach nicht in der allgemeinen Zustimmung zu einem liberalen Bild, sondern im Grad der Zustimmung. Die meisten Jungen sind zwar auch der Meinung, dass Frauen in der Gesellschaft gleichgestellt sein sollten. Sie stimmen jedoch nur zu, während Mädchen „völlig“ zustimmen. In der *Abbildung* werden diese Differenzen für eines der Items exemplarisch dargestellt.

Im Osten wie im Westen lehnt die große Mehrheit der Mädchen das konservative Bild der Frau, die ihre eigene Karriere zugunsten ihres Mannes aufgibt, ab. Dies gilt ebenso für die Forderung, dass Männer bei Arbeitsplatzknappheit bevorzugt werden sollten. Die Jungen haben zwar grundsätzlich ähnliche Einstellungen, sind jedoch deutlich zurückhaltender als die Mädchen. So meint mehr als ein Drittel der Jungen in Ost wie West, dass es für eine Frau wichtiger sei, ihrem Manne bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen (vgl. *Tabelle 2*).

Während diese Ergebnisse dem oft bestätigten Bild von den konservativeren Jungen entsprechen, sind die Differenzen zwischen Mädchen in Ost und West überraschend. Bei Arbeitsplatzknappheit würden mehr Mädchen aus dem Osten als aus dem Westen zugunsten der Männer zurücktreten (20 Prozent im Osten gegenüber 12 Prozent im Westen). Auch beim Item „Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen“ gibt es bei den

²¹ Vgl. ebd., S. 533 ff.

Tabelle 2: Gleichstellung von Frauen im ökonomischen Bereich aufgeschlüsselt nach Ost-West und Geschlecht

(Aussagen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengenommen in Prozent)

	Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, haben Männer mehr Recht auf einen Arbeitsplatz als Frauen			Einen Beruf zu haben, ist wichtig für eine Frau, um unabhängig zu sein			Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen		
	Ost	West	Differenz	Ost	West	Differenz	Ost	West	Differenz
Mädchen	20	12	+8	93	92	+1	21	19	+2
Jungen	21	24	-3	90	84	+6	34	35	-1
Differenz	-1	-12		+3	+8		-13	-16	

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Tabelle 3: Einstellungen zur Alleinerziehung von Kindern und den Konsequenzen einer Berufstätigkeit von Müttern aufgeschlüsselt nach Ost-West und Geschlecht

(Aussagen „stimme zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengenommen in Prozent)

	Allein stehende Mütter oder Väter können ihre Kinder genauso gut erziehen wie beide Eltern zusammen			Ein Kind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist		
	Ost	West	Differenz	Ost	West	Differenz
Mädchen	78	67	+11	26	34	-8
Jungen	60	49	+11	47	47	0
Differenz	+18	+18		-21	-13	

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Mädchen im Osten eine geringfügig größere Zustimmung als im Westen (21 Prozent gegenüber 19 Prozent) (vgl. *Tabelle 2*). Diese Differenzen sind zwar gering und können kaum als bedeutsam gewertet werden. Angesichts des Bildes, das Frauen in der DDR von sich hatten, entsprechen sie aber nicht den Erwartungen.

In der älteren Generation sind es auch heute noch die ostdeutschen Frauen, die in stärkerem Maße eine Gleichstellung betonen. Laut Allbus-Umfrage aus dem Jahre 2000 sagen fünf Prozent mehr Frauen im Westen als im Osten, „für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen“ (27 Prozent im Osten und 32 Prozent im Westen), und 20 Prozent mehr Frauen im Westen stimmen der Aussage zu, dass es „für alle Beteiligten viel besser (ist), wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert“ (27 Prozent im Osten und 47 Prozent im Westen).²²

Eher dem DDR-Bild von der autonomen Frau entsprechen die Einstellungen von 14-Jährigen bei der Kindererziehung. Dass allein stehende Mütter

oder Väter ihre Kinder genauso gut erziehen können wie beide Eltern zusammen, meinen im Osten nach wie vor deutlich mehr Jugendliche als im Westen. Die Einschätzung, dass Kinder unter der Berufstätigkeit ihrer Mütter leiden, ist im Osten weniger stark verbreitet als im Westen (vgl. *Tabelle 3*). Bei der Einschätzung möglicher negativer Konsequenzen einer Berufstätigkeit von Müttern für ihre Kinder gibt es allerdings zwischen Jungen aus Ost und West keine Unterschiede. Beide Gruppen stimmen fast zur Hälfte dieser Ansicht zu. Sehr groß ist dagegen bei beiden Fragen – in Ost wie West – die Differenz zwischen Jungen und Mädchen.

Der Anteil der allein erziehenden Mütter war in der DDR deutlich größer als in der Bundesrepublik. Zahlreiche Regelungen in Schulen und Betrieben erleichterten es Frauen, Kinder und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren. So war es für Frauen in der DDR leichter als für ihre Geschlechtsgenossinnen in der alten Bundesrepublik, sich bei Eheproblemen scheiden zu lassen. Möglicherweise aufgrund der eigenen Erfahrungen mit ihren Müttern sind mehr ostdeutsche Jugendliche der Auffassung, Frauen könnten die Erziehung ohne Nachteile für die Kinder auch allein bewältigen.

²² Vgl. ebd.

Aufwachsen in technischen Welten

Wie moderne Techniken den Jugendalltag prägen

Die moderne Technik verändert die Wahrnehmung der Welt und das Handeln in ihr. Bilder und Töne können beliebig gespeichert und manipuliert werden, an Ereignissen, die weit entfernt stattfinden, kann partizipiert werden, telekommunikative Erreichbarkeit ist eine Selbstverständlichkeit. Ganz gleich, ob es um Kommunikation, um Transport und Zugriff auf Informationen, um die eigene Mobilität oder die Mobilität von Waren geht, überall zeigt sich, dass technische und soziale Veränderungen miteinander verschränkt sind. Dabei ist die Frage nach der ersten Ursache müßig: Neue Techniken bringen ebenso neue Formen des Sozialen hervor, wie diese wiederum die Grundlage für neue Innovationen bilden. Jugendliche haben Teil an der hochdynamischen Gesellschaft. Sie beziehen sich notwendigerweise auf die gegebenen technischen und sozialen Arrangements. Keine Generation zuvor war im Besitz so vieler Artefakte (Werkzeuge, Apparate etc.) Dies bedeutet für die Jugendlichen, dass alltägliche Vorgänge unter dem Einfluss der Technik stehen: Schule und Ausbildung, Freizeitgestaltung, Vereinsarbeit oder politische Teilhabe stellen sich für sie gänzlich anders dar als für die Generation ihrer Eltern. In diesem Beitrag soll ergründet werden, welche Bezüge Jugendliche zur neuen Technik herstellen, über welche konkreten Techniken sie verfügen und in welchen Kontexten sie mit ihnen in Kontakt treten.

I. Technik in der Gesellschaft

Die Produktion und der Gebrauch von technischen Apparaten begründet soziale Verhältnisse.¹ Nicht von ungefähr sprechen wir von der Industrie-, der Informations- oder der Mediengesellschaft. Um kenntlich zu machen, dass es zwischen traditionellen Techniken wie der Maschine oder dem Fließband und modernen Techniken wie Computer oder Medien einen kategorialen Unter-

schied gibt, wird im Folgenden von Technik I und Technik II gesprochen.² Technik I ist räumlich, sachlich und sozial festgelegt, d. h., es geht um eine Berechenbarkeit der Abläufe. Hierfür steht die von Max Weber analysierte Bürokratie ebenso wie das (wissenschaftliche) System der Betriebsführung von Frederick Winslow Taylor oder die Maschinenhalle von Henry Ford. Technik I ist im Wesentlichen auf die Welt der Arbeit und der Industrie beschränkt. Sie wird immer dann eingesetzt, wenn es um bestimmte Anwendungen geht; jedes Teil hat seine Funktion. Aber nicht nur der Einsatz und der Kontext der technischen Apparate ist vorgeschrieben und damit standardisiert, sondern auch die Organisation der sozialen Beziehungen um die Techniken herum. Damit wird die Zweckrationalität zum Leitprinzip der Gesellschaft: Je weiter die Industrialisierung und die Arbeitsteilung voranschreiten, umso mehr Sphären der menschlichen Aktivität werden rational gestaltet. „Die Eigenart der modernen Kultur, speziell ihres technikökonomischen Unterbaus, verlangt die ‚Berechenbarkeit‘ des Erfolges.“³

Im Gegensatz dazu fehlt es der Technik II an eindeutigen Festlegungen. Sie findet in der Industrie ebenso ihren Platz wie in der eigenen Wohnung. Ihre Nutzung ist nicht vorgeschrieben. So gehört z. B. der Computer zu den Multioptions- oder Universalmaschinen. Mit ihm lassen sich komplexe Produktionssysteme steuern oder einfach Texte schreiben und auf Rechtschreibung hin prüfen. Die Hardware ist aufgabenunspezifisch und damit für fast jede Aufgabe tauglich. Diese Offenheit macht es notwendig, dass Anwendungen auf spezifische Probleme und deren Lösung abzustimmen sind, d. h., jeder Nutzer muss sich für den Umgang mit Universalmaschinen einen eigenen Leitfaden konstruieren. Technik II trägt damit zur Individualisierung und Destandardisierung der institutionellen Vorgaben bei. Neben den zweckrationalen

1 Vgl. Karl H. Hörning, Experten des Alltags. Die Wiederentdeckung des praktischen Wissens, Weilerswist 2001; Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, München–Leipzig 1916 und 1927.

2 Von Technik I und Technik II zu sprechen indiziert dabei nur, dass Letztere erst später aufgetaucht ist; sie ist keineswegs eine entwicklungslogische Fortschreibung der Ersteren. Beide Formen koexistieren heute nebeneinander. Vgl. Claus J. Tully, Mensch – Maschine – Megabyte. Sozialisation in ungleichen technischen Welten, Opladen 2003.

3 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1956, S. 563.

Einsatz der Technik treten gleichwertig ästhetische, emotionale oder traditionale Anwendungsbezüge. Die physikalisch-mechanischen Maßstäbe für „richtigen“ und „falschen“ Technikgebrauch lösen sich zugunsten anderer Imperative auf, ebenso wie in den Bereich der Arbeitsorganisation neue Arbeitsmodelle (z. B. job enrichment, Gruppenarbeit) Einzug halten. Insofern kann man Technik II als „warme Technik“⁴ bezeichnen: Für den sinnvollen Gebrauch bedarf es sozialer Interaktionen; die Technik ist individuell verfügbar und eröffnet Identifikationsmöglichkeiten, und die Nutzung ist nicht fixiert. Zum neuen Maßstab der Technikanwendung kann z. B. der erzielte Effekt werden, der persönliche oder soziale Erwartungen erfüllt. Ob dieser Effekt auf rationalem oder irrationalem Weg erzielt wurde, ist dabei unerheblich. Während Technik I zweckrational und funktionsorientiert ist, ist Technik II eher affektiv und erlebnisorientiert.

Ein Blick in neuere techniksoziologische Arbeiten verrät, dass eine solche Trennung auch von anderen Autoren vollzogen wird. Beispielsweise beschreibt Bruno Latour das Verhältnis von Technik und (post)moderner Gesellschaft als „hybrid“⁵, da sich herkömmliche Grenzen zwischen Subjekt und Objekt aufzulösen beginnen. Ein Netz unübersichtlicher Beziehungen rahmt das soziale Handeln der Menschen.⁶ Technik II, die „warme“ Technik, ist einer der wichtigsten Produzenten der Hybriden, da sie die Auflösung der Trennung von Anwender und technischem Artefakt betreibt. So ist in manchen Situationen nicht zu unterscheiden, ob der Mensch handelt oder ob der Computer erschafft und damit zu Handlungen zwingt.

Jugendliche wachsen in dieser künstlichen Welt der alltäglichen Nutzung technischer Apparate auf. *Gadgets*⁷ wie Handy, Computer oder Palm strukturieren ihr Leben und wirken sich z. B. auf das Verabredungsverhalten, die Sprache oder die ästhetischen Präferenzen aus. Die *Gadgets* sind unerlässlich, und das Vertrauen in ihre Lösungsversprechen ist groß. Technikskepsis wird zum historischen Randphänomen. An die Stelle kriti-

scher Distanz oder Reflexion, die in den siebziger und achtziger Jahren das Verhältnis der Jugendlichen zu großtechnischen Projekten wie Atomkraftwerken oder Kontinentalraketen charakterisierten, tritt der spielerische Umgang. „Just do it“, einfach mal ausprobieren, was sich mit einer Technik anstellen lässt, wird zum Leitbild der Anwendung.⁸ Wenn die Technik II zunehmend die lebensweltlichen Erfahrungen prägt, dann sozialisiert sie gleichermaßen. Sozialisation – verstanden als Prozess der Persönlichkeitsentwicklung im Spannungsfeld zwischen innerer, biopsychischer und äußerer, gesellschaftlicher Umwelt – wird in diesem Sinne um eine neue Komponente erweitert: Nicht mehr nur Familie, Freundesgruppe oder Massenmedien sind Bestandteile der äußeren Umwelt, sondern ebenso die technischen Artefakte, die neuartige Beziehungen knüpfen, Handlungen ermöglichen, Wahrnehmungswelten verändern. Beispielsweise ist die Technik hilfreich, wenn es um die Etablierung und Demonstration eines bestimmten Lebensstils geht, wenn eine Gruppenzugehörigkeit offenbart wird usw. Technik II ist Bestandteil des Habitus und damit der persönlichen Sozialisation. Auf diesem Weg hilft sie den Jugendlichen, sich von älteren Generationen abzuheben. Unterschieden Reinhold Sackmann und Ansgar Weymann in ihrer umfassenden Studie⁹ noch drei technikbasierte Generationenlagen (Vorkriegs-, Nachkriegs-, Umweltgeneration), so unterstützt Technik II die Ausbildung einer neuen Generation, für die bereits mehrere Etikettierungen existieren: Die Rede ist z. B. von der Generation @ und von der Internet- oder Computergeneration. Wir könnten ergänzen: die *Gadget-Generation*. Wichtig ist auch hier der Alltag der Anwendung technischer Geräte und Innovationen, nicht spektakuläre Großtechnik. Die vielen kleinen *Gadgets* führen zu gemeinsamen, konjunktiven Erfahrungen der heutigen Jugendlichen, sie sind das einende Element.¹⁰ Die Jugendgeneration heute, die womöglich stärker von der Technik als von familialen Erziehungspraktiken oder schulischen Bildungsidealen affiziert ist, legt damit auch die Grundlage des Erscheinungsbildes der kommenden Gesellschaft. Jugend ist die zukünftig

4 Vgl. Marshall McLuhan, Die magischen Kanäle, Düsseldorf 1968.

5 Vgl. Bruno Latour, Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Berlin 1995.

6 „Hybride wie das Ozonloch, das AIDS-Virus, der BSE-Erreger oder der von der Vakuumpumpe produzierte luftleere Raum stehen zwischen Natur und Gesellschaft, und das gilt auch für die Technik. Das moderne Paradox liegt für Latour darin, dass die Natur zunehmend vergesellschaftet wird und die Gesellschaftsentwicklung immer naturwüchsiger, unregelter verläuft.“ Nina Degele, Einführung in die Techniksoziologie, München 2002.

7 Der englische Begriff Gadget („Dingsda“) steht synonym für die vielen kleinen technischen Helfer.

8 Vgl. Claus J. Tully, Jugendliche Netzkompetenz: just do it – Surfen im Cyberspace als informelle Kontextualisierung, in: Winfried Marotzki u. a. (Hrsg.), Zum Bildungswert des Internet, Opladen 2000, S. 189–216.

9 Vgl. Reinhold Sackmann/Ansgar Weymann, Die Technisierung des Alltags. Generationen und technische Innovationen, Frankfurt/M. – New York 1994.

10 „In der Teilhabe an konjunktiven Erfahrungsgemeinschaften verfestigen sich Erfahrungen zu geteilten Bedeutungen. Als Kollektivvorstellungen belegen sie Gegenstände und Handlungsweisen mit übersituativem Sinn. Bedeutung (...) stützt sich auf generationsspezifische Begriffe und Erfahrungen.“ Ebd., S. 17.

herrschende Generation, was die intensivere Beschäftigung mit ihren Einstellungen zur und Nutzungsgewohnheiten von Techniken notwendig macht.

II. Jugendliches Technikinteresse

Im Rahmen eines von 1998 bis 2001 durchgeführten empirischen Forschungsvorhabens zu jugendlichen Lebensstilen und Mobilitätsbedürfnissen wurde u. a. die Rolle von Kommunikations- und anderen Technologien erfasst.¹¹ Sowohl in der quantitativen Erhebung mit 4 500 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 26 Jahren als auch in den 80 qualitativen Einzelinterviews galt die Aufmerksamkeit der individuellen Haltung zur Technik.

Ein erster Fragekomplex kreiste um das bereits seit mehreren Dekaden in unregelmäßigen Abständen untersuchte Technikinteresse. Schon in den achtziger Jahren konnte die zentrale These, die von einer hohen Technikfeindlichkeit Jugendlicher ausging, oftmals nicht bestätigt werden.¹² Nach den Ergebnissen der Shell-Jugendstudie 2000 sprechen knapp zwei Drittel der Jugendlichen sich selbst ein mittleres oder hohes Technikinteresse zu. Dabei zeigt sich aber auch ein konstanter Geschlechtseffekt: Ausgeprägtes Technikinteresse ist eine Domäne der Männer. Vierzig von hundert männlichen und nur fünf von hundert weiblichen Befragten attestieren sich ein sehr hohes Interesse.¹³ Technikinteressierte Jugendliche nennen im Durchschnitt 7,4 Beschäftigungsfelder (von 19 vorgegebenen), wobei sich Fotografie, Umweltschutz oder Technik im Haushalt als eher weibliche Domäne erweisen. Computer, Auto oder Multimedia sind hingegen Bereiche, für die sich männliche Jugendliche erwärmen können.

In der eigenen Untersuchung zeigt sich ein ganz ähnliches Bild. Gefragt wurde nach dem Ausmaß der Zustimmung zur Aussage „Ich interessiere mich für Technik“.¹⁴ Etwa die Hälfte aller Befragten äußerte ein geringes, knapp ein Drittel ein

Tabelle 1: Technikinteresse nach ausgewählten Variablen

Technikinteresse/ Variable		Hoch (Technikfans)	Gering (Technikmuffel)
Gesamt		30,6	47,2
Geschlecht	männlich	52,7	24,1
	weiblich	9,3	69,5
Alter	15–17 Jahre	31,8	46,3
	18–21 Jahre	32,9	47,6
	22–26 Jahre	27,5	47,8
Bildung	Hauptschule	33,7	44,9
	Realschule	35,5	45,2
	Gymnasium	25,5	49,7
Region	Stadt	28,3	48,7
	Land	33,9	45,7

Zeilenprozente; N = 4417.

Quelle: C. J. Tully/M. Hunecke/D. Bäumer (Anm. 11), S. 78.

großes Technikinteresse (vgl. *Tabelle 1*), welches vor allem vom Geschlecht und von der regionalen Herkunft abhängig zu sein scheint. Mehr als die Hälfte der jungen Männer, aber lediglich neun Prozent der jungen Frauen schreiben sich selbst ein hohes Interesse an technischen Dingen zu. Ebenso finden sich Befragte aus ländlichen Gebieten etwas häufiger auf der technikaffinen Seite. Für die Variablen Alter und Bildungsstand zeigt sich kein unilinearereffekt. Höheres Jugendalter (22–26 Jahre) und sehr hohe Bildung (Abitur) gehen tendenziell mit stärkerer Technikdistanz einher.

Wie sich in weiteren Auswertungen zeigen lässt, korrespondiert die Einstellung zur Technik auch mit anderen Indikatoren. Fasst man diejenigen Befragten, die sich stark technikinteressiert äußerten, zu der Gruppe der Technikfans und diejenigen, die wenig bzw. nicht technikinteressiert waren, zu den Technikmuffeln zusammen und bezieht weitere Einstellungs- und Verhaltensvariablen ein, dann stellt sich Technikinteresse bzw. -desinteresse als Teil eines Lebensstils dar. Technik dient in dieser Hinsicht als Mittel der Selbststilisierung und Symbolisierung: Fans erwerben ihren Führerschein einige Monate vor den Muffeln, sie verfügen öfter über motorisierte Verkehrsmittel, engagieren sich weniger für den Umweltschutz und spielen den Einfluss des Autos auf die Umweltverschmutzung herunter. Generell haben Fans ein emotionaleres Verhältnis zum Auto und schätzen an ihm eher Eigenschaften wie Schnelligkeit oder ausgefallenes Design. Die Identifikation technikbezogener Lebensstile besitzt insofern eine Relevanz, als bestimmte persuasive (der Überredung dienende) Botschaften (die z. B. die Umorientierung auf öffentliche Verkehrsmittel

11 Vgl. für eine zusammenfassende Darstellung der Studie Claus J. Tully/Marcel Hunecke/Doris Bäumer, *Mobilität von Jugendlichen*, Opladen 2003.

12 „Die Einstellung der Jüngeren ist durchgängig nicht negativ ... Von einer ‚Technikfeindlichkeit‘ der Jugend kann und konnte nie die Rede sein“. Dieter Jaufmann, *Jugend und Technik: Wandel der Einstellungen im internationalen Vergleich*, Frankfurt/M. – New York 1989, S. 318.

13 Vgl. Yvonne Fritzsche, *Modernes Leben. Gewandelt, vernetzt und verkabelt*, in: Deutsche Shell (Hrsg.), *Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie*, Opladen 2000, S. 181–220.

14 Die zugehörigen Antwortkategorien lauteten: „stimmt sehr“ und „stimmt ziemlich“ (hohes Interesse), „stimmt wenig“ und „stimmt nicht“ (geringes Interesse). Die Mittel-

kategorie „stimmt mittelmäßig“ wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht präsentiert.

zum Ziel haben) von den Jugendlichen differenziert wahrgenommen werden. Pädagogische Maßnahmen sind nur dann erfolgreich, wenn sie der Vielfalt der Lebenswirklichkeiten der Jugendlichen gerecht werden.

III. Bedeutungen von Technik

Über die Auswertung der qualitativen Interviews ist es zusätzlich möglich, die konkreten Interaktionserfahrungen der Jugendlichen mit Technik nachzuzeichnen. Unübersehbar ist dabei, dass die Präsenz von Technik in verschiedensten sozialen Situationen als normal erfahren wird oder, wie sich ein 17-jähriger Schüler äußert: „Wenn man sich so umschaute, jeder hat irgendwie einen PC. Die meisten haben Handy. Technik – das sind die alltäglichen Geräte, sie wird enorm benutzt.“ (Interview Dokument [ID] Nr. 304043) Kompetenz im Umgang mit Technik ist dabei unterstellt: „Ich glaub grad, dass die jüngeren Generationen, so die 14- bis 18-Jährigen, für die sind das Normalitäten. Die Selbstverständlichkeit im Umgang mit Handy und anderen Dingen, aber auch das Vokabular – all das ändert sich.“ (ID 393673) Heute ist Technik nicht mehr nur in den Bereichen Arbeit, Bildung oder Beruf erlebbar, sondern ihre neue Qualität liegt in den vielfältigen Irritationsmomenten und Anknüpfungspunkten für alltägliche Umgangsstile. Die Multioptionalität, verbunden mit der ‚Kolonisierung‘ des Alltags durch technische Apparate, begründet eine neue Stufe der ‚Artifizierung‘ der sozialen Verhältnisse.¹⁵

In unseren Interviews nimmt z. B. die 18-jährige Johanna hierauf Bezug, indem sie von den Annehmlichkeiten der neuen Haushaltstechniken spricht. Wiederkehrend anfallende Aufgaben werden erleichtert und zeitsparend erledigt: „Also wir haben einen kleinen Handstaubsauger, das ist einfach super, viel einfacher. Wenn man ein Auto putzt und nicht erst das Riesending nach draußen schleppen muss und schauen, wo ist die nächste Steckdose. Vorher, da war’s Autoputzen eigentlich immer eine Qual . . . Es wird vieles einfacher . . . mit dem Besen, bis das man da mal gekehrt hat und dann ist doch wieder überall Staub gelegen und so. Und da gibt’s inzwischen ja auch schon Superwischer.“ (ID 304111) Technik wird kleiner, handlicher und preiswerter und gelangt auf diesem Weg in nahezu jeden Haushalt. Damit wird Do-it-yourself zur Handlungsmaxime, die traditionelles

Berufsgeschick entwertet und stattdessen auf Wissen und Können verweist, das sich in kurzer Zeit im Selbststudium aneignen lässt.

Neben diesen generellen Entwicklungslinien der Alltäglichkeit, Fraglosigkeit und Normalität von Technik weisen die Jugendlichen in den Interviews auf fünf zentrale Aspekte der Technik hin. Technik kann für die Befragten je nach situativem Kontext andere Bedeutungen oder Funktionen annehmen. Insofern gehen die Jugendlichen produktiv mit ihrer Allgegenwart um. Die fünf Dimensionen werden im Folgenden mit Interviewausschnitten illustriert.

(1) *Technik als Baustein der eigenen Zukunft*: Das Wissen um technische Details vor allem bei Computer und Internet erscheint als Ressource für einen zukunftsfähigen Beruf. Der 18-jährige Christoph fasst die Rolle der Technik wie folgt zusammen: „Ja, das muss ich sagen, Technik ist sehr wichtig für junge Menschen, weil Technik ist das Einzige, was eben die Perspektive hat in der Zukunft. Und wenn man nicht technikinteressiert ist, hat man wahrscheinlich ein Berufsproblem.“ (ID 309121) Dabei sehen Jugendliche in der Technikentwicklung nur ausnahmsweise Risiken oder Anlass für Pessimismus. Techniken werden stattdessen als Chancen zur Erschließung der Welt betrachtet. Technik wird mit Zukunft und Gestaltbarkeit gleichgesetzt. Matthias beschreibt dies so: „Also ich denke, die [Bedeutung von Technik; C.J.T.] wird immer stärker werden. Ich merk das an der Uni . . . Nicht nur im Feld Computer und Telekommunikation, sondern auch gerade im beruflichen Bereich muss man mit technischen Grundkenntnissen aufwarten.“ (ID 393673)

(2) *Technik als symbolisches Kapital*: Neue Techniken sind prestigeträchtig und damit unmittelbar relevant für die Wahrnehmung durch Dritte. Soziale Anerkennung geht mit der Verfügung über technische Artefakte einher. Die symbolische Bedeutung steht dabei neben faktischen Leistungsparametern, wenn z. B. der Besitz eines Handys die Integration in die Peer-Group sichert. Die 17-jährige Sonja erläutert diese Bedeutung: „Jeder braucht ein Handy, eigentlich! . . . Grad wenn man so 15, 16 ist, ist Technik wichtig.“ Denn worüber wird in der Gruppe geredet: „Ja, ich hab einen Roller oder ich mach’n 80er Führerschein . . . Es spielt eine große Rolle, was man da so für eine Maschine hat oder als Computer hat.“ (ID 308019)

In einem anderen Interview erläutert ein Mädchen, dass es dank ISDN-Anschluss nun mit zwei Personen gleichzeitig telefonieren könne, und wenn sie auch noch das Handy mitbenutzt, dann wären es sogar drei Personen. Was wie eine unsinnige Rechnung aussieht, belegt die herausgehobene

¹⁵ Vgl. zur Idee der Artifizierung Heinrich Popitz, *Der Aufbruch zur Artifizierten Gesellschaft: Zur Anthropologie der Technik*, Tübingen 1995.

bene Bedeutung, die Technik bei der Synchronisation des jugendlichen Alltags innehat. Die Anzahl der eingehenden Telefonate und Kurzmitteilungen wird so zum Indikator für die soziale Einbindung. Berichtet wurde von einem Mädchen, das in den Ferien täglich sechs Stunden telefoniert, was als Ausdruck der höchsten Wertschätzung innerhalb der Clique interpretiert wurde.

(3) *Technik als Medium des Erlebens*: Jugendliche haben oftmals einfach nur Spaß an der Techniknutzung. Technik erscheint als zusätzliche Möglichkeit, um Neues auszuprobieren oder Entspannung zu suchen. Jungen und Mädchen unterscheiden sich in Bezug auf diesen Spaßfaktor nicht. Ablesbar ist dies z. B. am Handy-Besitz, bei welchem die weiblichen Jugendlichen den Jungen nicht nachstehen. Höchste Akzeptanz genießen deshalb im Jugendalter Objekte, die „convenience, comfort and joy“, also Annehmlichkeiten und Spaß versprechen. Beides stellt sich offensichtlich beim Downloaden von Klingeltönen fürs Handy oder von neuesten Music-Singles für den CD-Brenner ein. Und gerade auch weil es so viele Möglichkeiten gibt, wäre eine systematische Vorgehensweise beim Erkunden und Ausprobieren der Technik abwegig. Die spielerische Nutzung und Aneignung steht im Vordergrund. Ganz im Sinne eines Bastlers sagt der 18-jährige Andreas: „Ich weiß nicht, Technik ist halt einfach mein Leben. Nicht umsonst sitz ich im Technischen Zweig der FOS [Fachoberschule; C.J.T.]... Wenn ich mir das so anschau, Formel-1-Autos ... so was fasziniert mich einfach, wie man so was macht.“ (ID 309154)

(4) *Technik als Objekt sozialer Differenzierung*: Technik wird, wenn es um ihre Versprechungen und Wirkungen geht, je nach Generations-, Schicht- oder Geschlechtszugehörigkeit unterschiedlich beurteilt. Junge Menschen bauen einen Zugang zur Technik entsprechend den eigenen lebensweltlichen Erfahrungen auf und unterscheiden sich dabei von den Erwachsenen. Gerade im Hinblick auf Generationsunterschiede wird von ihnen immer wieder betont, dass sie selbst „sicher offener“ für neuere technische Entwicklungen sind, weil die Jungen sind „vielleicht noch lernbegieriger sind oder neugieriger. Und die älteren Leute, die sind jetzt so lang mit dem Herkömmlichen klar gekommen, warum sollen die jetzt umsteigen ... Ich glaub, die Jüngeren sind schon eher bereit, in neue Bereiche vorzustoßen, auch mal wieder was zu lernen ... Weil's nicht nur für junge Leute wichtig ist, sondern für alle, wir brauchen's alle.“ (ID 391123) Wer von klein auf mit Technik umgeht, bildet so wie der 18-jährige Andreas den digitalen Erfordernissen gemäße Fertigkeiten aus. Er hat sich, u. a. auch aufgrund fehlender Freizeitangebote auf dem Land, mit Com-

puterspielen die Zeit vertrieben: „So läuft's halt schon teilweise, dass du wirklich fünf, sechs Stunden Playstation [spielst; C.J.T.] Ich glaub, ab 25, 26 aufwärts ist's dann oft so, man ist zwar noch auf'm Laufenden, bekommt das alles schon noch mit vor Ort, was Handy betrifft. Die Jüngeren, die leben und wachsen mit dem besser zusammen auf.“

Auch lassen sich geschlechtsspezifische Differenzen im Umgang mit Technik ausmachen. Dies zeigt sich beispielsweise bei den sozialen Konstellationen der Nutzung, wie ein junger Mann erläutert: „Das kommt auf den Freundeskreis an; z. B. bei Mädchen, da ist der Computer kein Thema. Ich kenn vielleicht drei Mädchen, die sich wirklich für Computer interessieren. Allerdings bei Jungen ist das so. Technik ist für mich eine Frage der Interessengruppe und des Freundeskreises.“ (ID 306089) Bestimmte neuere Techniken, allen voran das Handy, scheinen aber mit der weiblichen Lebenswelt besser übereinzustimmen, da hier Besitz und Nutzung nahezu gleich zwischen den Geschlechtern verteilt sind. Auf die Nachfrage, ob Technik insgesamt eine Sache für Männer oder für Frauen ist, antwortet deshalb eine andere Befragte: „Natürlich auch eine Sache für Frauen, mit Sicherheit. Es mag vielleicht sein, dass Frauen sich mit der Autotechnik nicht so gut auskennen. Frauen werden aber selbstständiger, können selber gucken, was fehlt ... Also die Zeiten, glaub ich, die haben sich da in der Hinsicht schon sehr geändert.“ (ID 393162)

(5) *Technik als Ordnung im sozialen Alltag*: Wenn Jugendliche Techniken benutzen, so gestalten sie die Struktur des Alltags. Techniken ermöglichen und begrenzen gleichzeitig soziales Handeln. „Technology is shaping society“ lautet die Formel der sozialkonstruktivistischen Technikforschung. Im deutschsprachigen Raum gilt der Gedanke, dass Technik die Gesellschaft formt, als zu undifferenziert. Tatsächlich verändert sich aber soziales Handeln, wenn der Alltag mit Techniken durchwebt ist: „Ich würde sagen, dass die Technik eine sehr hohe Bedeutung für junge Leute hat im Bereich von 16 – 26. Ich denke da besonders an das Handy eben, was in den letzten zwei bis drei Jahren immens zugenommen hat unter jungen Leuten, die Form der Kommunikation, sich verständigen und auch Termine abmachen, dass man irgendwo gemeinsam hinfährt. ... Beispiel: Da geht man jetzt bei jungen Leuten dazu über, wenn man am Wochenende irgendwo hinfahren möchte, zu einer Disco usw., man macht das nicht vorher aus, wie man das beim Festnetz-Telefon gemacht hat, sondern da heißt es, wir fahren dann los und während dem Fahren machen wir das per Handy aus ... Wenn man z. B. Computerspiele anschaut, es geht ja schon bei 5-, 6-Jährigen los. Früher hat man vielleicht öfter im

Sandkasten gespielt oder ist ausgebüchst, und jetzt erfährt man die Welt durch Nintendo oder Computerspiele, entdeckt 3-D-Welten, die man sonst nicht erfahren kann.“ (ID 391631)

Auf die Frage danach, wie sich neue technische Entwicklungen im Bereich der Kommunikationstechnik auf das Verkehrsverhalten auswirken, geben die Jugendlichen folgende Auskunft: Zunächst wird deutlich, dass Heranwachsende ihre Mobilität nur selten planvoll gestalten. Wichtiger ist hohe Flexibilität. Interessanterweise deuten die Jugendlichen die Frage nach den Auswirkungen der Kommunikationstechnologien auf die Mobilitätspraxis mehrheitlich um und sprechen stattdessen von den Auswirkungen auf das Verabredungsverhalten. Mobilität, Kommunikation und Verabredung scheinen im Jugendalter dicht beieinander zu liegen: „Ich glaub, das Verabredungsverhalten, das verändert sich. Ich glaub, bevor man sich tatsächlich an einem Punkt zusammen trifft, dass man dann vorher zehnmal telefonieren muss, weil wenn man sagt ‚ach ja, das klären wir später‘ oder ‚ach ja, da ruf ich mal eben noch den dazu an‘ oder ‚ach, ich hab jetzt gerade gesehen, ich kann ’ne halbe Stunde später kommen, komm doch auch ’ne halbe Stunde später‘. . .“ (ID 391524) Der Alltag der Jugendlichen verändert sich, wenn er, wie hier geschildert, von Techniken durchwoben ist. Es entfalten sich neuartige individuelle Lebensstile und soziale Arrangements.

IV. Technik im Jugendalltag

Jugendliche gehen mit technischen Apparaten um, die zur Technik II gehören. Ein Streifzug durch ihren Alltag lässt folgende technikbezogene Highlights erkennen: Wer 18 Jahre jung ist, hat fast immer einen Führerschein.¹⁶ Von den geschätzten 50 Millionen Handys in Deutschland (Anfang 2002) befinden sich 30 bis 40 Prozent in den Händen von Kindern und Jugendlichen. Mittlerweile besitzen deshalb drei Viertel der 12- bis 19-Jährigen ein eigenes Handy.¹⁷ Bei der Internetnutzung stehen die 20- bis 29-Jährigen an erster Stelle. Zwei von drei Jugendlichen haben bereits Erfahrungen im Umgang mit dem Internet gesammelt, fünf von zehn nennen einen PC ihr Eigen. Jugend-

liche aus gebildetem Elternhaus sind dabei stärker an der neuen Technik interessiert: Sie besitzen häufiger einen Computer und nutzen öfter das Internet. Jugendliche aus weniger gebildetem Elternhaus „stehen“ hingegen auf traditionelle Technik wie Auto, Motorrad, Maschinen oder Technik im Haushalt. Nachstehend werden drei Bereiche ausgewählt, um die Formung des Jugendalltags durch Technik aufzuzeigen.

(1) *Computer, Internet, Handy*: Bereits vor vier Jahren attestierte sich die Hälfte der 12- bis 19-Jährigen gute bzw. sehr gute Kenntnisse im Umgang mit Hard- und Software.¹⁸ Heute arbeiten vier von fünf Jugendlichen mit dem PC. Der Abstand zwischen Jungen und Mädchen hat sich im Hinblick auf die Computernutzung in den vergangenen vier Jahren halbiert: Mittlerweile geben 79 Prozent der Mädchen und 87 Prozent der Jungen an, mindestens einmal pro Monat den Computer in der Freizeit zu benutzen.¹⁹ Besonders in der Altersgruppe der 14- und 15-Jährigen sind weibliche Computernutzer fast genauso häufig anzutreffen wie männliche. Weiterhin berichten schon 60 Prozent der Kinder, dass sie den PC, und 30 Prozent, dass sie das Internet wiederholt frequentieren.²⁰ Die Bedeutungszunahme der digitalen Medien korrespondiert mit dem Bedeutungsverlust der klassischen Printmedien, was sich z. B. in den Internetpräferenzen der Jugendlichen widerspiegelt: Über 50 Prozent der Internet-NutzerInnen dieser Generation haben schon einmal das Internetangebot eines Radio- oder Fernsehsenders oder einer Zeitung besucht. „Ebenfalls hoch im Kurs stehen so genannte ‚chat‘-Seiten, die es beispielsweise an Schulen gibt. Im Internet werden die Informationsthemen Sport und (Computer-)Spiele besonders gern von Jungen aufgesucht. Seiten über Stars, Prominente und deren Leben hingegen bevorzugen Mädchen und junge Frauen.“²¹ Surfen im Internet – eine Tätigkeit, welche von 63 Prozent der Jugendlichen ausgeführt wird – ist zwar in erster Linie noch Freizeit- und Zerstreuungsbeschäftigung. Dennoch dient sie auch (etwas weniger häufig) der Informationssuche und Recherche. E-Mails versenden, „Chat-ten“ oder Musik „downloaden“ erscheinen für Jugendliche aber als die wichtigeren Optionen des Internets.

18 Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, JIM-Studie 1998. Jugend, Information, (Multi-)Media, Baden-Baden 1999.

19 Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Anm. 17).

20 Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, KIM-Studie 2000. Kinder und Medien, Computer und Internet, Baden-Baden 2001.

21 Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Anm. 18), S. 42.

16 Vgl. Claus J. Tully, Rot, cool und was unter der Haube. Jugendliche und ihr Verhältnis zu Auto und Umwelt, München 1998.

17 Vgl. z. B. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, JIM-Studie 2001. Jugend, Information, (Multi-)Media, Baden-Baden 2002.

Das Handy ist wie das Internet ein relativ neues Phänomen, welches dennoch bereits eine eigene jugendkulturelle Bedeutung erlangt hat.²² Im Jahr 1999 gaben erst 14 Prozent der 12- bis 19-Jährigen an, ein Handy zu besitzen. Heute nennen acht von zehn Jugendlichen ein portables Telefon ihr Eigen.²³ Die jüngeren Befragten greifen mehrheitlich auf die Option der Prepaid-Karten zurück, was die Ausgabenkontrolle erleichtert. Später wird zum Festvertrag übergegangen. Im Durchschnitt wenden Heranwachsende 23 Euro im Monat für das Telefonieren auf. Die wichtigsten Tätigkeiten mit dem Handy sind Kurzmitteilungen verschicken (ca. sechs Stück pro Tag) und Telefonate führen, wobei Mädchen häufiger auf den Short Message Service (SMS) zurückgreifen als Jungen. Im Besitz von Handys unterscheiden sich die Geschlechter jedoch nicht. Interessanterweise werden die meisten SMS-Nachrichten von zu Hause aus verschickt. Das Handy wird so zum eigenen Medium, „weil es nicht von anderen eingesehen werden kann ... Eltern und Verwandte sind, wie unschwer zu erraten, nicht die bevorzugten Kommunikationspartner“²⁴. Neben dieser Funktion der Abgrenzung von anderen Generationen dient das Handy als Instrument der Rückversicherung gegenüber Freunden. Es wird so zum Medium, das die Ablösung vom Elternhaus einleitet und die Integration in eine Gleichaltrigen-gruppe ermöglicht. Dieser Gedanke lässt sich durchaus auch für andere Artefakte erweitern: Handy, Computer und Internet werden zu jugendkulturell besetzten Symbolen und leisten gleichzeitig einen Beitrag zur Bewältigung der Aufgaben des Jugendalters. Es zeigt sich damit, dass die sozialen Eigenschaften der Techniken nicht mit ihren technischen Parametern oder der ursprünglich gedachten Verwendungsweise zusammenfallen: So wurde die Kurznachricht für Geschäftsleute entwickelt, die auch beim Auftreten von Funklöchern erreichbar bleiben wollten. Technikgenese ist deshalb nicht gleichzusetzen mit Technikgebrauch. Neben der Innovation spielen die Firmen, die das Produkt auf den Markt bringen und dafür werben, aber auch die Konsumenten, die Interessengemeinschaften und die politischen Einrichtungen bei der gesellschaftlichen Durchsetzung neuer Technik eine Rolle. Schließlich sind die Reaktionen der Jugend auf die technischen Angebote kaum antizipierbar. Fest steht scheinbar nur, dass neue Technik nicht in jedem Fall größere

Effizienz oder rationelle Verwendung versprechen muss, sondern „nur“ Multioptionalität. Ist eine Technik in vielerlei Hinsicht anschlussfähig (z. B. für eine symbolische Verwendung), dann kann sie möglicherweise auch im Jugendalltag Verwendung finden. ‚Comfort and joy‘ sind dabei wichtiger als faktische Leistungsparameter.

(2) *Mobilitätstechnik*: Das Fahren und Fliegen der Menschen gründet auf Technik. Wer nicht nur zu Fuß unterwegs sein will, muss sich technischer Artefakte bedienen. Gerade bei Jugendlichen erweist sich das Auto ganz im Sinne von Technik II als „Tandem von Technik und Individualität“.²⁵ Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass mit der persönlichen Reifung der Stellenwert von Techniken steigt, welche die individuelle Mobilität erleichtern. Fragt man Jugendliche nach ihrem Fahrzeug, dann ist das Fahrrad bis zum Alter von 17 Jahren das mit Abstand wichtigste Verkehrsmittel. Mit 18 Jahren wird es schlagartig vom Auto verdrängt. Die frühe Verselbstständigung im Jugendalter verändert auch den Bezug zur Mobilitätstechnik; die Daten zum Führerscheinbesitz unterstreichen dies: Wurde zu Beginn der achtziger Jahre der Autoführerschein noch im durchschnittlichen Alter von 19 Jahren und drei Monaten erworben, so erhalten Männer ihre Fahrerlaubnis heute entsprechend eigener Berechnungen bereits mit 18 Jahren und sieben Monaten, Frauen mit 18 Jahren und zehn Monaten. Innerhalb von zwei Dekaden hat sich das Alter um ein halbes Jahr vorverlagert. Sollte dieses Tempo beibehalten werden, dann wird der Gesetzgeber früher oder später mit einer Vorverlagerung der Altersgrenze ähnlich wie in den Vereinigten Staaten reagieren müssen. Interessant ist hier zusätzlich, dass der Führerschein auf dem Land etwa zwei Monate früher erworben wird als in der Stadt. Womöglich werden durch die bereitwilligere Zuwendung zur Technik fehlende Freizeitmöglichkeiten kompensiert, ein Muster, welches auch in den qualitativen Auswertungen zu Tage getreten ist.²⁶

Mobilitätstechnik wird auf diese Weise ähnlich der Kommunikationstechnik Teil eines persönlichen Lebensstils. Technikgestütztes Fahr- und Freizeitverhalten fungiert als Baustein der eigenen Identität. Vor allem für Technikfreunde ist das Auto selten ein reiner Gebrauchsgegenstand, sie schätzen vor allem die „Show“-Eigenschaften, die gleichzeitig die eigene Persönlichkeit unterstreichen. Ihnen fällt es entsprechend schwer, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Dies hat nicht immer mit den angeführten Gründen der Zeiter-

22 Vgl. z. B. J. R. Höflich, Das Handy als „persönliches Medium“. Zur Aneignung des Short Message Service (SMS) durch Jugendliche, in: kommunikation@gesellschaft, 2 (2001), S. 1–19.

23 Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.), Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie, Frankfurt/M. 2002.

24 J. R. Höflich (Anm. 22), S. 12.

25 Vgl. Niklas Luhmann, Beobachtungen der Moderne, Opladen 1992.

26 Vgl. das Zitat des 18-jährigen Andreas unter dem Punkt „Technik als Objekt sozialer Differenzierung“.

Tabelle 2: Entwicklung der Lehrstellensituation in den neuen Medien- und IT-Berufen in den Jahren 2000 und 2001

Berufsbereich	Jahr 2000		Jahr 2001		Veränderung zum Vorjahr	
	Gesamt	In Prozent an allen Ausbildungsberufen	Gesamt	In Prozent an allen Ausbildungsberufen	Gesamt	Prozent
Medienbereich	7 530	1,2	8 107	1,3	577	7,7
IT-Bereich	18 024	2,9	20 447	3,3	2 423	13,4
Alle 11 neuen Berufe insgesamt	25 554	4,1	28 554	4,6	3 000	11,7
Alle Berufe insgesamt	621 693	100,0	613 852	100,0	-7 841	-1,3

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis des Berufsbildungsberichts (Anm. 28), S. 297 f.

sparsam oder der ständigen Verfügbarkeit zu tun, sondern es geht beim Fahren um ‚Erlebnis und Wirkung‘, um Spaß an der Technik, an Farbe und Motorsound.²⁷ Aber auch wenn man kein expliziter Freund der Technik ist: Auf Mobilitätstechnik sind die meisten Jugendlichen angewiesen. Der ‚stumme Zwang der Verhältnisse‘ nötigt dazu, sich mit ihr zu beschäftigen, sie anzunehmen und zu nutzen, womit gesellschaftliche Strukturen in die Zukunft fortgeschrieben werden. Jugendliche wachsen in einer Welt auf, die Mobilität und Flexibilität schätzt, sie können und wollen sich diesen Maximen nicht entziehen.

(3) *Arbeitsweltliche Bezüge:* Technik II findet sich nun nicht nur in der Freizeitwelt der Jugendlichen, sondern ebenso in Schule und Ausbildung. Wenn es um die neue Technik in der Arbeitswelt geht, dann stehen mindestens drei Bereiche im Vordergrund: die Veränderungen in den Ausbildungsinhalten und in den betrieblichen Arbeitsvollzügen sowie die Neugestaltung der Klientenbeziehungen. Sobald der Übergang von der Schule in den Beruf ansteht, fällt dem ersten Bereich besondere Relevanz zu. Es stellt sich die Frage, welchen Beruf man ergreifen soll, ob dieser Beruf zukunftsfähig ist und welches technische Vorwissen man dafür benötigt. Was die Veränderungen der Berufe und deren Ausbildungsinhalte betrifft, so zeigen sich technikinduzierte Revisionen auf zwei Ebenen: a) Informationstechnische Grundbildung wird mit jeweils unterschiedlicher Ausgestaltung für alle Berufe verbindlich und entsprechend zum Gegenstand der Ausbildungspläne an Berufsschulen und Betrieben; b) neue Berufsbilder werden geschaffen, die speziell den Bedürfnissen einer technisierten Gesellschaft Rechnung tragen sollen. In den vergangenen fünf Jahren wurden insgesamt elf solcher neuen Berufsbilder staatlich implementiert. Dabei handelt es sich einerseits um Berufe im Medien-, andererseits um Berufe im IT-Bereich. Konkret ging es z. B. um den Mediengestalter für

Digital- und Printmedien, den Fachinformatiker oder den Informatikkaufmann. Wie die *Tabelle 2* zeigt, ist das Stellenangebot in diesen Bereichen entgegen dem gesamtdeutschen Trend innerhalb eines Jahres stark gestiegen.²⁸ Bereits jede 25. Ausbildung findet innerhalb dieses neu geschaffenen Sektors statt. Bei über 300 gesetzlich geregelten Ausbildungsberufen ist diese Situation bemerkenswert. Gleichzeitig muss kaum betont werden, dass die Nachfrage der Jugendlichen nach diesen neuen Berufen sehr groß ist.

Computer und Internet haben also neue Berufsbilder hervorgebracht. Sie veränderten und verändern aber ebenso nachhaltig die Arbeitswelt und das Verhältnis zwischen Firmen und Klienten. Computer sorgten zunächst dafür, dass in den Unternehmen die mehrfache Erfassung von Daten, Texten und sonstigen Dokumenten überflüssig wurde. Intra- und Internet ermöglichten in einem nächsten Schritt, dass Dokumente auf einem zentralen Server archiviert werden können, auf den von allen Arbeitsplätzen aus zugegriffen werden kann. Insofern ist das, was die Verwaltung bislang kennzeichnete, nämlich die diskontinuierliche Arbeit mit Akten und Dokumenten, vereinfacht und rationalisiert worden. Boten, die selbst Akten durch die Verwaltungen transportieren, sind heute die absolute Ausnahmerecheinung. In ähnlicher Weise ist der Kontakt zwischen Firma oder Behörde und Kunde auf neue Weise gestaltet worden: Vielfach können Klienten ihre Anliegen bereits in digitaler Form vorbringen. Systemtheoretisch gesprochen, erweitern die Organisationen mit der Hilfe von Computer und Internet ihre Systemgrenzen und beziehen andere Subsysteme in die Leistungserbringung ein. Damit entsteht eine neue Situation: Zuständigkeiten und Verantwortungen werden an die Individuen zurückdelegiert. Wer mit der Bahn fahren möchte, muss das Internet bedienen können und sich selbst seine

²⁷ Vgl. C. J. Tully (Anm. 16).

²⁸ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002.

Karte bestellen und drucken. Wer seine Telefonrechnung bezahlen möchte, muss sich zuerst seine Rechnung herunterladen usw. Das Ende der Dienstleistungsgesellschaft scheint eingeläutet zu werden. Das individuelle Zeitbudget wird belastet, weil ein immer größerer Teil für zusätzliche Einrichtungen einkalkuliert werden muss, die vormals von Dienstleistern erledigt wurden. Gleichzeitig entsteht ein Zwang zur Kompatibilität, da der Besitz neuester Technik vorausgesetzt wird.

V. Fazit

Die Aneignung der natürlichen und sozialen Welt wird über die modernen technischen Hilfen nachhaltig verändert. Um dies verständlich zu machen, wurde zwischen Technik I, der industriellen Technik, und Technik II, der Alltagstechnik, unterschieden. Technik II zeichnet sich insbesondere durch vielfältige Einsatzmöglichkeiten aus, ihre Nutzung ist nicht festgelegt. Damit korrespondiert die Aufforderung, aus den vorhandenen Optionen auszuwählen und individuell sinnhafte Anwendungen zu „kontextualisieren“. Statt um Vereinfachung und Rationalisierung geht es um „convenience, comfort and joy“ in der alltäglichen Lebensführung. Jugendliche wachsen in der Welt der Technik II auf. Sie sind an ihr interessiert; sie

treffen in verschiedenen sozialen Kontexten auf diese Technik, verfügen in sehr großem Maße über sie und produzieren mit ihrer Hilfe neuartige Bedeutungen und Lebensstile. Diese Situation hält für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Jugend einige Herausforderungen bereit: Traditionelle Zugänge erweisen sich nun als unzureichend. Forschungen zur Veränderung des Jugendalltags und zu den gesellschaftlichen Auswirkungen sind überfällig. Insbesondere auch im interkulturellen Vergleich müssen folgende Fragen bearbeitet werden: Was sind die wirklich relevanten technischen Objekte? Wie erfolgt deren Aneignung? Welche Rolle spielen dabei spezifische Konstellationen z. B. in der Peer-Group? Von wem erlernen Mädchen und von wem Jungen den Umgang mit den Geräten? Wie viel Zeit und Geld investieren Jugendliche in die neue Technik wirklich? Leiden herkömmliche jugendtypische Freizeitformen, wie z. B. das Zusammenkommen in Cliques, die sportliche Betätigung oder auch die politische Beteiligung, unter dem Einzug der neuen Techniken in den Jugendalltag? Welche Chancen und Risiken sind damit verbunden? Welche Beziehungsmuster zu älteren Generationen lassen sich erkennen? Alle diese Fragen und viele andere mehr indizieren einen hohen Forschungsbedarf. Eine Informationsgesellschaft muss sich mit den Grundlagen ihrer eigenen Entfaltung und speziell den Möglichkeiten ihrer sozialisatorischen Vermittlung befassen, um diesen Namen wirklich zu verdienen.

Visionen einer Generation

Erwachsene reden und urteilen über die junge Generation oft so, als hätten sie mit dieser gar nichts zu tun. *Die* Jugend wird dann als gewalttätig, politisch desinteressiert, konsumverwöhnt, schlecht gebildet und ichzentriert beschrieben. Dass jeder junge Mensch auf seine gesellschaftliche, soziale, familiäre Umgebung reagieren muss, um (über)lebensfähig zu werden – wir nennen das Enkulturation¹ und Sozialisation –, dass er sich also auf die von den Erwachsenen „gemachte“ Welt einstellen muss, wird dabei übersehen. Die Befindlichkeiten der jungen Generation und Jugendkulturen scheinen einem unhistorischen und kontextlosen Jenseits entsprungen zu sein.²

Zugleichbürden wir der jungen Generation eine Menge auf. Ich meine nicht nur die hoch belastete ökologische Umwelt und das am Boden liegende ökonomische System. Wir halten die Jugendlichen auch – unter den Bedingungen von hoher soziokultureller Autonomie (etwa: Mediennutzung und Konsum) und gleichzeitigem sozioökonomischen Ausschluss (etwa: Arbeit) – länger in Abhängigkeit von (immer prekärer werdenden) institutionellen Sicherungssystemen. In der Jugendforschung wird in diesem Zusammenhang von einer Ausweitung des adoleszenten Moratoriums gesprochen.

Dessen ungeachtet wird hier und da damit begonnen, die Verantwortung für gesellschaftlichen Fortschritt an die Jugendlichen zu delegieren. Es gilt das Motto: Die Jugend nimmt ihre Geschicke selbst in die Hand.³ Beispiele sind innovative Job- oder Wohnprojekte, Jugendforen oder -parlamente, die Senkung des Wahlalters oder die Beteiligung an der Gestaltung von Spielplätzen. Diese Projekte dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Erwachsene sind, die für eine lebenswerte Kindheit verantwortlich bleiben.⁴

1 Prozess, durch den der Mensch, vorwiegend das Kind, in eine Kultur „hineinerzogen“ wird, indem Sprache und Verhaltensweisen dieser Kultur erlernt und übernommen werden.

2 Zur Betrachtung von Jugendlichen allgemein vgl. Uwe Sander/Ralf Vollbrecht (Hrsg.), *Jugend im 20. Jahrhundert*, Neuwied 2000.

3 Vgl. die aufschlussreiche Analyse von Beteiligungsstrukturen in: Stefan Danner, Wie stimmig sind die Ziele von Beteiligungsaktionen mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 44/2001, S. 24–30.

4 Vgl. auch das lesenswerte Buch von Wolf-Dietrich Bukow und Susanne Spindler (Hrsg.), *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder*, Opladen 2000.

Jugendliche haben das Recht, von Erwachsenen in eine sichere, lebenswerte Zukunft geleitet zu werden. Indem wir so tun, als sei die „desinteressierte“ Jugend schließlich selbst für ihre Belange zuständig, versuchen wir uns aus der Verantwortung zu stehlen.

Es wäre selbstverständlich ein beeindruckendes Zeugnis „erwachsener“ Souveränität und Weitsichtigkeit, wenn die älteren Generationen die Wünsche und Bedürfnisse der Heranwachsenden stärker berücksichtigten und aus deren Befindlichkeiten, Wünschen und Visionen Handlungsoptionen ableiten würden, die der Jugend eine lebensfrohe Zukunft versprechen. Man könnte dann von „zukunftsfähigem Handeln“ sprechen.

Um eine Vorstellung von den Visionen der jungen Generation zu bekommen, habe ich im Zeitraum zwischen 1998 und 2000 Texte von Schülerinnen und Schülern aller Altersstufen und Schultypen in Kooperation mit 25 Schulen zusammengetragen sowie mittels eines Aufrufs in der Zeitschrift *Bravo*. Die im Folgenden zitierten O-Töne entstammen den rund 550 Texten, die aus diesem Projekt hervorgegangen sind.⁵

I. Familie

Der Bereich, über den Kinder und Jugendliche wohl am aufschlussreichsten etwas sagen können, ist die Kindheit selbst bzw. darüber, wie sie ihre eigene Kindheit erleben und welche Gefühle und Empfindungen sie haben.

Die Möglichkeiten der Unterhaltung, der Freizeitgestaltung und des Konsums für Kinder, erst recht für Jugendliche, sind heute ausgesprochen vielfältig. Trotz all dieser Ablenkungen gilt Kindheit in unserer postmodernen Epoche als sehr anstrengend. So treten durch Stress bedingte psychosomatische Krankheiten zunehmend schon im Kindesalter auf.⁶ Hinzu kommt, dass Kinder nicht selten

5 Eine an den Kriterien der Repräsentativität und Originalität ausgerichtete Textauswahl daraus erschien unter dem Titel „2020 – Kinder und Jugendliche über unsere Zukunft“, Reinbek 2000.

6 Vgl. Wolfgang Settertobulte/Christian Palentien/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), *Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche*. Ein Praxishandbuch, Weinheim 1995.

unter dem Verlust sozialer Bindungen leiden: Hoch individualisierte und erst recht sich trennende (Ehe-)Partner stellen für sie eine Bedrohung dar.

In zahlreichen der vorliegenden Texte rufen die Jugendlichen dazu auf, dass Eltern sich nicht trennen oder scheiden lassen sollten – was bei jährlich 200 000 Scheidungen gegenüber 400 000 Eheschließungen nicht verwundert. Da nützt alle Theorie nichts, wonach wir es heute mit „Patchwork-Familien“ zu tun haben. Für Kinder ist die Trennung ihrer Eltern schlicht ein Albtraum. Deshalb lautet eine entschiedene Schlussfolgerung: *„Scheiden lasse ich mich nicht, denn ich habe am eigenen Leib erfahren, wie es ist, wenn der Vater weggeht.“* (Benjamin, 14 Jahre)

So mancher Wunsch für die Zukunft entsteht denn auch vor dem Hintergrund eines Gefühls der Bedrohung. Tayse (15) wünscht sich für die Zukunft, dass *„Kinder (...) endlich zufrieden leben können, ohne Angst werden sie spielen, lachen. ‚Missbraucht‘ und ‚gequält‘ – diese Worte werden sie nur aus den Geschichten kennen, die wir ihnen von damals erzählen“.* Und noch deutlicher: *„Ich möchte selbst mal Kinder haben, aber so wie die Kriminalität heutzutage ist, muss man Angst haben, dass die eigenen Kinder vergewaltigt oder sogar umgebracht werden.“* (T., 14)

Hinter solchen Vorzeichen klingen die folgenden Aussagen schon wie Beschwörungen: *„Mit Kindern sollten Eltern nicht so streng sein und sich für ihre Hobbys interessieren, sie sollten die Kinder respektieren und fördern.“* (Jochen, 14) Oder: *„Erwachsene sollten lockerer und verständnisvoller sein, wenn man mal was falsch gemacht hat.“* (Tanja, 15) Noch deutlicher und allgemeiner formuliert: *„Kinder möchte ich natürlich auch, denn Kinder sind die schönste Sache der Welt. Kindern soll es viel besser gehen als jetzt. Sie sollen ohne Schläge aufwachsen und leben wie die Könige, denn sie sind unsere Zukunft.“* (Marco, 14) Und der 13-jährige Andreas nimmt sich vor: *„Ich möchte später mal mehr Zeit für meine Kinder haben und jedes Mal, wenn schönes Wetter am Wochenende ist, einen Familienausflug machen. Ich möchte mich mehr in die Kinder hineinversetzen, mit ihnen über Probleme in der Schule oder auf der Arbeit sprechen.“*

Das letzte Zitat deutet bereits auf eine strukturelle Besonderheit hin. In visionären Texten findet sich immer eine doppelte Struktur: Alles Erdachte wurzelt in der Gegenwart (philosophisch exakter: im jüngst Vergangenen) und wächst in den Zukunftshimmel. Lässt man nun Jugendliche Visionen anstellen, wie sie in dem Alter sein wollen, in dem ihre Eltern jetzt sind, dann erhält diese Doppel-

struktur interessante Ausformulierungen. Die Jugendlichen reflektieren nämlich sowohl die Rollen der Eltern als auch ihre eigene als Kinder.⁷

Über drei Viertel der Kinder und Jugendlichen wollen eigene Kinder, und zwar am liebsten zwei: einen Jungen und ein Mädchen. Die meisten verfolgen traditionelle Ehevorstellungen und entwickeln in ihren Texten geradezu Familienidyllen – selbstverständlich mit einem technisch perfekt ausgestatteten Haushalt, in dem die Arbeit minimiert ist:

„Mit meiner Familie will ich in einem schönen, großen Anwesen mit großem Haus wohnen. Im Garten einen kleinen Swimmingpool, viele Blumen, einen Brunnen und viele Rosen.“ (Marco, 14) Und: *„Für mich stelle ich mir noch vor, verheiratet zu sein mit dem Traummann meines Lebens. Wir würden in einem schönen Haus mit unseren Kindern wohnen. Die Kinder könnten immer im Garten spielen.“* (H., 17)

Es sei angemerkt, dass keineswegs alle Kinder und Jugendlichen mit der Erziehung ihrer Eltern unzufrieden sind. Viele sind sogar sehr zufrieden: *„Ich würde meine Kinder ganz genau so erziehen oder es zumindest versuchen, denn ich finde, meine Eltern haben bei mir nichts falsch gemacht.“* (Stefanie, 17) Und so manches Kind kann sich erfrischend selbstkritisch äußern. Zwei Beispiele: *„Irgendwie will ich später gar keine Kinder haben, wenn ich merke, wie frech ich zu Mama bin.“* (Stephanie, 11) *„Heiraten ... möchte ich eventuell, außerdem zwei Kinder, die ich strenger erziehen möchte, denn ich tanze meiner Mutter auf der Nase rum.“* (Benjamin, 14)

II. Schule

Neben der Familie ist die Schule der dominierende lebensweltliche Bereich von Kindern und Jugendlichen. Nicht erst seit die Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudien TIMSS und PISA für Aufregung gesorgt haben, sehen sich die deutschen Schulen und das Bildungssystem unter massiver Kritik. Die strukturelle Erneuerung steht noch aus.⁸ Für eine Veränderung sprechen auch die von mir ausgewerteten Texte. Die Ablehnung der Schule durch die Kinder und Jugendlichen selbst fällt ins Auge: Schule wird zum einen ohne jede Freude erlebt und als wenig sinnlich. Die Kin-

⁷ Die Materialien, mit denen die Lehrerinnen und Lehrer Texte in ihren Klassen anleiten sollten, enthielten eine entsprechende Anregung.

⁸ Vgl. auch Hartmut von Hentig, Bildung, Weinheim 1999.

der scheinen weder Spaß am Lernen noch hinreichend Erfolgserlebnisse zu haben; dabei müssten Wissens- und Kompetenzerweiterung für junge Menschen etwas Positives sein. Zum anderen, und das ist sicher mit dem ersten Punkt verbunden, scheint Schule kein positives *soziales* Erlebnis mehr darzustellen. Kurz und bündig: „*Keine Schule, keine Langeweile, keine verflixten nervenden Menschen.*“ (Steven und DeeDee)

Für die leistungsschwächeren Jugendlichen scheint Schule oft völlig bedeutungslos für das spätere Leben zu sein. Das ist sicher nicht überraschend, denn die rund 1,1 Millionen Kinder, die unsere Hauptschulen besuchen, erzielen mit ihrem Schulabschluss kaum einen Statusgewinn. Für die jährlich 350 000 Abgänger – unter ihnen befinden sich etwa 90 000 ohne Schulabschluss (das sind insgesamt zehn Prozent aller Abgänger eines Schuljahres!) – stellt die Hauptschule wohl eher eine Sackgasse dar.

Die Schule erscheint in den Texten der Kinder beinahe als ein toter Raum. So plädieren viele für den Unterricht per Computer: „*Heutzutage gibt es keine Schulen mehr. Jedes Kind unter 18 Jahren bekommt Privatunterricht per Computer.*“ (Anonym) „*Wenn die Kinder in die Schule müssen, loggen sie sich in einen Internet-Konferenzraum ein, und zusammen mit anderen werden sie von einem pädagogischen Programm unterrichtet.*“ Übrigens werden in diesem Text die Maßnahmen der Disziplinierung schon mitgedacht: „*Wer schwänzt, oder besser gesagt: sich nicht einloggt, kriegt nicht einen Brief, sondern Stromverbot.*“ (Alexander, 14) Und Jessica meint: „*Auch die Schule macht jetzt Spaß. An drei von fünf Schultagen werden die Schülerinnen und Schüler von Computern unterrichtet. Hausaufgaben gibt es nur einmal pro Woche.*“

Zuweilen allerdings wird das Lernen überhaupt abgeschafft: „*Schulen gibt es ebenfalls nicht mehr, denn alle wichtigen Informationen und Angelegenheiten werden auf Chips gespeichert und in die Köpfe der Menschen programmiert oder den kleinen Kindern in den Kopf gepflanzt.*“ (Kerstin)

Nach Aussagen vieler Pädagogen hat die Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen in der Schule zugenommen. Eine häufiger auftauchende Vision – auch bei den Jugendlichen selbst – betrifft eine Befriedung der Schule. „*In den Schulen darf kein Terror und keine Unterdrückung herrschen. Die stärkeren Schüler sollten die schwächeren Schüler nicht provozieren und terrorisieren. (...) Auch die Lehrer und die Schüler sollten zusammenhalten.*“ (Edin, 14)

III. Arbeit

Bereits die Shell-Jugendstudie von 1997 zeigte, dass die gesellschaftlichen Krisen nun auch die Jugend erreicht haben. Neben der Arbeitslosigkeit stellt sogar die Angst vor der fehlenden Alterssicherung eine psychische Belastung für die Jugendlichen dar.⁹

Dass nach knapp drei Jahrzehnten struktureller Arbeitslosigkeit mit stetig wachsendem Sockel – in der Bundesrepublik sind mehr oder weniger konstant weit über vier Millionen Menschen betroffen – kaum alternative Modelle für Sinn gebende Tätigkeiten entwickelt wurden bzw. durchgesetzt werden konnten, ist erschreckend und prägt Jugendliche in den hoch industrialisierten Ländern. Seit vielen Jahren liegt die Zahl der unter 20-jährigen Arbeitslosen bei jährlich rund 100 000. Das entspricht ca. fünf Prozent dieser Altersgruppe. Ungeachtet aller Ausbildungsinitiativen der vergangenen Jahre hat sich dieser Prozentsatz nur wenig verringert.¹⁰

Rund eine Million der unter 18-Jährigen in Deutschland ist von Sozialhilfe abhängig. Das sind 37 Prozent aller Leistungsempfänger bzw. rund sieben Prozent der unter 18-Jährigen. Die Altersgruppe ist damit eindeutig überrepräsentiert, denn gemessen an der Gesamtbevölkerung sind nur 3,5 Prozent Sozialhilfeempfänger. Knapp 50 Prozent dieser Kinder und Jugendlichen wachsen in Haushalten von Alleinerziehenden auf.¹¹

Arbeitslosigkeit löst bei Kindern und Jugendlichen dementsprechend große Ängste aus: „*Die Arbeitslosigkeit steigt immer höher, so dass man sogar schon ins Ausland gehen muss, um Arbeit zu kriegen.*“

9 Die Shell-Studien von 2000 und 2002 relativierten das leicht, vgl. zuletzt Klaus Hurrelmann/Mathias Albert (Hrsg.), *Jugend 2002*, Frankfurt/M. 2002. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe hierzu auch den Essay von Mathias Albert, Ruth Linsens und Klaus Hurrelmann in dieser Ausgabe.

10 Auch nach der ersten Ausbildungsinitiative der rot-grünen Regierung wurde ein Drittel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach den Maßnahmen wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen. Vgl. Thomas Kieselbach/Gert Beelmann, *Arbeitslosigkeit als Risiko sozialer Ausgrenzung bei Jugendlichen in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6–7/2003, S. 32–39, hier S. 39. Erschreckend ist im Übrigen, wie ignorant und gebetsmühlenartig alle Parteien ohne Unterschiede vom Ziel der Vollbeschäftigung sprechen. Man kann den Eindruck haben, hier gehe es eher um die Motivation des Volkes bzw. der postindustriellen Reservearmee. Während die Politik hier wenig Ehrlichkeit zeigt, ist die Wirtschaft meist offener. Vgl. Günter Thoma, *Jugend-arbeitslosigkeit bekämpfen – aber wie?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6–7/2003, S. 40–46.

11 Vgl. Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann, *Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen*, Wiesbaden 2001.

gen“, vermutet Marcus (12) für die Zukunft. Manche der Jüngeren verlagern die Arbeitssuche gleich auf den Mars.

Positiv gewendet bedeutet die Verknappung der Arbeit für die Kinder und Jugendlichen, dass menschliche Arbeit bald ohnehin unnötig sein wird, weil Maschinen und Roboter alles übernehmen. Oder Arbeit wird zu einer Möglichkeit unter anderen: „Arbeit sollte es geben für jeden Menschen von uns, der auch arbeiten möchte.“ (H., 17) Noch besser: „Ich möchte mein Geld arbeiten lassen und mit meiner Familie auf einer Insel in einer Villa wohnen“, schreibt Christof (14).

Während leistungsschwächere Jugendliche auf die schlechte Arbeitsmarktsituation eher pessimistisch reagieren, sind die leistungsstärkeren hinsichtlich ihrer Berufsaussichten vergleichsweise optimistisch. Zuweilen sehen sie zwar die gesellschaftliche Zukunft in recht düsterem Licht, die persönliche Karriere indes erscheint ihnen davon nicht betroffen.

Im Wesentlichen wird die künftige Berufstätigkeit in drei Bereichen verortet: im eher diffusen Bereich der Computerarbeitsplätze, im Bereich sozialer Dienstleistungen sowie in der Unterhaltungsbranche. Das Handwerk kommt als Berufsziel fast gar nicht vor, hie und da wird die Landwirtschaft genannt.

Insgesamt sind die Vorstellungen, die Kinder und Jugendliche von der Arbeit haben, sehr vage, wenig plastisch und kaum sinnlich: So wie in ihrer Phantasie die eigenen Kinder am PC sitzen und spielen, so sitzen sie selbst vor dem Bildschirm und arbeiten. Die Tätigkeiten werden oft gar nicht benannt, Arbeit stellt sich dadurch dar, dass man sich in einem Büro befindet: „Ich stehe gerade an meinem Bürofenster und sehe nur schwebende Autos und Häuser aus Metall.“ (Anja, 14) Oder: „Kurze Zeit später sitze ich in meinem computergesteuerten Büro und spreche mit meinem Arbeitskollegen über alte Zeiten.“ (Jessica, 12)

Verwunderlich ist, dass sich die Computerarbeitsplätze in der Phantasie der Kinder und Jugendlichen so gut wie nie in der eigenen Wohnung befinden. Man geht oder fährt immer noch morgens zur Arbeit und kehrt spät abends völlig „erschöpft“ – vom Partner und den Kindern erwartet – in die heimeligen vier Wände zurück.

Eine ebenfalls große Gruppe von Kindern und Jugendlichen strebt Berufe wie den des Arztes, Anwalts, Politikers, Lehrers oder auch Polizisten an. Auffällig ist, dass sie sich häufig ausdrücklich für soziale Belange, Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit einsetzen wollen. Etwa: „Ich möchte von Beruf Polizist werden: ein Vorbild für die

Gesellschaft, eine treue Hand des Gesetzes“ (Ptryk, 15), oder: „Mein Traumberuf ist Richterin . . . oder Staatsanwältin.“ (Stefanie, 14)

Populär sind auch Sport-, Musik- und Entertainmentkarrieren: Der 12-jährige Marcus, in seiner Phantasie später ein sehr erfolgreicher Basketballspieler in Amerika, Jahresverdienst 20 Millionen Dollar, schreibt: „Ich lade meine ganze ehemalige 5. Klasse zu meinem Spiel mit Seattle gegen die Chicago Bulls ein. Mein Freund Alexander ist Bankdirektor in Italien, Ole ist Chef einer Einkaufskette, Sebastian ist Basketballprofi und Dennis ist Weltfußballer geworden.“

IV. Multikulturelles Zusammenleben

Für Kinder und Jugendliche gehört das Zusammentreffen mit Gleichaltrigen aus anderen Kulturkreisen zum Alltag. In Deutschland leben immerhin rund 7,5 Millionen Ausländer (darunter allein zwei Millionen Türken). Das sind etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Über 20 Prozent aller Ausländer sind hier geboren, oder anders ausgedrückt: Zwischen 10 und 15 Prozent aller in Deutschland geborenen Kinder sind „Ausländer“.

Dass dieses Zusammenleben nicht konfliktfrei verläuft, ist allgemein bekannt und spiegelt sich auch in den Texten der Kinder und Jugendlichen wider. Abgesehen von einem kleinen Anteil von vielleicht drei bis fünf Prozent fanden sich in den Texten jedoch keine rassistischen Äußerungen. Die junge Generation erwartet von ausländischen Mitbürgern allerdings, dass sie sich an den Gesetzen und Wertvorstellungen dieses Landes orientieren. Andernfalls sollten sie ausgewiesen werden.

Bei diesem Thema gilt es natürlich zwei Perspektiven zu unterscheiden:

- a) die Sicht der deutschen Jugendlichen und
- b) die Sicht der ausländischen bzw. nach Deutschland immigrierten Jugendlichen (in der Textauswahl sind dies zwischen 10 und 15 Prozent).

„Ausländische“ Kinder und Jugendliche gehören längst zum Erscheinungsbild unserer Gesellschaft. Der Ausländeranteil an den Grundschulen beträgt mit 390 000 Kindern 12 Prozent und an den Hauptschulen 17 Prozent (200 000). Diese Kinder und Jugendlichen in die Analyse einzubeziehen scheint mir überaus wichtig. Auch hier gilt es, positive Visionen einer zukünftigen Multikulturalität aufzugreifen und ihnen einen Weg „zu bahnen“.

„Alles würde oder wird sich ändern, wenn die Menschen lernen, besser aufeinander einzugehen, und aufhören, sich wegen ihrer Herkunft die Köpfe einzuschlagen,“ meint die 17-jährige Stefanie.

„Ich hoffe, dass Rassisten im Jahr 2020 nur noch eine schlechte Erinnerung sind. Mit Politik kenne ich mich nicht so gut aus, aber ich hoffe, dass in Deutschland alle leben können und keiner den anderen hasst, nur weil er andere Sitten hat oder anders aussieht. Heute ist das noch anders: In Kasachstan waren wir Scheißdeutsche, hier sind wir Scheißrussen, und das gefällt mir nicht, weil wir alle gleich sind, finde ich zumindest. Aber ansonsten kann Deutschland so bleiben, wie es jetzt ist“, ist die Meinung der aus Russland stammenden 15-jährigen Tanja.

„Ich hoffe sehr, dass die Menschen besser miteinander umgehen und dass es keine Ausländerfeindlichkeit mehr gibt. Ich als Ausländerin bin davon betroffen.“ (S., 16) Und: „In jedem Land soll es Ausländer geben. Auch in Deutschland, auch wenn jetzt so viele da sind.“ (Mirsade, 15)

Insbesondere Kinder und Jugendliche aus Krisen- und Kriegsgebieten scheinen ein hohes Bedürfnis nach einem friedfertigen Miteinander in sich zu tragen, jedenfalls drücken ihre Texte das überwiegend aus. „In Deutschland sollte Gerechtigkeit siegen. Die Fremden müssen sich gut benehmen, weil sie nicht in ihrem Heimatland sind.“ (Edin, 14)

Deutsche wie ausländische Kinder zeigen eine große Offenheit gegenüber allem Fremden. So gehen viele Jugendliche davon aus, dass sie früher oder später in ein anderes Land „auswandern“, um dort zu arbeiten oder einfach nur zu leben. Das Zusammenleben mit Menschen fremder Kulturen wird von ihnen als Bereicherung empfunden.

Nicht selten schließen wir uns in der Phantasie der Kinder und Jugendlichen zukünftig auch mit anderen Nationen (oder „Wesen“) zusammen: „Zusammengemischte Völker, zum Beispiel Deutsche mit Spaniern, Polen mit Außerirdischen, bilden eine große Mannschaft, die die ganze Zeit auf einem riesigen Raumschiff lebt.“ (Daniela, 14)

V. Fazit: Visionen als kreative Kritik und Lebenselixier

Wer Kinder und Jugendliche nach ihren Zukunftsvorstellungen, nach ihren Visionen fragt, wird in „offenen“ Texten, wie sie diesem Beitrag zu Grunde liegen, auf Unterschiede – wenn auch manchmal nur in Nuancen – zur quantitativen Forschung treffen. So signalisiert die Hoffnung auf

eine friedfertige, Sicherheit gebende, gesunde und Freude vermittelnde Lebensweise zum einen, dass hier offenbar heute ein großes Defizit empfunden wird; zum anderen geht damit die Erwartung einher, zukünftig eine positivere Haltung zum Leben in dieser Gesellschaft entwickeln zu können.

Kinder und Jugendliche wünschen sich für ihre Zukunft ein stabiles soziales Umfeld, in dem sie mit eigenen Kindern ohne existenzbedrohende oder traumatisierende Gefahren leben können. Sie wollen sich vor dem Hintergrund ihrer Defiziterfahrungen bemühen, viel Verständnis und Zeit für ihre Kinder aufzubringen. Die Wünsche nach einer Abschaffung der Schule und einer Computerisierung des Lernens lassen auf Wünsche nach einer radikalen Schulreform schließen. Die Kinder wünschen sich faire Bedingungen und Freude bereitendes Lernen – weniger standardisiert, dafür spielerischer.

Arbeit – der verfügbare Arbeitsplatz – hat auch in den Zukunftsvorstellungen junger Menschen große Bedeutung. Arbeit garantiert Existenzsicherung, soziale Integration, Selbstverwirklichung und ist die Voraussetzung für ein gemeinschaftsorientiertes Handeln.

Die multikulturelle Gesellschaft wird von jungen Menschen als „gegeben“ akzeptiert. Alle ethnischen Gruppen wünschen sich eine friedliche und menschenwürdige Kooperation, wobei sich die Zuwanderer an den Werten unseres Landes orientieren sollen.

Gegenüber Politik und Wirtschaft zeigen die Kinder und Jugendlichen große Vorbehalte; sie diagnostizieren bei deren Vertretern einen Mangel an gesellschaftlicher Verantwortung. Politikern halten sie vor, sich nicht genügend für sozialökonomische Gerechtigkeit (nicht selten mit dem Hinweis, es ginge ihnen eher um die eigene Bereicherung) und für weltweiten Frieden einzusetzen. Der Wirtschaft werfen sie insbesondere den rücksichtslosen Umgang mit natürlichen Ressourcen (die Unglücke von Meerestankern prägen sich offenbar besonders ein) oder das Profitdenken bei hoher sozialer Unverantwortlichkeit (Personalentlassungen zur Renditesteigerung) vor.

Insgesamt scheint die Generation der in den achtziger Jahren Geborenen nicht viel von den Fähigkeiten der Erwachsenen zu halten, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Möglicherweise handelt es sich bei dieser Einschätzung um einen Reflex auf die Krisenstimmung, die in der deutschen Gesellschaft in den vergangenen drei Jahrzehnten kultiviert worden ist. Dabei wird gern übersehen, dass Deutschland eines der reichsten Länder dieser Erde ist.

Die Reaktionen auf unser „Krisengerede“ sind amüsant und verständlich zugleich: Der Blick der jungen Generation richtet sich nämlich ins All bzw. – wenn man so will – ins Jenseits. Die Erlösung von einer Welt voller Probleme und existenzieller, wohl gemerkt selbst verursachter Bedrohungen wird von Außerirdischen erwartet. Diese werden jedenfalls so gut wie nie als Bedrohung erlebt (entgegen der vorrangigen Sci-Fi-Tradition). Von ihnen werden im Gegenteil das Know-how und die Fähigkeiten zur Lösung unserer globalen Probleme erhofft.

„Toll wäre, wenn uns von Außerirdischen aus unserer zerstörten Welt herausgeholfen werden würde.“ (Daniela, 14) Entlastend wäre es nach Ansicht von Jessica aber schon, wenn wir wenigstens unter Dauerbeobachtung ständen: „So hat man zum Beispiel herausgefunden, dass die Erde von Außerirdischen bepflanzt und mit den ersten Lebensformen versehen worden ist, als eine Art Forschungsprojekt.“ (Jessica)

Menschliches Handeln ist ohne eine Antizipation der Zukunft unmöglich. Sinn bekommt eine Handlung erst dann, wenn wir von ihr einen Erfolg erwarten oder zumindest eine Problemlösung.

Die Gewissheit der Zukunft ist für jedes Individuum eine basale Annahme. Zum einen setzen wir das eigene (Über-)Leben voraus, sonst bräuchten wir nicht zu planen. Zum anderen kommen wir auch in unserer Identitätsbildung ohne Zukunftsperspektive nicht aus. Uwe Schimank¹² hat das ein-

12 Vgl. Uwe Schimank, Funktionale Differenzierung und reflexiver Subjektivismus. Zum Entsprechungsverhältnis von Gesellschafts- und Identitätsform, in: Soziale Welt, 36 (1985), S. 447–465.

mal auf die Formel gebracht: Wir bilden unsere Identität zwar retrospektiv, sie muss sich allerdings prospektiv bewähren. So sehr also unsere Identität aus biografischen, sozialen und gesellschaftlichen Bezügen entsteht, so sehr müssen wir doch Grund zu der Annahme haben, dass sie uns künftig ein erfolgreiches Leben ermöglicht. Visionen motivieren dabei, sie setzen Kreativität frei und machen Lust aufs Leben.

Für Jugendliche ist die Antizipation der (persönlichen) Zukunft besonders wichtig – und besonders schwierig. In der Zeit der Pubertät und des frühen Erwachsenseins entwickelt der Mensch erst allmählich eine Handlungsautonomie und eine „Kontrollüberzeugung“, also die Sicherheit, über das weitere Leben eine gewisse Macht zu haben und gesteckte Ziele erreichen zu können. Da die Handlungsmöglichkeiten jedoch noch recht eingeschränkt sind, müssen die Erwachsenen den Jugendlichen authentischen Optimismus und einen Glauben sowohl an die Gesellschaft als auch an sich selbst vermitteln. Das kann aber in einer Gesellschaft, die offenbar einen Hang dazu hat, sich in der Krise zu sehen, nur eingeschränkt gelingen.

Internet-Empfehlungen:

www.bmbf.de/pub/it-ausstattung_der_schulen_2002
www.fremdsein.de
www.sciencegarden.de
www.dji.de
www.bundestag.de/gremien/a13_kk
www.kinderpolitik.de
www.kinderparlament.de

Mathias Albert

Dr. phil., geb. 1967; Professur für Politikwissenschaft an der Universität Bielefeld; Vorstand des Instituts für Weltgesellschaft.

Anschrift: Universität Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld.

E-Mail: mathias.albert@uni-bielefeld.de

Veröffentlichung u. a.: Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung, Weilerswist 2002.

Ruth Linssen

Dr. rer. pol., M.A., geb. 1974; wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fakultät für Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld.

Anschrift: wie M. Albert.

E-Mail: ruth.linssen@uni-bielefeld.de

Veröffentlichungen u. a.: Wachsende Ungleichheit der Zukunftschancen?, in: Klaus Hurrelmann/Mathias Albert, 14. Shell Jugendstudie, Frankfurt/M. 2002; Jugendgewalt – Definitionen eines populären Problems, Marburg 2002.

Klaus Hurrelmann

Dr. rer. soz., geb. 1944; Professur für Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld; Leiter des Collaborating Center Jugendgesundheit der WHO.

Anschrift: wie M. Albert.

E-Mail: klaus.hurrelmann@uni-bielefeld.de

Veröffentlichungen u. a.: Lebensphase Jugend, Weinheim 1999; Einführung in die Sozialisationstheorie, Weinheim 2002.

Peter Förster

Prof. Dr. sc. paed., geb. 1932; Mitbegründer des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig; 1966 bis 1990 Abteilungsleiter im ZIJ, seit 1991 Mitarbeit an zahlreichen Projekten der Jugendforschung.

Anschrift: Schweizerbogen 11, 04289 Leipzig.

E-Mail: prof.foerster@gmx.de

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Walter Friedrich) Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel, Leipzig 1996; (Hrsg. zus. mit Uta Schlegel) Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997; Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit, Opladen 2002.

Hans Oswald

Dr. phil., geb. 1935; 1972–1994 Professur für Soziologie der Erziehung an der Freien Universität Berlin; seit 1994 Professur für Erziehungs- und Sozialisationstheorie an der Universität Potsdam.

Anschrift: Universität Potsdam, Postfach 60 15 53, 14415 Potsdam;

E-Mail: oswald@rz.uni-potsdam.de

Veröffentlichungen: (zus. mit Lothar Krappmann) Alltag der Schulkinder, Weinheim 1995; (zus. mit Hans-Peter Kuhn und Karin Weiss) Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern, Opladen 2001.

Hans-Peter Kuhn

Dr. phil., geb. 1960; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Potsdam 1995 bis 2002.

Anschrift: wie H. Oswald.

E-Mail: kuhn@rz.uni-potsdam.de

Veröffentlichungen u. a.: Mediennutzung und politische Sozialisation, Opladen 2000; (zus. mit Lothar Krappmann und Harald Uhlenдорff) Sozialisation zur Mitbürgerlichkeit, Opladen 2000.

Detlef Oesterreich

Dr. phil., geb. 1943; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (MPIB) Berlin.

Anschrift: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Lentzeallee 94, 14195 Berlin.

E-Mail: oest@mpib-berlin.mpg.de

Veröffentlichungen u. a.: Flucht in die Sicherheit. zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion, Opladen 1996; (zus. mit Christa Händle und Luitgart Trommer) Aufgaben politischer Bildung in der Sekundarstufe I, Opladen 1999; Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland, Opladen 2002.

Claus J. Tully

Dr. rer. pol., wiss. Referent am Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) und Lehrbeauftragter an der Technischen Universität in München; Gastprofessuren in Buenos Aires.

Anschrift: DJI, Nockherstraße 2, 81541 München.

E-Mail: tully@dji.de

Veröffentlichungen u. a.: Erziehung zur Mobilität, Frankfurt/M. – New York 1999; (zus. mit Lothar Lappe und Peter Wahler) Umweltbewusstsein Jugendlicher, München 2000; (zus. mit Doris Bäumer und Marcel Hunecke) Mobilität von Jugendlichen, Opladen 2002; Mensch – Maschine – Megabyte, Opladen 2003.

Uwe Britten

Dipl.-Germanist, geb. 1961; Lektor in einem Fachverlag, Publizist und Jugendbuchautor.

Anschrift: Magdalenenstraße 29, 96129 Geisfeld.

E-Mail: U.Britten@bnv-bamberg.de

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) 2020 – Kinder und Jugendliche über unsere Zukunft, Reinbek 2000; Abschieben? (Jugendroman), Stuttgart 2001.

Nächste Ausgabe

Nikolai Genov

Tendenzen der sozialen Entwicklung Russlands
Individualisierung einer vermeintlich kollektivistischen Gesellschaft

Hermann Clement

Die Wirtschaftsstruktur Russlands

Heinz Timmermann

Russlands Außen- und Sicherheitspolitik:
Die europäische Richtung

Jerzy Maćków

Russlands Beziehungen zu seinen
„slawischen Brüdern“ Ukraine und Belarus

Uwe Halbach

Russlands muslimische Ethnien und Nachbarn

**Mathias Albert/Ruth Linssen/
Klaus Hurrelmann Essay**

Jugend und Politik

*Politisches Interesse und Engagement Jugendlicher
im Lichte der 14. Shell Jugendstudie*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2003, S. 3–5

■ Die 14. Shell Jugendstudie belegt ein weiterhin nachlassendes politisches Interesse Jugendlicher in Deutschland bei gleichzeitiger Bereitschaft, sich in Bezug auf konkrete Problemlagen zu engagieren. Vor dem Hintergrund eines zunehmend „entgrenzten“ Politikverständnisses erfordert dies von den Parteien neue Beteiligungsformen für Jugendliche. Darüber hinaus gilt es, „alte“ Themen wie Jugendparlamente oder eine Absenkung des Wahlalters wieder verstärkt in der öffentlichen Diskussion aufzunehmen.

Peter Förster

Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht

Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Mentalitätswandel zwischen 1987 und 2002

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2003, S. 6–17

■ Es werden wesentliche Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie über 15 Jahre vorgestellt, die den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen zwischen ihrem 14. und 29. Lebensjahr begleitet. Nach ihrer Enttäuschung über die Politik der SED in der Endzeit der DDR äußern sich die meisten TeilnehmerInnen der Studie trotz ihrer anhaltenden Bejahung der Wende und der deutschen Einheit erneut enttäuscht vom jetzigen Gesellschaftssystem. Der Beitrag geht auf ihre anhaltende Doppelidentität als Bundesbürger und DDR-Bürger sowie ihre zunehmende Identifikation mit sozialistischen Idealen ein und nennt wesentliche Ursachen dieser teilweise überraschenden Entwicklungen.

Hans Oswald/Hans-Peter Kuhn

Erstwähler in den neuen Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2003, S. 18–25

■ Im Beitrag werden Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Längsschnittstudie berichtet. Um den Entscheidungsfindungsprozess von ErstwählerInnen bei Bundestagswahlen nachvollziehen zu können, wurden in Brandenburg SchülerInnen der 10. Schulklasse aller Schularten und ihre Eltern dreimal – 1996, 1997 und zuletzt nach der Bundestagswahl 1998 – zu politischen Einstellungen befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass für die Wahlentscheidungen neben den Informationen der Massenmedien und des Schulunterrichts auch die Diskussionen mit Eltern von Bedeutung sind. Ausführlich werden die Unterschiede der politischen Orientierung in den Erstwählerschaften der unterschiedlichen Parteien dargestellt, und es wird unter anderem auf Geschlechts- und Sozialschichtunterschiede hingewiesen.

Detlef Oesterreich

Gleichstellung von Frauen aus der Sicht ost- und westdeutscher Jugendlicher

*Ergebnisse aus dem international vergleichenden
Civic-Education-Projekt der IEA*

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2003, S. 26–31

■ Die hohe Zustimmung zur Gleichstellung von Frauen ist charakteristisch für die Jugendlichen aller reichen Industrienationen. Es gibt jedoch große Differenzen zwischen Jungen und Mädchen: Während mehr Mädchen als Jungen sich für die Gleichstellung von Frauen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen, sind – umgekehrt – mehr Jungen als Mädchen der Ansicht, dass Männer besser zu politischer Führung geeignet seien als Frauen, größere Rechte auf einen Arbeitsplatz hätten und bei der Karriere von ihren Frauen unterstützt werden sollten. Bei den 14-jährigen Mädchen zeigt sich im Vergleich zur Generation ihrer Mütter ein Einstellungswandel. Sie haben sich offenbar in stärkerem Maße damit abgefunden, dass Frauen in der Bundesrepublik noch immer keine gleichberechtigte Stellung eingeräumt wird.

Claus J. Tully

Aufwachsen in technischen Welten

Wie moderne Techniken den Jugendalltag prägen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2003, S. 32–40

■ Im Beitrag werden jugendtypische Interaktionserfahrungen mit Technik nachgezeichnet. Handys, Fahrzeuge, Computer sind für die Altersgruppe der 15- bis 18-Jährigen von großer Bedeutung. Mit dem Gebrauch dieser Artefakte verändert sich nicht nur der eigene Alltag, sondern auch die Wahrnehmung der Gesellschaft. Erstaunlicherweise genügt Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit bislang die Diagnose, Jugendliche wüssten ihre digitalen Helfer virtuos zu nutzen. Welche Bedeutung Technik darüber hinaus im Jugendalltag hat, ist weitgehend unbekannt. Im Beitrag werden jüngere Befunde präsentiert, wie über neue Technologien bestehende klare Verhältnisse aufgelöst und die Akteure aufgefordert werden, neue Nutzungsmöglichkeiten zu kreieren. Technik ist nicht mehr länger ergebnis-, sondern erlebnisorientiert. Dies ist absehbar folgenreich (nicht nur) für Politik, Bildung und Technikentwicklung.

Uwe Britten

Visionen einer Generation

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2003, S. 41–46

■ Auf der Basis einer bundesweiten Sammlung von Texten über Zukunftswünsche von Kindern und Jugendlichen werden vier zentrale Themenbereiche angesprochen: wie sich Kinder zukünftig als Eltern (und ihren Kindern gegenüber) sehen, wie sie sich Schule bzw. Lernen wünschen, was sie sich von der Berufsarbeit versprechen und wie sie in einer multikulturellen Gesellschaft leben wollen. Abschließend wird die Bedeutung von Visionen für die persönliche Identität junger Menschen herausgestellt.